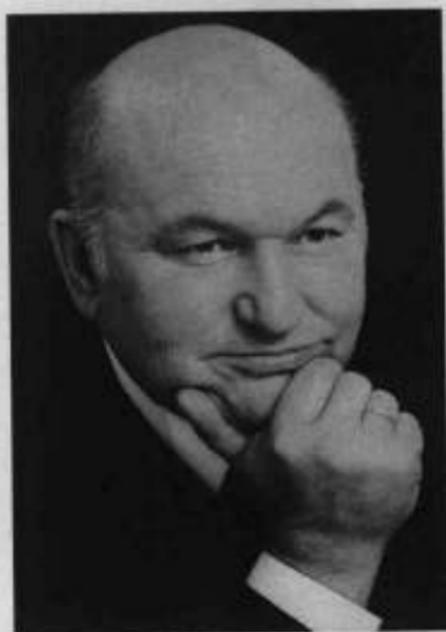


Jurij Luschkow

**ENTWICKLUNG
DES KAPITALISMUS
IN RUSSLAND:
ZUSAMMENSTOSS
MIT DER ZUKUNFT**

**Auseinandersetzung mit der Regierung
über die Wirtschafts- und Sozialpolitik**

MOSKAU 2006



Ju. M. Luschkow
Oberbürgermeister
von Moskau

Jurij Luschkow

**ENTWICKLUNG
DES KAPITALISMUS
IN RUSSLAND:
ZUSAMMENSTOSS
MIT DER ZUKUNFT**

**Auseinandersetzung mit der Regierung
über die Wirtschafts- und Sozialpolitik**

ISBN 3-89393-307-7 (SIGLOCH)

Alle Rechte dieser Ausgabe vorbehalten.

© Jurij Luschkow, 2005, 2006

© Gestaltung AG Moskauer Lehrbücher, 2006.

VORWORT FÜR DEN DEUTSCHEN LESER

Mein aufrichtiger Dank gilt den Verlegern, die mir die Möglichkeit gewährt haben, meine neuen Arbeiten „Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland. 100 Jahre danach“ und im Grunde deren Fortsetzung „Kapitalismus auf dem Lande. Zusammenstoß mit der Zukunft“, die Entwicklungsproblemen unseres Landes gewidmet sind, auch dem deutschen Leser zugänglich zu machen.

Die in den Büchern formulierten Gedanken und Vorschläge stellen den Versuch dar, notwendige grundsätzliche Veränderungen in der Umsetzung der sich in unserem Lande vollziehenden sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen zu überdenken. Sie sind offene Worte über das Wesentliche – das Schicksal der russischen Staatlichkeit, über die Zukunft des Landes und darüber, aus einem materiell reichen Land, das Russland heute ist, ein Russland für den Menschen zu schaffen.

In beiden Büchern, die zu einem Band zusammengefasst wurden, wird ein ungeheurer Komplex von Problemen analysiert, vor denen unser Land steht.

Ich würde mich freuen, wenn der geneigte deutsche Leser den in den Büchern angesprochenen Fragen, meinem Schmerz und meinen Sorgen um den einfachen Menschen und um mein Land Verständnis entgegen bringt.

Mit diesem Buch hoffe ich, dem Leser einen Anstoß zu geben, die russische Hauptstadt zu besuchen und ihr Leben und ihre Kultur kennen zu lernen. Die Moskauer bringen Ihnen ihre traditionelle herzliche Gastfreundschaft entgegen.

In aufrichtiger Hochachtung vor Ihrem Volk, dem ich von ganzem Herzen das Allerbeste wünsche, Frieden und Einvernehmen, Glück und Wohlergehen



*Ju. M. Luschkow
Oberbürgermeister
von Moskau*

**DIE ENTWICKLUNG
DES KAPITALISMUS
IN RUSSLAND**

**100
JAHRE DANACH**

**AUSEINANDERSETZUNG MIT DER REGIERUNG
ÜBER DIE SOZIALPOLITIK**

„Wir ... «existieren» nur, um der Welt eine großartige Lektion zu erteilen. Gewiss wird das Lehrstück, das wir bieten sollen, auch Spuren hinterlassen, nur: wer kennt den Tag, an dem wir uns unter der Menschheit wiederfinden, und wieviel Leid uns zuteil werden sollte, bis sich unser Schicksal erfüllt hat?“

Pjotr Tschaadajew (1794 – 1856)
«Philosophische Briefe», Erster Brief

EIN GESPENST GEHT UM IN RUSSLAND

Das Gespenst einer revolutionären Situation...

Der Jahresbeginn 2005 ging mit zunehmenden landesweiten sozialen Protesten einher – ausgelöst durch die berüchtigte „Monetisierung der Vergünstigungen“. Dass ein weiteres Experiment aus der Feder unserer Regierungliberalen unvorbereitet gestartet und von schlechter Qualität war, darüber ist schon viel gesagt worden. Es folgten öffentliche Worte der Reue, „Apotheken-Gänge“ von Ministern höchstpersönlich, die Mittel zur Reformfinanzierung wurden aufgestockt. Damit hätte der Konflikt eigentlich als gelöst gelten können.

Läge es doch nur daran, dass den Reformern, die es wie immer gut meinen und beste Absichten hegen, „vereinzelte Mängel“ unterlaufen wären! Hinter den aktuellen Ärgernissen und Aufregungen wegen der Monetisierung staatlicher Sozialleistungen lassen sich aber Probleme in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes klar und deutlich erkennen, die keineswegs allein in der augenblicklichen Lage wurzeln und die keineswegs rein technischer Natur sind.

Meinungsumfragen stellen eine Verschlechterung „des Eigenbefindens der Gesellschaft“ fest. Laut An-

gaben der Meinungsforscher für das Jahr 2004, d.h. noch vor der besagten „Monetisierungskrise“ vom Januar 2005, hat die Zahl derer, die das Jahr 2004 als schlechter empfanden, zum ersten Mal in den letzten fünf Jahren die Zahl derjenigen überstiegen, die dieses Jahr als „besser“ bezeichneten. Der Wert, der die Entwicklung von Zukunftserwartungen der Bevölkerung anzeigt, ging um 18% zurück. 75% der Bevölkerung zeigten sich mit der Wirtschaftspolitik unzufrieden.

Die Ergebnisse dieser soziologischen Erhebungen deuten unmittelbar darauf hin, dass in der gegenwärtigen russischen Gesellschaft ein erhebliches Potential an revolutionärem Brodeln heranreift.

Es geht nicht einmal darum, dass die durch die Proteste der betroffenen Empfänger von Sozialleistungen ausgelösten Unruhen erschreckende Parallelen mit einer revolutionären Situation nach der klassischen Marx-Lenin-Definition – „die Oberen können nicht mehr..., die Unteren wollen nicht mehr...“ aufweisen. Das in der russischen Gesellschaft ausgeprägte „Staatsdenken“ genauso wie das historische Gedächtnis, die Erinnerung an unzählige revolutionäre Erschütterungen des vergangenen Jahrhunderts sind ein ausreichend wirksamer Impfstoff gegen den Absturz in ein „sinnloses und gnadenloses“ soziales Chaos.

Die Geschichte kennt jedoch zahlreiche Beispiele von revolutionären Ereignissen ganz anderer Art. Die entstehen scheinbar aus dem Nichts. Häufig auch nicht wegen wirtschaftlicher oder sozialer Kataklysmen, sondern, im Gegenteil, vor dem Hintergrund

eines verhältnismäßig langfristigen Wirtschaftswachstums und allgemeiner gesellschaftlicher Stabilität.

Zur Quelle solcher revolutionären Situationen wird dann ein explosionsartiger Anstieg nicht befriedigter sozialer Erwartungen. Mit anderen Worten: Es kommt zu einer Revolution, wenn die Gesellschaft in die Falle eigener, wenn auch häufig überhöhter, Hoffnungen geraten ist, seien es Hoffnungen auf ein besseres Leben, auf soziale Gerechtigkeit oder auf eine bessere Zukunft.

Der Effekt, der da eintritt, ist äußerst merkwürdig, ja paradox: In einer Situation, da eigentlich „alles gut läuft“, stellt sich plötzlich ein Sackgassen-Gefühl ein. Eigentlich könnte man von einem besseren Leben nicht mehr einfach nur träumen, sondern durchaus begründete und umsetzbare Zukunftspläne schmieden. Umso schmerzlicher ist jedoch dann die Erkenntnis, dass ein solcher Durchbruch in die Zukunft ohne grundlegende Veränderungen im wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs, ohne Veränderung der Entwicklungsrichtungen und -schwerpunkte sowie der Mechanismen zu deren Umsetzung unmöglich ist. Neue Aufgaben, vor denen die Gesellschaft steht, neue Erwartungen und neue Hoffnungen erfordern auch eine neue Politik.

So gut wie nie schreiben sich solche „Revolutionen der Hoffnungen“ Devisen auf die Fahne, die zur sozialen Zerstörung oder Gewalt aufrufen. Im Gegenteil: Sie reißen ein „Fenster der Möglichkeiten“ für die Machthabenden weit auf – um Reformen einzuleiten, die überholten Dogmen der alten Wirtschafts- und

Sozialpolitik zu revidieren, die neuen Schwerpunkte und Richtungen in der gesellschaftlichen Entwicklung festzulegen, – damit eine „Revolution von oben“ vollzogen werden kann.

Die gegenwärtige Lage in unserem Land stellt in vielerlei Hinsicht eine solche Situation dar. Die Entwicklung, in der die Gesellschaft sich nach dem Schock der stürmischen 90-er Jahre aufgerafft und eine politische und soziale Stabilität erreicht hatte, brachte Russland an die Kreuzung einer ganzen Reihe von Wegen. Die jetzige „Monetisierungskrise“ ist ein Ausdruck der grundsätzlichen Richtungsentscheidung, die an einer Wegscheide zu treffen ist.

Mit den Protesten der ehemals Vergünstigungsberechtigten ist unsere Regierung über den sprichwörtlichen Stein gestolpert. „Gehst du nach links..., gehst du nach rechts...“ – ein russischer Märchen-Recke an der Wegscheide – das ist ein volkstümlich vertrautes, durchaus typisches und für unsere Mentalität eingängiges symbolträchtiges Bild: Es gilt, eine Wahl zu treffen.

Was für eine Wahl? Zwischen welchen Alternativen? Auf Grund welcher Kriterien? Das ist eigentlich das Thema meiner Ausführungen.

Man könnte sie als Fortsetzung der Diskussion mit der Regierung ansehen, die mit der Veröffentlichung meiner Beiträge zu einzelnen Fragen der aktuellen Wirtschafts- und Sozialpolitik schon im vergangenen Jahr begann. Es ging darin um das Verhältnis zwischen dem zentralen und den regio-

nalen Haushalten, die Stabilisierungsfonds-Politik, den Umbau der sozialen Wirtschaftsbereiche.

Aus der Auseinandersetzung mit diesen Teilbereichen der Regierungspolitik ergab sich mit der Zeit ein allgemeineres und breiteres Bild, auf dem meine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung über die Bewertung der Wirtschaftsreformen und die Herangehensweisen an die Wirtschafts- und Sozialpolitik in immer klareren Umrissen sichtbar wurden.

Mehr noch: Zu einem gewissen Zeitpunkt wurde klar, dass die gesamte Diskussion auf äußerst unterschiedliche Auffassungen vom fundamentalsten Prozess zurückgeht – dem Werdegang und der Entwicklung des Kapitalismus im gegenwärtigen Russland.

Dass der Titel dieser Arbeit in Anlehnung an Lenins Werk „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ aus dem Jahr 1899 gewählt wurde, ist alles andere als Zufall.

Vor über einem Jahrhundert hatte der zukünftige Führer der Oktoberrevolution von 1917 mit für ihn typischem Eifer und Nachdruck die Beweise dafür angetreten, dass der unerbittliche und nach den damaligen historischen Maßstäben rasante Übergang „der russischen Volkswirtschaft“ zum kapitalistischen System nicht nur die Transformation der Wirtschaftsstruktur, sondern zwangsläufig auch der sozialen Struktur der Gesellschaft, die Entwicklung des Proletariats und dessen Klassenkampf herbeiführt.

Das Werk von Lenin liefert ein gutes Beispiel dafür, wie die marxistische politische Ökonomie mit ihrer gesamten Wucht das erst aufkeimende politische Bolschewismus-Programm gedanklich ausgestaltet und theoretisch untermauert hat. Es ist ein Beispiel dafür, wie zwischen den Zeilen, die die kapitalistische Entwicklung in Russland als fortschrittlich bezeichneten, das gnadenlose Verdikt über die Unvermeidlichkeit einer sozialen Revolution hervortrat.

Das Paradox der Geschichte, wie es schon öfters vorkam, besteht dabei darin, dass sie uns nichts lehrt. Die heutigen russischen Reformliberalen erweisen sich als im wahrsten Sinne des Wortes konsequente Bolschewiken aus Lenins Garde, denn ihre Bemühungen, im heutigen Russland den Dschungelkapitalismus nach dem Muster des 19. Jahrhunderts aufzubauen (und auch noch zu rechtfertigen), ist der sicherste Weg zu einem neuen „Oktober“.

Dabei hat der Kapitalismus im 20. Jahrhundert eine tiefgreifende innere Transformation erfahren – in der Wirtschaftslehre genauso wie in der Wirtschaftspraxis sowie in der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es war diese Transformation, die den Industrienationen des Westens das Überleben und die Fortentwicklung im Endeffekt ermöglicht hat. Gleichzeitig gab sie die Möglichkeit, sich vielen, wenn auch nicht allen, Herausforderungen der Globalisierung und der postindustriellen Entwicklung zu stellen. Eigentlich

sind es diese Herausforderungen, denen sich heute auch Russland stellen muss.

Umso offensichtlicher ist daher die Notwendigkeit, sich die Aufgaben der „Entwicklung des Kapitalismus“ in Russland vom Standpunkt des 21., und nicht des 19. Jahrhunderts aus, bewusst zu machen.

Eine solche Analyse zieht objektiv einen klaren und dicken Schlußstrich unter die Politik der monetaristischen Liberalisierungsreformen, die auf diese oder jene Weise bereits seit über 10 Jahren in Russland umgesetzt wird. Dieser Schlußstrich ist in jedem Fall zu ziehen. Wenn nicht heute, dann spätestens morgen. Schlichtweg deshalb, weil das Gespenst einer revolutionären Situation, das uns in aller Deutlichkeit erschien, sich ansonsten sehr wohl materialisieren kann.

DAS SOZIALE ELEND EINES REICH WERDENDEN LANDES

DAS SOWJETISCHE SOZIALSYSTEM: MISSION BEENDET

Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland ist tatsächlich an einer grundsätzlichen Wegscheide angelangt, der wohl wichtigsten in den letzten 10–15 Jahren.

Die Grundlagen der Marktwirtschaft in Russland sind geschaffen. Die Struktur der wirtschaftlichen Verhältnisse ist zum größten Teil kapitalistisch umgebaut und hat sich sogar stabilisiert. Nun stehen wir an der Schwelle zu den wohl grundsätzlichen und wichtigsten sozialen Reformen – im Bildungssystem, im Gesundheitswesen, in Wissenschaft und Forschung sowie in der Kommunalwirtschaft.

Diese Reformen sollen die gesamte Gesellschaft endgültig in die Bahnen der kapitalistischen Entwicklung bringen. Nicht nur die Wirtschaft also, sondern die gesamte gesellschaftliche Lebensordnung- bzw. -form, die bisher in Russland zu einem

großen Teil die alte blieb, nämlich sozialistisch, beruhend auf dem vom sowjetischen Staat geschaffenen System sozialer Sicherheiten und sozialer Versorgung.

Die Wichtigkeit dieser historischen Wende wird durch die Tatsache bekräftigt, dass es gerade **das sowjetische Sozialsystem** mit seinen Subsystemen von besonderen Sozialleistungen (den sog. "Vergünstigungen"), Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Schul- und Gesundheitswesen, Forschung und Wissenschaft Russland in den vergangenen 10 Jahren ermöglichte, den Weg des „kapitalistischen Aufbaus“ zu bewältigen, war es doch **in der Zeit des „wildem Kapitalismus“ und des Übergangs zur Marktwirtschaft zum Stoßdämpfer für die Gesellschaft** geworden.

Nun wird vorgeschlagen, diese sog. „sozialen Wirtschaftszweige“ marktwirtschaftlich umzubauen. Wenn das geschieht, wird der „point of no return“ in der wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklung Russlands beim Übergang zur Marktwirtschaft passiert sein.

Das ist ein äußerst wichtiges Moment. Wir sind an dem Punkt angelangt, da sich endgültig herausstellen muss, ob in Russland eine marktwirtschaftliche Gesellschaft mit langfristiger Perspektive etabliert werden kann und wie genau diese sein soll.

Während die eigentlichen Produktionsverhältnisse in Russland bereits eine marktwirtschaftliche Struktur aufweisen, befindet sich die soziale Gesellschaftsstruktur immer noch in einer Übergangs-

phase. Ein Zeitraum von 25 Jahren, die Zeitspanne eines Generationswechsels, ist der in der Soziologie übliche präzise Indikator für gesellschaftliche Veränderungen.

Die Übergangszeit wird in Russland folglich (im Anschluss an die vergangenen 15–20 Jahre von Reformen, wenn man die „Zeitrechnung“ mit der Perestroika beginnt) weitere 5–10 Jahre andauern, und in dieser Zeit wird ein grundlegender und tiefgreifender Wandel im sozialen Bereich vollzogen werden.

Davon, auf welche Art und Weise und auf Grund welcher Prinzipien die „Kapitalisierung“ des sozialen Bereichs erfolgt, hängt ab, welche Art Kapitalismus in Russland errichtet wird. Wird es ein „Oligarchen-Kapitalismus“ oder ein „Volkskapitalismus“ sein? Wird es ein Räuberkapitalismus oder ein sozialer Kapitalismus sein? Wird es der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts oder der des 19. ? Und: Hat eine solche „neue russische Gesellschaft“ eine Zukunft?

Das ist der Grund, warum die Diskussion um die Inhalte, die Fristen und das Tempo der marktwirtschaftlichen Reformen in den sozialen Bereichen für die gesamte Gesellschaft so brisant und so wichtig ist.

Um Missverständnisse auszuschließen: An der Notwendigkeit, den sozialen Bereich in Russland zu reformieren, besteht gar kein Zweifel. Die Ressourcen des sowjetischen Sozialsystems sind bis aufs Äußerste ausgereizt bzw. erschöpft. Es hat seine Mission erfüllt, nachdem es Russland 15 Jahre Übergangszeit ohne blutige Revolutionen und Erschütterungen gesichert hat.

Heutzutage liegt die Immobilien- und Materialverschleißrate in der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft bei durchschnittlich 70–80%, Tendenz steigend. Das Durchschnittsalter der Ausrüstung in Forschung und Gesundheitswesen beträgt 15–20 Jahre. Diese Wirtschaftsbereiche geben der Gesellschaft also die Möglichkeit, bestenfalls die Spitzenleistungen der 80-er Jahre des vergangenen Jahrhunderts in Anspruch zu nehmen, den heutigen Aufgaben können sie jedoch keineswegs gerecht werden.

Die Liste solch trauriger Feststellungen ist lang. Eins ist aber klar – der soziale Bereich bedarf einer grundlegenden Modernisierung, er braucht dringend das „neue Blut“ umfangreicher staatlicher wie privater Investitionen.

Für die Notwendigkeit der Erneuerung des sozialen Bereichs gibt es einen weiteren, womöglich noch gewichtigeren Grund: Das ist **die niedrige Qualität der wirtschaftlichen Reproduktion**, vor allem der Reproduktion des Menschen, des Humankapitals, dieses entscheidenden Wettbewerbsvorteils und der wichtigsten Produktivkraft der modernen Wirtschaft.

Laut jüngst veröffentlichten UN-Angaben belegt Russland in puncto Qualität des menschlichen Potentials einen hinteren Platz unter 50 Ländern der Welt. Auch die Prognosen sind düster.

Um zu verstehen, woran dies liegt, müssen wir uns der Frage zuwenden, was die „Qualität des menschlichen Potentials“ ausmacht. Ausschlagge-

bend sind hier solche Kriterien wie das Einkommen der Bevölkerung, Gesundheit und Lebenserwartung sowie die Qualität des Bildungssystems. Es ist offensichtlich, dass Russland ohne einschneidende systemhafte Maßnahmen nicht nur der Rückgang der Bevölkerungszahl droht, sondern – und das ist noch dramatischer – ein drastischer Rückgang an erwerbsfähiger, qualifizierter Bevölkerung.

Die russische Regierung schlägt heute Alarm, weil ohne einschneidende Maßnahmen in der geologischen Industrie die (zumindest rentablen) Erdölvorräte sowie auch die Vorräte an strategischen Rohstoffen wie Gold, Chrom, Nickel und Kupfer bereits in den kommenden 10 Jahren auszugehen drohen. Und um 2025 könnte auch das Erdgas versiegen. Mit anderen Worten: Wir können unser „ein und alles“ verlieren, die Grundlage unserer heutigen Rohstoff-Volkswirtschaft.

Doch selbst vor dem Hintergrund dieser verblüffenden Zahlen – in Wirklichkeit fällen sie ein Schulurteil über das Rohstoff-Entwicklungsmodell – sehen die mittlerweile gewohnten Angaben über den unaufhaltsamen Rückgang der Bevölkerung noch bedrohlicher aus. Seit 1992 ist der natürliche Bevölkerungsrückgang nachhaltig und bleibt trotz der in den letzten Jahren steigenden Geburtenrate bestehen. Die Sterberate ist nämlich noch höher. Im Zeitraum der Reformen ist die Lebenserwartung erheblich gesunken. Für einen russischen Mann liegt sie bei 59 Jahren, d.h. unter dem Rentenalter. Dieser ohnehin katastrophale Wert gewinnt noch

mehr an Brisanz, bedenkt man, dass in Russland, laut Experten, bereits ab 2006 ein rasanter Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung einsetzen soll. Das heißt, **in etwa 10 Jahren wird die menschliche Arbeit zur Mangelware und so zur teuersten Ressource, – nicht Erdöl oder Gas.**

Der von Zeit zu Zeit immer wieder aufkommende Wunsch der Regierung, dieses Problem mittels Erhöhung des Rentenalters von heute (55 für Frauen, 60 für Männer – Anm. d. Übers.) auf 60 bzw. 65 Jahre in den Griff zu bekommen, ist ein Beleg dafür, dass das Problem in seinem Wesen verkannt wird und dass Ursache und Wirkung verwechselt werden.

Eine „einfache“ Zahl genügt, um es auf den Punkt zu bringen: über 20% der Erwerbstätigen(!) in Russland erhalten heute ein Gehalt, das unter dem Existenzminimum der erwerbsfähigen Bevölkerung liegt. Diese **„Armut in Arbeit“** ist der erschreckendste Indikator für die Richtung der zukünftigen Entwicklung.

Noch mehr Angst macht die Erkenntnis, dass die Mehrheit dieser „erwerbstätigen Armen“ Ärzte, Lehrer, Wissenschaftler und Kulturschaffende sind. Im Laufe der letzten Jahre liegt der Lohndurchschnitt in diesen Bereichen unverändert bei 65-75% des Durchschnittseinkommens in der Volkswirtschaft. Dabei geht es hier um Wirtschaftsbereiche mit überdurchschnittlich hohem Akademiker-Anteil, mit besonders hoher Konzentration an geistigem Potential und dem „Goldvorrat“ der russischen Intelligenzija.

Es handelt sich dabei also um die Bereiche, die für die Qualitätsreproduktion des menschlichen Potentials in Russland zuständig sind.

Unter diesen Voraussetzungen sollte man sich nur freuen, dass die russische Regierung Reformen im Sozialwesen oberste Priorität einräumt. Der „Monetisierung der Vergünstigungen“ sollen nun Umwandlungen in Gesundheitswesen und Forschung, Schulsystem sowie Wohnungs- und Kommunalwirtschaft folgen.

Dennoch gibt es etwas, was die Freude trübt und einen daran hindert, solche Sozialreformen der Regierung zu unterstützen. Die Notwendigkeit, Veränderungen vorzunehmen, ist kein Freibrief dafür, die Gesellschaft risikoreichen Marktliberalisierungsexperimenten auszusetzen. Es geht ja nicht um eine Veränderung als Selbstzweck, sondern es kommt darauf an, was getan wird und mit welchem Ziel. Und hier kann man das Gefühl nicht loswerden, dass etwas nicht stimmt.

DAS JAHR DES „GROSSEN UMBRUCHS“

Nehmen wir die „Monetisierung der Vergünstigungen“ als Beispiel. Aus dem einfachen Grund nämlich, dass sie bereits im Gange ist und ihre Ergebnisse für jeden russischen Bürger recht anschaulich sind. Versuchen wir zu verstehen, was eigentlich geschehen ist.

Ganz bewusst verzichte ich hier darauf, auf die technischen Details dieses herausragenden Reformwerks einzugehen. Denn in diesbezüglichen öffentlichen Diskussionen, die gegenwärtig in großer Zahl geführt werden, geht die Schlüsselfrage meistens unter: Was war der Sinn der Reform und was waren ihre grundlegenden Prinzipien? Wenn es uns gelingt, am Beispiel der Vergünstigungen-Reform zu verstehen, worum es eigentlich geht, werden wir auch in den vorgesehenen Umwandlungen in Gesundheitswesen, Forschung und Bildungssystem das gleiche Muster sofort erkennen können.

Kommen wir also auf die Monetisierung der Vergünstigungen zu sprechen. Zunächst muss klargemacht werden, dass unter die Walze der Monetisierung völlig unterschiedliche Vergünstigungsarten geraten sind. Allein die Tatsache, dass sie alle „Vergünstigungen“ heißen, bedeutet nicht, dass es sich dabei um gleiche Phänomene handelt.

Es gibt beispielsweise Vergünstigungen für die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges. Diese Vergünstigungen liegen außerhalb des Wirtschaftsbereichs und lassen sich grundsätzlich nicht monetisieren.

Hier geht es nicht um die wirtschaftlichen Effekte und nicht um die Bemessung einer ausreichenden Entschädigungssumme, hier geht es um das Selbstwertgefühl einer Gesellschaft und deren Pflicht, nicht zu vergessen. Die Verehrung der Kriegsveteranen darf grundsätzlich nicht revidiert werden und hat grundsätzlich kein Geldäquivalent.

Mehr noch: Diese Vergünstigungen dienen einem weiteren wichtigen Zweck. Das den Kriegsveteranen zustehende Recht, nicht anstehen zu müssen, die Verkehrsmittel kostenlos zu nutzen, Medikamente oder eine Kur kostenlos zu erhalten, erinnert die Gesellschaft, die junge Generation insbesondere, ständig und alltäglich an unsere Geschichte. Es erinnert daran, dass für die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes manchmal auch Opfer gebracht werden müssen. Es erinnert an Ehre und Bürgerpflicht. Es erinnert daran, was für das Land heilig ist und welche Prinzipien dem Staat zugrunde liegen.

Diese Erziehungsfunktion, die uns zu einer nationalen Gemeinschaft macht und die Zeit- und Generationen-Kontinuität in der Gesellschaft aufrechterhält, kann man weder in Geld einschätzen noch aufheben.

Reden wir über die Vergünstigungen, muss man sich klar machen, wann und warum sie ins Leben gerufen wurden. Heute sprechen unsere Reformer gern davon, dass die meisten ungedeckten Vergünstigungen im vergangenen Jahrzehnt und aus purem Populismus eingeführt worden seien.

Die Behauptung ist äußerst strittig. Denn die Vergünstigungen für Kriegsveteranen hat es schon immer gegeben, über die gesamten 60 Nachkriegsjahre hinweg, in der Sowjetunion wie auch im neuen Russland, selbst in den schlimmsten Chaosjahren. Man muss schon eine ordentliche Portion Zynismus haben, um sie populistisch zu nennen. Und auch eine katastrophale Gedächtnisschwäche und

Schamlosigkeit besitzen, um zuzulassen, dass sie ungedeckt bleiben.

Andererseits gibt es tatsächlich eine Unzahl von sogenannten **neuen Vergünstigungen**, die aus den 1990-er Jahren, d.h. aus der Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der Hyperinflation, stammen.

Zu dieser Gruppe gehören z.B. die Verkehrsvergünstigungen, die heute wohl am heftigsten diskutiert werden. Kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel wurde in den Jahren eingeführt, als die Fahrtkosten sich verdoppeln konnten, während ein Rentner unterwegs zum Arzt war. Es waren die Jahre, als die Rente bestenfalls ein Zehntel des Existenzminimums betrug. Die Rede ist wohlgerne von der erarbeiteten und durch die Verfassung garantierten Rente, nicht etwa von einer Sozialhilfeleistung.

Es ist hinzuzufügen, dass vor allem die Städte davon betroffen waren. Auf dem Lande, dort, wo man einen eigenen Garten hat und die Entfernungen auch zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden konnten, gab es zwar auch nicht weniger brisante Probleme, die Lage sah hier aber ganz anders aus.

Dies ist übrigens ein weiterer bemerkenswerter Aspekt in der Beurteilung der Reform. Die Entscheidungen wurden pauschal getroffen, ohne die Unterschiede in den Bedürfnissen der Betroffenen zu berücksichtigen, ohne auf deren Versorgungsstand je nach der Region oder das Niveau des jeweiligen Existenzminimums zu achten. Mehr noch: Die Empfänger von

Vergünstigungen wurden in „föderale“ und „regionale“ aufgeteilt, sodass die gesamte Gesellschaft aufgeteilt wurde. Unter den Empfängern entstand zwangsläufig das Gefühl, es gebe Menschen erster und zweiter Klasse. Und dann, bei solcher Vorgehensweise, staunte man noch über die vielen Pannen bei der Umsetzung der Reform und die zahlreichen Proteste.

Die „neuen Vergünstigungen“ aus dem Anfang der 1990-er betrafen nicht nur die Rentner und die übrigen traditionell sozial schwachen Bevölkerungsschichten. Die Tiefe der Krise äußerte sich u.a. dadurch, dass auch erwerbstätige Bürger unter die Armutsgrenze abrutschten.

Genauso wie den Rentnern erging es den Lohnempfängern im öffentlichen Sektor, und zwar nicht nur zu Beginn der 90-er Jahre, wie es oft heißt. Laut Angaben des Russischen Instituts für Lebensstandardforschung erhielten noch vor kurzem, im Jahre 1999, 54,2% der Arbeitnehmer in Russland ein Gehalt, das unter dem Existenzminimum der erwerbstätigen Bevölkerung lag.

Die Angaben über das Jahr 1999 sind aus einem weiteren Grund sehr symptomatisch. Es ist offensichtlich, dass ein dermaßen hoher „Armut-in-Arbeit“-Wert in jenem Jahr auf die Folgen der Rubelabwertung und des Börsen-Bankrotts von 1998 zurückgeht. In Wirklichkeit ist es jedoch ein weiteres Argument, um die Vergünstigungen vor der gedankenlosen Monetisierung zu schützen.

Man kann die Abschaffung von Vergünstigungen erst dann verantwortungsvoll vertreten, wenn die

jährliche Inflationsrate auf 5–7% gesunken ist und mindestens einige Jahre lang auf diesem Niveau bleibt. Darüber hinaus müsste bis dahin eine ausreichende Einkommenszuwachsrate erreicht werden, die es verhindern könnte, dass bei einer Krise nicht nur die absolute Mehrheit der sozial schwachen Bevölkerungsschichten, sondern auch beinahe die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung über Nacht in die Armut abstürzt, was 1998 eben der Fall war.

Heutzutage liegen diese Voraussetzungen nicht vor. Laut den von der UNO anerkannten internationalen Kriterien gilt ein Pro-Kopf-Tageseinkommen von weniger als \$4 als Armut, ein Einkommen unter \$2 als Elend. Nach Angaben von Michail Rutkewitsch, korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, lebten 2003 rund 18% der russischen Bevölkerung vom Pro-Kopf-Einkommen von unter 2.000 Rubel „in Elend“, über ein Pro-Kopf-Einkommen von 2.000 – 5.000 Rubel („Armut“) verfügten zirka 45% der Bevölkerung. Das heißt, an bzw. unter der Armutsgrenze lebten zwei Drittel der russischen Bürger.

Auch wenn sich die Lage mittlerweile etwas entspannt hat, von grundlegenden Veränderungen kann noch keine Rede sein. Die offiziellen Statistiken des Ministeriums für die wirtschaftliche Entwicklung für 2004 weisen den Rückgang der Zahl der Armen in Russland auf 17,8% der Gesamtbevölkerung im Vergleich zu 20,3% im Vorjahr aus. Man bedenke, dass diese Statistiken lediglich diejenigen offiziell als „arm“ erfassen, deren Einkommen unter dem Existenzminimum liegt, d.h. unter 2.500 Rubel im Monat. Dabei

bleiben die am Warenkorb bemessenen gesetzlich festgelegten Existenzminimum-Grenzen erheblich unter den einschlägigen sowjetischen Werten aus den 1980-er Jahren. Außerdem ist es in unseren offiziellen Statistiken aus unerklärlichen Gründen üblich, das Existenzminimum und die Armutsgrenze nicht nach dem realen Rubel-Kurs zu berechnen, sondern anhand der sogenannten Kaufkraft-Parität – 10 Rubel pro 1 US-Dollar. Die Preise im Einzelhandel sprechen jedoch eine andere Sprache.

Was die Inflationsrate betrifft, so gelingt es der Regierung nicht einmal, diese bei den „geplanten“ 10% zu halten. Für das laufende Jahr soll die errechnete Jahresinflationsrate bei 8,5% liegen. Bereits im Januar betrug sie über 2,5%. Die übereinstimmende Prognose für dieses Jahr lautet daher: Die Inflationsrate werde auf 10–12% und höher klettern.

Eine der Hauptursachen für diesen Anstieg ist die von den Rohstoff-Monopolen betriebene Preiserhöhung, d.h. Verteuerung von Treib- und Brennstoff und infolge dessen auch Anstieg von Transport- sowie Wohnungs- und Kommunalwirtschaftstarifen. Genauso wie im Vorjahr steigen hier auch in diesem Jahr die Preise um über 20%.

Wie sieht vor diesem Hintergrund die „Monetisierung“ in der Praxis aus? Eigentlich ist es eine Fiktion. Denn zunächst musste die Reformfinanzierung fast verdoppelt werden. Dennoch werden z.B. allorts ermäßigte Monatskarten, u.a. auch für „einfache Rentner“, eingeführt, die die realen Kosten der Transportunternehmen nicht decken.

Worum hat man denn gekämpft? Etwa um Massenproteste und eine soziale Destabilisierung? Wenn dem so ist, dann ist der Erfolg fürwahr be- rauschend.

Bevor man sich daran macht, etwas zu „monetisieren“, hätte man sich klar machen sollen, was eigentlich der reale Inhalt der besagten Transport- oder Medikamentenvergünstigungen ist. Und dieser besteht sicherlich nicht darin, bestimmten Bevölkerungsgruppen Präferenzen bzw. Privilegien zu gewähren. **Der Inhalt solcher Vergünstigungen bedeutet nichts anderes als die Erfüllung der elementaren Staatspflichten.**

Die Krise Anfang der 1990-er Jahre, die Rubelabwertung und der Zusammenbruch des Staatshaushalts bedeuteten nicht, dass die grundlegenden sozialen Funktionen des Staates zur Garantierung der minimalsten Voraussetzungen zum Überleben und für eine würdige Existenz seiner Bürger aufgehoben worden wären. Die „Vergünstigungen“ stellten in diesem Fall diese durch den Staat gewährten Garantien dar.

Jetzt will die Regierung diese Vergünstigungen monetisieren. Ist es denn machbar? Im Prinzip schon. Man muss sich dabei nur im Klaren sein, worum es geht. Kostenlose Medikamente und Nutzung von Verkehrsmitteln für den Rentner – das sind keine Privilegien, kein besonderer Gefallen, das ist eine elementare staatliche Überlebensgarantie. Diese kann entweder in Sach- oder in Geldform gewährt werden. Beim Letzteren muss der dem Begünstigten

bzw. dem Rentner zustehende Betrag absolut und bedingungslos ausreichend sein, um seine Bedürfnisse zu befriedigen und den Lebensstandard zu erhalten.

Ist man in der Lage, diese Voraussetzungen zu erfüllen, kann man „monetisieren“. Ist man es nicht, darf man es nicht einmal versuchen – dann sollen die staatlichen Garantien in Form von Sachleistungen beibehalten werden. Denn es geht ja nicht nur um einen „Abbau von Vergünstigungen“. Hier geht es darum, dass der Staat seine sozialen Garantien verweigert, hier geht es um den Versuch, sich aus einer unabdingbaren Pflicht zu stehlen.

So zumindest sieht es vom Standpunkt der modernen Auffassung von Staat und einer staatlichen Sozialpolitik her aus. Wenn unsere Regierung es jedoch bevorzugt, in den Kategorien eines zu Marx' Lebzeiten existierenden kapitalistischen Staates von vor 150 Jahren zu denken, dann liegen die Dinge natürlich anders.

Die Geschichte mit der Monetisierung der Vergünstigungen hat noch einen weiteren wichtigen Aspekt. In diesem Zusammenhang komme ich auf eine Art von Vergünstigungen zu sprechen, die noch nicht endgültig abgeschafft wurde – es geht um die **Vergünstigungen im Bereich der Kommunalwirtschaft**.

Ich habe bereits erwähnt, dass sowohl die staatliche Sozialpolitik als auch die gesamte gesellschaftliche Lebensordnung und -form in Russland in vielerlei Hinsicht immer noch „sowjetisch“ bleiben,

beruhen sie doch auf den sozialistischen Grundsätzen sozialer Garantien und sozialer Versorgung. Die Frage, ob dies denn gut oder schlecht sei, sei dahin gestellt. Gehen wir von der schlichten Tatsache aus, dass es ein System sozialer Garantien gegeben hat, das nach bestimmten Gesetzen und nach einer bestimmten Logik funktionierte. Um etwas zu reformieren, müssen wir wissen, was genau verändert werden soll. Das bedeutet, dass man sich zuerst vor Augen führen muss, was dem sowjetischen Sozialsystem zugrunde lag.

Diese Grundsätze lassen sich am Beispiel der kommunalwirtschaftlichen Vergünstigungen nachvollziehen. Vergünstigungen in der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, niedrige Mieten und Tarife sind nicht neu. Streng genommen, galten sie in der Sowjetzeit gar nicht als Vergünstigungen. Die Situation änderte sich erst, als die Schnellzünder von „jungen Reformern“ der 1990-er „Baujahre“ die Vorlage lieferten, indem sie eine 100%-Bezahlung sämtlicher Dienstleistungen zum Ziel der Wohnungs- und Kommunalwirtschaftsreform erklärt hatten.

Leider spukt diese Prozentvorgabe immer noch in den Köpfen unserer Regierungsmitglieder herum. Seit Januar dieses Jahres gilt russlandweit die Vorschrift, der zufolge sämtliche Wohnungs- und kommunalwirtschaftlichen Leistungen zu 100% bezahlt werden müssen. In Übereinstimmung mit diesem Regierungsbeschluss werden die meisten Regionen ihre Miet- und Dienstleistungstarife entsprechend anheben müssen. Laut offiziellen Statistiken sind die

Tarife in der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft seit Anfang dieses Jahres bereits um 26,7% im Landeschnitt gestiegen. Die Obergrenze ist allerdings noch nicht erreicht.

Nach den aktuellen Angaben des Meinungsforschungsinstituts FBK werden im Landesdurchschnitt etwa 60% der Ausgaben von der Bevölkerung übernommen. Das heißt, im Laufe dieses Jahres ist unter der Berücksichtigung der Inflationsrate mit einer Mehrbelastung von 40–50% zu rechnen. Dabei kann es in den Regionen, in denen die Subventionierung der Privathaushalte bisher überdurchschnittlich hoch war, zu einem explosionsartigen Preisanstieg kommen. Es gibt Städte, in denen die Kaltwasserpreise für die Privathaushalte seit Anfang des Jahres um das 2- bis 2,5-Fache erhöht wurden.

So, schleichend und unter der Hand, setzt sich die verwerfliche Logik der „Wohnungs- und Kommunalwirtschaftsreform“ immer weiter durch. Und niemand erinnert sich an die wirklichen Ziele einer Reform in diesem Bereich – Abrechnung nach tatsächlichem Verbrauch und in Anspruch genommenen Dienstleistungen, Wettbewerb und höhere Qualität der Dienstleistungen, Modernisierung der kommunalwirtschaftlichen Infrastruktur und hochwertiger Wohnungsbau, eine neue Wohn- und Lebensqualität für die Bevölkerung.

Dabei kann die **Monetisierung der Kommunalwirtschaft** noch viel schwerwiegendere Folgen nach sich ziehen, als es bei den Medikamenten- und Transportvergünstigungen der Fall ist. Es geht nicht einmal

darum, dass die Renten, so oft sie auch aufgestockt werden mögen, niemals reichen würden, um den Appetit der Kaltwasser-Händler zu stillen. Die pauschale, flächendeckende Einführung der sogenannten „wirtschaftlich begründeten“ Preise für kommunale Dienstleistungen ohne entsprechende Änderung der Einkommenspolitik wird nicht nur die sozial Schwachen, sondern auch die an der Armutsgrenze balancierenden Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor, einen beträchtlichen Teil der „Mittelklasse“, zielsicher zum sozialen Absturz bringen. Da müsste in der Statistik schon ein Wunder an Fehlertoleranz-Zauberkunst vollbracht werden, damit in den Berichten für 2005–2006 kein Anstieg der Armut im Lande auftaucht.

So „entschieden“ sollen wir also „Abschied von der sowjetischen Vergangenheit“ nehmen. Aber zurück zum Wesen der Sache: Der sowjetischen Sozialpolitik lag das Prinzip einer gesellschaftlichen Umverteilung und sozialer Sonderzuwendungen zugrunde. Hier hatten wir es mit einer Philosophie zu tun, die genau das Gegenteil der Monetisierung ist. Während der sowjetische Staat die Arbeit nicht gebührend entlohnte, war er gnädig bereit, für kommunalwirtschaftliche Dienstleistungen und Transport Kleingeldbeträge zu verlangen und auch andere Verbraucherpreise und Dienstleistungen großzügig zu subventionieren.

Einerseits schuf dies natürlich ein gewisses, recht solides Niveau an sozialen Sicherheiten bzw. Garantien. Es gab keine offenkundige Armut, es gab die sprichwörtliche „Zukunftszuversicht“. Die Kehrseite der Medaille waren chronische Versorgungseng-

pässe, mangelnde Arbeits- und Leistungsmotivation, Abhängigkeit vom Staat.

Eine solche Abhängigkeit, eine Einschränkung der Freiheit des Menschen, war dabei eines der Ziele des Staates. Die sowjetische Sozialpolitik war darauf ausgerichtet, die soziale Struktur der Gesellschaft unter Kontrolle zu bringen. Wo es darum geht, die „Gleichheit der sozialen Versorgung“ aufrechtzuerhalten und die Selbständigkeit zu verhindern, dort gibt es keinen Platz für Geld und andere Unabhängigkeitsäquivalente.

Heute sehen diese Grundsätze anachronistisch aus. Die Entwicklung des freien Marktes, die Entstehung des Kapitalismus im heutigen Russland erfordert eine ganz andere Sozialpolitik. Es muss allerdings eine soziale Politik sein und nicht de facto deren Abschaffung unter dem Deckmantel eines pseudoliberalen „Minimum-an-Staat“-Konzeptes. Der soziale Darwinismus, das Prinzip, nach dem nur der Stärkste überleben darf, ist alles andere als eine soziale Sozialpolitik.

Hier darf man nicht nach dem Motto „hier bin ich dabei, dort bin ich aber nicht dabei“ handeln. Man kann nicht sagen, wir schaffen Subventionen ab, die niedrigen Löhne bleiben aber erhalten. Verzichtet man auf das System der gesellschaftlichen Umverteilung und Vergünstigungen, so muss man auch die Einkommen der Bevölkerung grundlegend reformieren, den Arbeitslohn-Anteil am BIP anheben.

„MONETISIERUNG DER MENSCHENRECHTE“

Der Umbau des sozialen Bereichs ist eine viel zu schwierige und wichtige Aufgabe, als dass hier die Buchhaltermaßstäbe von Debet und Kredit angesetzt werden könnten. Bisher jedoch ist genau dies der Fall. Eines der Hauptziele der sozialen Umwälzungen ist der Abbau der staatlichen Ausgaben. Anders herum heißt das also: Der soziale Bereich und seine Qualität gehören nicht zu den Zielen der Reform. Das Sozialsystem wird wieder zu einem Mittel zum Zweck degradiert – zum Mittel zur makroökonomischen Stabilisierung und Gestaltung eines Haushaltsüberschusses.

Die Reform der Vergünstigungen ist das erste Lüftchen vor dem Sturm auf dem von unserer Regierung eingeschlagenen Weg zur Umsetzung eines viel beeindruckenderen und erschreckenderen Vorhabens – der „Monetisierung der Menschenrechte“. Es handelt sich um die geplanten und teilweise eingeleiteten Reformen im Bildungs- und Gesundheitswesen, in Wissenschaft und Forschung sowie Kultur. Eine zu ihrem logischen Ende gebrachte Kommerzialisierungspolitik in diesen Bereichen **stellt die Verfassungsrechte der russischen Bürger und die im Grundgesetz verankerten Prinzipien eines Sozialstaats in Frage.**

Ein beredtes Beispiel einer solchen Politik sind die mittlerweile zum stehenden Begriff avancierten

„Surabowsche 5 Tage“. Nach Surabow, Minister für Gesundheitswesen und Soziales (!), sei der Krankenhaus-Aufenthalt eines Patienten nur dann wirtschaftlich effizient, wenn er nicht länger als 5 Tage dauert.

Und wie ist die Abschaffung von Poliklinik-Ambulanzen mit der These über die Wichtigkeit von Frühdiagnostik und Vorbeugung zu vereinbaren? Jetzt wird auch vorgeschlagen, die Zahl der Fachärzte zu senken. Gesetzt wird auf Allgemeinmediziner, sprich: „Landärzte“. In Verbindung mit dem Abbau der Garantien für eine kostenlose medizinische Versorgung und der Krankenhausbetten kann dies nur eins herbeiführen: Den Menschen wird nur privatärztliche Versorgung übrig bleiben. Solchen Luxus kann sich aber bestenfalls nur jeder zehnte russische Bürger leisten.

Die Reform vollzieht sich vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das Gesundheitswesen de facto bereits kostenpflichtig geworden ist. Die vom FBK-Institut durchgeführte Studie zum Thema „Wieviel gibt Russland aus?“ ergab, dass die russischen Bürger zirka 230 Mrd. Rubel jährlich für medizinische Leistungen und Medikamente aufwenden. Das übersteigt die vorgesehenen staatlichen Gesundheitsausgaben um das Dreifache.

Ein weiterer aussagekräftiger Wert zeigt auf, dass die oben genannten Gesundheitsausgaben der Bevölkerung etwa 5% der gesamten Verbraucherausgaben betragen. Dieser Wert entspricht dem mitteleuropäischen Niveau und kommt in einigen Einzelpositionen an den

US-Stand knapp heran, wobei die USA bekanntlich ein Land sind, dessen Bevölkerung die weltweit höchsten Gesundheitsausgaben hat.

Bereits heute geben die russischen Bürger für medizinische Versorgung mehr aus, als es in jedem anderen Land mit einem ausgebauten staatlichen Garantiesystem der medizinischen Versorgung der Fall ist. Und dies geschieht, obwohl die Einkommen der Bevölkerung wie auch das System der Krankenversicherung und die technische Ausrüstung unseres Gesundheitswesens, mild ausgedrückt, zu wünschen übrig lassen.

Selbstverständlich lastet die kostenpflichtige medizinische Versorgung heutzutage auf den vermögenderen Teilen der Bevölkerung. In erster Linie sind es die „oberen 10%“, auf die – selbst nach offiziellen Angaben – 30% des Gesamtvolumens der finanziellen Einkommen entfallen. Eine spürbare Belastung muss auch der „Mittelstand“ schultern, der sie jedoch „stoisch hinnimmt“, da diese Kosten mit den Lebenswerten und -einstellungen dieser Bevölkerungsgruppe übereinstimmen. Wie ist aber das Vorhaben der Regierung zu bewerten, die Gesundheitsreform zu „vertiefen“ – dadurch, dass man die staatlichen Garantien der medizinischen Versorgung noch mehr beschneidet und die gesamte Bevölkerung vor die Wahl zwischen der kostenlosen und der kostenpflichtigen medizinischen Versorgung stellt? Es sieht nach einer offenkundigen Missachtung der sozialen Grundlagen des Staates und der gesellschaftlichen Entwicklung aus.

Die Gesundheitsreform ist lediglich ein Beispiel für das kommerzielle Herangehen an den sozialen Umbau, das für Bildungswesen oder Wissenschaft und Forschung genauso zutrifft.

Die Situation in Wissenschaft und Forschung ist gar paradox. Das endlose Gerede über innovative Entwicklung, moderne Hochtechnologien etc. hätte selbst die größten Dickschädel von Monetisierungsanhängern längst davon überzeugen müssen, dass Investitionen in die Forschung zu den profitabelsten Kapitalanlagen gehören.

Die meisten Industrieländer bleiben in Bezug auf ihre Prioritäten in den langfristigen nationalen Entwicklungsprogrammen seit mehreren Jahrzehnten strikt konsequent: das erforderliche Finanzierungsniveau für die Grundlagenforschung beibehalten und die Finanzierung der angewandten Forschungen aus dem Staatshaushalt regelmäßig aufstocken. Es ist offensichtlich, dass das Schicksal Russlands als eines Staates, der in den Wettbewerb auf dem Weltmarkt einsteigt, maßgeblich von seinem wissenschaftlichen Potential abhängt.

Die Grundlagenforschung ist kein Gebiet, das sich nur zum Teil finanzieren lässt. Bei halbherziger Finanzierung, ohne dass die Bedürfnisse der Forschung vollständig gedeckt sind, kann man auch keine bedeutsamen Leistungen erwarten.

Umso unverständlicher ist in diesem Zusammenhang das berüchtigte Monetisierungsgesetz Nr. 122, mit dem die Regierung den Föderationssubjekten (*d.h. den Regionen, Bestandteilen der Russischen*

Föderation – Anm. d. Übers.) praktisch untersagt, Wissenschaft und Forschung zu finanzieren (Hochschulen übrigens auch), nach dem Motto: „Wir selbst tun es nicht und lassen es euch auch nicht tun“.

Das Vorhaben der Regierung, die Innovationslast der Wirtschaft zu überlassen, ist nicht nur gefährlich, sondern auch naiv. Und es geht nicht einmal darum, dass die Reform-Autoren sehr wohl wissen, dass der Forschungsanteil an der Privatwirtschaft bei uns die Grenzwerte der statistischen Fehlertoleranz kaum übersteigt und dass unser russischer Kapitalist noch mindestens 20 Jahre brauchen wird, um die „Ressourcen“ für eine angemessene Investition in die Forschung zusammenzutragen.

Viel wichtiger ist dabei etwas anderes: Der Wucherer-Kapitalismus der ursprünglichen Akkumulation vermag das in Sowjetzeiten aufgebaute technologische Potential lediglich zu verbrauchen und zu „monetisieren“. Es geht sogar noch einfacher: Man kann ja die Grundstücke und das Vermögen von Betrieben und Forschungszentren auch zweckentfremden und in profitablere Unternehmen umfunktionieren. Die wenigen Beispiele dafür, dass neue Eigentümer von Betrieben und Entwicklungsbüros innovative Forschung betreiben und innovative Technologien hervorbringen, sind lediglich Ausnahmen, die die Regel bestätigen.

Der Staat, sofern er nicht in einen prähistorischen Zustand zurückfallen will, muss die Forschung so lange unterstützen, bis diese zumindest zum größten Teil von der Wirtschaft

eingefordert wird. Es könnte ein neuer Konkurrent sein, der sämtliche vom alten Wirtschaftssystem hinterlassenen Profitmöglichkeiten bereits ausgeschöpft hat, oder eine neue Wirtschaftsbranche, die das endlose Umkrepeln wie das Verleben des alten Potentials aufgegeben hat und zur Strategie einer intensiven innovativen Entwicklung wechselt.

Es kommt hinzu, dass das Problem der Überalterung, die die russische Wissenschaft und Forschung fast in allen Bereichen erfasst hat, des Dahinvegetierens und Aussterbens ganzer wissenschaftlicher Schulen und der „Wissensflucht“ durch die vorgesehene pauschale Kommerzialisierung der russischen Wissenschaft und Bildung keineswegs zu lösen ist. In diesem Zusammenhang muss man dem Rektor der Moskauer Staatlichen Universität, Akademie-Mitglied Wiktor Sadownitschij, Recht geben, der sagt, dass wir beim Übergang zum zweistufigen Hochschulsystem – Bakkalaureat und Magisterstudium – nur „Laboranten für ausländische Labors züchten“ würden.

Mit ausländischen Erfahrungen wird hier in einer Art Feldweibel-Manier umgegangen. Es wird verordnet, das Bakkalaureat- und Magister-Studium einzuführen. Punkt. Warum? Weil es in der ganzen Welt so sei. Dass dieses System in verschiedenen Ländern auch unterschiedlich aufgebaut ist und differenziert funktioniert, interessiert keinen. In einigen Berufen beträgt die Ausbildungsdauer z.B. 4+2 Jahre, in anderen Fachrichtungen sind es wiederum 3+2 oder auch 4+1. Ingenieur oder Mikrobiologe – die Ausbildungswege sind nicht identisch.

Und damit noch nicht genug. Unter dem Deckmantel einer „fortschrittlichen Erfahrung“ werden die staatlichen Garantien einer kostenfreien Bildung abgebaut. Wird das Zweistufensystem eingeführt, wird das Magisterstudium gebührenpflichtig sein. Das kostenlose Studium ist hiermit auf dem besten Wege zu verschwinden.

Für die monetaristische Mentalität unserer Reformer ist es allerdings kein Argument. Stellen wir ihnen also eine pragmatische Frage: „Was wird denn in diesem Fall aus der Ausbildung von qualifizierten Fachleuten für unsere Volkswirtschaft?“ Glauben Sie, wir hätten sie damit aus der Fassung gebracht? Von wegen! 3–4 Jahre Bakkalaureatsstudium seien für den Arbeitgeber ja völlig ausreichend, so die Antwort.

Es ist nur nicht ganz nachzuvollziehen, warum die Interessen dieses Arbeitgebers uns wichtiger sein sollen, als der Erhalt der einheimischen fundamentalen Bildungstradition und der russischen wissenschaftlichen Schule als Grundlage der zukünftigen Entwicklung. **Das Kernproblem der heutigen russischen Bildung liegt darin, dass sie besser ist, als die heutige Wirtschaft sie benötigt.** Die Wirtschaft gestaltet die Nachfrage nach hochqualifizierten Fachleuten nicht. Würden wir das Bildungsniveau dem heutigen Stand der Wirtschaft anpassen, so hieße es, sowohl die Wirtschaft selbst als auch die Gesellschaft jeglicher Entwicklungsperspektiven eigenhändig zu berauben.

Hier kann man auf viele Experten Bezug nehmen. Es gibt zum Beispiel eine Meinung, das sogenannte

japanische Wirtschaftswunder habe gar nicht in den 1960-er Jahren stattgefunden, sondern ein halbes Jahrhundert früher, als Japan eine Bildungsreform eingeleitet hatte. Deren grundlegende Idee bestand eben darin, dass die wertvollste Ressource in einem rohstoffarmen Land ein gebildeter und hochqualifizierter Mensch ist. Die innerhalb eines Jahrhunderts vollzogene Umwandlung Japans aus einem Agrarland in eine postindustrielle Großmacht ist der beste Beleg für die Weisheit einer solchen Politik.

Etwa vor 40 Jahren waren es deutsche Wissenschaftler, die verblüffende Forschungsergebnisse präsentierten. Aufgrund der Auswertung des Wiederaufbaus Westdeutschlands haben sie nachgewiesen, dass bei vollständig zerstörtem Produktionspotential, aber einem funktionierenden Bildungssystem mit gut ausgebildeten Lehrkräften an Schulen und Universitäten das Land in der Lage ist, mit einer viermal größeren Zerstörung fertig zu werden, als es bei der umgekehrten Konstellation der Fall gewesen wäre. Gerade aus diesem Grunde hat Deutschland den Kurs angesteuert, die Wirtschaft mittels effizienter Bildungspolitik und Ausbildung hochwertiger Arbeitskräfte zu modernisieren.

Wir jedoch gehen davon aus, dass sich Öl auch „ohne“ pumpen lässt. Dem Arbeitgeber reiche es ja aus. Wenn die Zukunft aber vor allem eine Wissensgesellschaft, eine Menschengesellschaft ist, dann ist **ein neues Aufklärungszeitalter** angesagt – Wiedergeburt der Wissenschaft, der Bildung, des Sozialen.

Wir setzen uns aber zum Ziel, die ohnehin niedrigen Staatsausgaben für Bildung, Gesundheitswesen, Wissenschaft und Forschung noch mehr zurückzuschrauben. Das immer gleiche Denkmuster, der makroökonomischen Stabilisierung die Priorität einzuräumen, schafft eine Situation, in der die jetzigen Staatsausgaben für Bildung und Gesundheitswesen in Höhe von 4% bzw. 2,5% BIP von den Reformern als überhöht eingestuft werden. Während die Idee, auf Dauer 4,5% BIP im Stabilisierungsfonds als „totes Kapital“ zu konservieren, als überaus fortschrittlich gepriesen wird.

DENKFEHLER DER VOLKSFEINDLICHEN VOLKSWIRTE

Über vieles werden wir uns nicht mehr wundern, sobald wir uns bewusst machen, dass das Alpha und Omega der Tätigkeit unserer Regierungsreformer die Umwandlung der staatlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik in einen „Business-Plan“ ist.

Unsere Regierung ist die ganze Zeit dabei, die Wirtschaft zu reformieren, nicht die Gesellschaft. Sie peilt eine finanzielle Stabilität an, aber nicht eine soziale Nachhaltigkeit. Sie baut die Inflation ab, aber nicht die sozialen Missverhältnisse. Die Interessen des Menschen, durch die makroökonomischen Virtualitäten verdrängt, liegen weit am Rande, in der Peripherie einer solchen Politik. Der Begriff „Staatsausgaben“ wird zum Schimpfwort.

Das Ergebnis: Die reale Wirtschaft und der soziale Bereich leiden eine bittere Geldnot. Ihnen fehlen Mittel und Impulse für grundlegende und für das Land lebensnotwendige Sozial- und Wirtschaftsstrukturereformen. Die Regionen ersticken im andauernden Würgegriff des Haushaltsunitarismus.

Damit nicht genug: Das „Minimum-an-Staat“-Konzept herrscht weiter vor, obwohl es die Gefahr birgt, den Lebensstandard weiter sinken zu lassen, die sozialen Wirtschaftsbereiche weiter abzuwerten, ja gar zu zerschlagen, die gesellschaftliche Instabilität zu fördern.

DIE AKKUMULATIONSIDEOLOGIE

Paradoxerweise findet vor diesem Hintergrund die Festigung von Finanzreserven statt. Die Entnahme der überschüssigen Geldmittel aus der Wirtschaft verläuft zeitgleich in drei Richtungen.

Erstens haben die Gold- und Devisenreserven der Nationalbank der Russischen Föderation die psychologische Zäsur von \$100 Milliarden schon längst überschritten.

Zweitens fährt die Regierung auch weiterhin ihre Haushaltsüberschuss-Politik. Im Haushaltsplan für 2005 wird ein Überschuss in Höhe von 278 Mrd. Rubel vorgesehen.

Drittens ist der Stabilisierungsfonds in einem „unantastbaren“ Volumen von nicht weniger als 500 Mrd. Rubel endgültig etabliert worden. Nach Schätzungen sollen die Aktiva des Stabilisierungsfonds 700 Mrd. Rubel erheblich übersteigen.

Eine solche Regierungspolitik hätte wohl gerechtfertigt werden können, hätte sie die Lösung unstrittiger strategischer Aufgaben der sozialwirt-

schaftlichen Entwicklung des Landes angestrebt. Davon kann jedoch keine Rede sein. **Geldanhäufung ist Selbstzweck geworden.** Die Entnahme riesiger Beträge aus der Wirtschaft löst keines der aktuellen wirtschaftlichen Probleme Russlands. Selbst die erfundenen Rechtfertigungsversuche einer solchen Politik – volkswirtschaftliche Stabilisierung, Wirtschaftswachstum, Eindämmung der Inflation – greifen nicht.

Dennoch bleibt die Regierung hartnäckig dabei und gibt ihren Irrweg nicht auf.

Auf die Frage nach der strategischen Bestimmung des Stabilisierungsfonds antworten seine Hüter wie gewohnt, der Fonds diene Russland als Sicherheitspolster. Für den Fall, dass der Ölpreis auf dem Weltmarkt kritisch – unter \$15 pro Barrel – sinken und die Preiskonjunktur sich über 2-3 Jahre hinweg zurückentwickeln sollte.

Ausnahmen, wenn auch vorübergehend, sind lediglich zwecks Tilgung der Auslandsverschuldung erlaubt und womöglich auch zur Finanzierung von Defiziten des Rentenfonds. Das ändert jedoch nichts an der Geldanhäufungsideologie. Wohl deshalb, weil „die strategische Idee“ der Fonds-Ideologen lautet: in 3 bis 4 Jahren soll die Höhe des „unantastbaren“ Fondsanteils an das BIP-Volumen fest gekoppelt werden, und zwar auf dem Niveau von 4,5% des BIP.

Eine einfache Berechnung des parallelen Wachstums des BIP und des „unantastbaren“ Fondsanteils ergibt, dass sich hinter der Idee, das Fondsvolumen an das BIP zu koppeln, dasselbe Bestreben nach

Geldanhäufung verbirgt. So werden sich 4,5% BIP zum Jahre 2006 auf zirka 950 Mrd. Rubel belaufen. Bis 2020 werden sie auf die astronomischen 3,5 Trillionen Rubel klettern – eine Zahl, die übrigens über die Hälfte der Haushaltseinnahmen der Russischen Föderation für 2005 beträgt.

Der Stabilisierungsfonds stellt also für seine Ideologen und Gründer ein Instrument zur Akkumulation von Geld und Ressourcen als Reserve für den „Ernstfall“ dar. Dabei geht es auf die primitivste Art und Weise zu: Das überschüssige Geld wird schlichtweg in das Sparschwein gesteckt. Das Sparschwein muss immer weiter gemästet werden, damit es wächst und zunimmt. Und das Gerede über die Nutzung der Fondsmittel für die fundamentalen Bedürfnisse der Volkswirtschaft entbehrt jeglicher Grundlage.

Ein weiteres alarmierendes Symptom fällt dabei auf. Der Denkansatz der Fondsideologie geht unverhohlen davon aus, dass der Rückgang der Energieträger-Preise auf dem Weltmarkt unter \$15 pro Barrel eine Katastrophe für den russischen Staatshaushalt bedeuten würde. Die Fondsreserven müssten dann für ein paar Jahre ausreichen, um sämtlichen Verbindlichkeiten nachzukommen. In diesem Zeitraum wird die Regierung wohl beten müssen, dass die Ölpreise wieder steigen mögen.

Eine solche Auffassung von der Funktion des Fonds ist äußerst gefährlich. Die Regierung sagt uns im Klartext, dass es ihre Wirtschaftsphilosophie ist, sich von der Konjunkturströmung der

Rohstoffmärkte treiben zu lassen, Preissenkungen auszusitzen und sich auf ein weiteres fettes Jahr zu freuen. Der Gedanke, wie der Frosch aus dem berühmten Gleichnis die Sahne aus den heutigen Öl-Gas-Wirtschaftsgewinnen zur Butter eines hochwertigen Wirtschaftswachstums zu schlagen, steht nicht einmal auf der Tagesordnung.

Die Weigerung, sich die Ziele der Wirtschaftspolitik bewusst zu machen und die Ideologie des Stabilisierungsfonds zu revidieren, birgt die Gefahr in sich, dem Wahn „Geldanhäufung zwecks Geldanhäufung“ endgültig zu verfallen.

Auch eine Betrachtung der vermeintlich wachsenden „Spardose“ erregt ein gewisses Befremden. Seltsamerweise führt die Geldakkumulation dazu, dass sie ständig... schrumpft.

Im vergangenen Jahr lagen die Geldmittel des Stabilisierungsfonds einfach auf Konten brach. Nach Angaben des Russischen Rechnungshofs **beliefen sich die** inflationsbedingten **Fonds-Verluste auf 23 Mrd. Rubel** (im realen, nicht nominalen Wert).

Im Oktober letzten Jahres schien die Regierung sich endlich auf eine Liste von Wertpapieren aus 14 Industrieländern festgelegt zu haben, in die die Fondsmittel investiert werden können, um das Inflationsrisiko zu reduzieren. Aber auch dieser Schritt lässt Fragen aufkommen. Die meisten Experten sind sich darüber einig, dass solche Investitionen nicht die Rentabilität gewährleisten, die zum Ausgleich der inflationsbedingten Verluste und zur Stärkung des Rubels erforderlich wäre.

Nicht nachzuvollziehen ist ebenfalls Folgendes: Die Regierung lässt die Fondsmittel aus der russischen Wirtschaft in die Wirtschaften anderer Länder abfließen. Das heißt, ausländische Hersteller finanziell zu unterstützen und nicht einheimische, ausländische Währungen zu stärken und nicht den russischen Rubel. Das bedeutet, dass wir verbal die Kapitalflucht bekämpfen und dafür eintreten, langfristige Direktinvestitionen ins Land zu holen, in der Praxis aber sind wir bei der ersten Gelegenheit bereit, das Geld selbst ins Ausland auszuführen. Auch wenn es nur ums „Parken“ geht.

Der russischen Wirtschaft eigene Geldmittel zuzuführen, eine solche Maßnahme hätte nicht nur eine wirtschaftliche Wirkung, sondern auch einen weitreichenden psychologischen Effekt – auch für ausländische Investoren. Das Vertrauen der russischen Regierung in die russische Wirtschaft, auf diese Art und Weise offenkundig zum Ausdruck gebracht, wäre ein weit gewichtigeres Zeichen für ein investitionsfreundliches Klima als sämtliche verbalen Beteuerungen von Amtsträgern oder Rankingsplätze.

Gegen meine Argumente mag es einen Einwand geben: Was tun, wenn die Krise doch käme? Die Krise, die werde es zeigen. Das Problem jedoch liegt woanders. Es geht nämlich nicht darum, dass es in der russischen Wirtschaft zur Krise kommen könnte. Die Krise ist schon längst reif und überreif.

Stellen wir uns jenen Krisenfall in der russischen Wirtschaft infolge des Ölpreisverfalls auf dem Weltmarkt vor. Tritt er ein, wird es kein Finanzpolster schaffen, die Haushaltsstabilität in Russland aufrechtzuerhalten.

Zugegebenermaßen können die angesparten Reserven in der Anfangszeit dem Staat helfen, seinen Ausgabenverpflichtungen gegenüber der Bevölkerung nachzukommen. Sollte sich die Krise jedoch länger hinziehen oder selbst bei einer Stagnation, wird die jahrelang gesparte und eifrig gehütete Geldreserve im wahrsten Sinne des Wortes verschlungen. Zur Finanzierung der zusätzlichen Infrastrukturausgaben, die der Staat wird aufbringen müssen, um aus der Krise herauszukommen, wird der Fondsvorrat kaum ausreichen.

So wird sich der Kreis schließen. Der Stabilisierungsfonds wird verbraucht sein, die fundamentalen Probleme der Wirtschaft werden ungelöst bleiben. Die inzwischen leere Spardose wird **ein Schmerzmittel** gewesen sein, **kein Heilmittel**. Sie allein kann die Wirtschaft nicht sanieren, sie ist lediglich in der Lage, die Symptome einer fortschreitenden Krankheit bis zu einem gewissen Zeitpunkt vorübergehend zu lindern.

Bei einer solchen Strategie wird der wirtschaftliche Aufschwung erneut von der Ölpreis-Konjunktur auf dem Weltmarkt abhängen. Und die russische Wirtschaft wird ihr Stigma beibehalten, das sie heute brandmarkt – eine bedingungslose Orientierung an den Einkünften aus den Rohstoffexporten.

STABILISIERUNGSFONDS ODER ENTWICKLUNGSFONDS?

Eine Spardose, in der ein Teil der Einkünfte eines Landes zu bestimmten Zwecken akkumuliert wird, ist keine russische Erfindung. Die Ideologen des russischen Stabilisierungsfonds berufen sich liebend gern auf die Erfahrung anderer Länder, nach deren Maßgaben er angeblich auch „geschneidert“ worden sei. Auch wenn es Maßgaben gegeben hat, der Schneider hat gefuscht.

Entwicklungsfonds, Zukunftsfonds etc. – so hochtrabend klingen die Fondsnamen in jenen „anderen Ländern“ nicht zufällig. Oft lohnt es sich, selbst den bodenständigsten wirtschaftlichen Aufgaben Symbolkraft zu verleihen. Dann wird auch der Name zur Verpflichtung – nicht einfach „stabilisieren“, sondern auch „entwickeln“ und „in die Zukunft blicken“.

Nehmen wir den Norwegischen Staatlichen Erdölfonds als Beispiel. Es stimmt, dass er in Bezug auf die erlaubte laufende Nutzung der Geldmittel dem russischen ähnelt. Dennoch zeigt die norwegische Variante mindestens zwei wesentliche Unterschiede zur in Russland gepflegten Anhäufungsideologie.

Erstens hat sich Norwegen auf den endgültigen Bestimmungszweck der im Erdölfonds befindlichen Mittel klar festgelegt: Die akkumulierten Mittel sollen der Sicherung des staatlichen Rentensystems auf

dem jetzigen außerordentlich hohen Niveau zugute kommen. Somit wird der norwegische Fonds von einem bestimmten sozialen Denkansatz getragen – die Unterstützung der älteren Generation.

Zweitens erfolgt die Füllung des Erdölfonds nicht zum Nachteil der objektiven Bedürfnisse des realen Wirtschaftssektors. Die Einzahlungen in den Fonds werden getätigt, nur wenn es Haushaltsüberschüsse gibt. Dabei werden die „zunächst überschüssigen“ Mittel im Haushalt selbst als zusätzliche Einnahmen konzentriert, und erst je nach den Ergebnissen des Wirtschaftsjahres entscheiden Regierung und Parlament gemeinsam, welcher Teil davon der „Spardose“ zuzuführen ist und wieviel Geld in der Wirtschaft verbleibt. Dieses Verhältnis ändert sich je nach dem realen Investitionsbedarf der Wirtschaft.

Vergleichen wir nun dieses Vorgehen mit dem starren russischen Schema: Im Laufe des Jahres fließen sämtliche Mehreinnahmen aus dem Ölgeschäft(d.h. die über ein bestimmtes Fixum hinausgehen) automatisch in die „Spardose“, in der sie nicht nur bewegungslos herumliegen, sondern durch die Inflation auch noch schrumpfen.

Beispiele anderer Länder, die über spezielle Akkumulationsfonds verfügen, zeigen ebenfalls, dass wir noch eine Menge zu lernen haben. In Kuwait gibt es seit 20 Jahren gleich zwei Ölfonds. Neben dem Reservefonds für die Zukunft gibt es hier noch einen separaten Investitionsfonds, der nicht mehr

unter der alleinigen Kuratel des Finanzministeriums steht.

Zwei Ölfonds gibt es auch in Alaska. Keiner von ihnen jedoch ist für die Infusionen in den Wirtschaftssektor bestimmt. Die Mittel des Fonds für die zukünftigen Generationen werden von einer speziellen Vorstandskommission in Finanzinstituten hochprofitabel angelegt. Knapp die Hälfte der Dividenden wird jährlich direkt auf die Bevölkerung des Bundesstaates ausgeschüttet. Das gibt die Möglichkeit, die Bevölkerung von den Rohstoffeinnahmen direkt profitieren zu lassen und dabei zu verhindern, dass diese einfach „verlebt“ werden.

In Chile schreckt man nicht davor zurück, einen Teil der Mittel aus dem Kupferfonds in die Wirtschaft fließen zu lassen. Zur Subventionierung der Binnenmarktpreise für Benzin, beispielsweise. (Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang einen Blick auf die flimmernden Preisschilder an den russischen Tankstellen zu werfen, die sich unmittelbar auf die Produktionsselbstkosten auswirken und Protestaktionen in der Transportbranche auslösen). Oder zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die vom unabhängigen Fondsvorstand, und nicht von einem engen Kreis von Amtsträgern, ausgewählt werden.

Es ist wohl der Zeitpunkt gekommen, auch unsere Philosophie und Grundsätze zur Umwandlung des bestehenden Stabilisierungsfonds in einen Fonds für die Zukunftsentwicklung Russlands zu formulieren.

DAS PENDEL DES FÖDERALISMUS

Als Chef eines der Subjekte der Russischen Föderation kann ich nicht umhin, auf ein weiteres Problem hinzuweisen, nämlich das Verhältnis zwischen dem zentralen und den regionalen Haushalten. In diesem Bereich zeichnet sich nämlich eine für einen föderalen Staat äußerst bedrohliche Tendenz zur unitaristischen Zentralisierung ab.

2000–2001 begann eine schrittweise Abschaffung bzw. Abänderung der Steuerarten, deren Bearbeitung keinen großen Verwaltungsaufwand erfordert hatte und die zum größten Teil in die regionalen Gesamthaushalte der Föderationssubjekte geflossen waren.

Die Abschaffung der Straßenverkehrssteuer und deren Ersetzung durch eine Kfz-Steuer bewirkte, dass die Arbeiten im Straßenbau in den Regionen zurückgingen. Das Finanzierungsvolumen im Bereich Straßenbau und -erhaltung sank infolgedessen in Russland von 2,9% BIP im Jahre 2000 auf 1,5% BIP im Jahre 2003.

Die Abschaffung der Steuer, die Betriebe und Organisationen für den Unterhalt des sozialen Bereichs und Einrichtungen in der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft entrichtet hatten, brachte den Regionen nach Angaben einer Gruppe der Duma-Abgeordneten unter Leitung von G. Boos schlagartig die Verluste um weitere 400 Mrd. Rubel.

Weitere Steuerausfälle in Höhe von 140–150 Mrd. Rubel erlitten die Regionen infolge der Ab-

schaffung der Verkaufssteuer. Zeitgleich wurden die Einnahmen aus Mehrwert- und Tabaksteuer vollständig zentralisiert.

Infolgedessen stieg nach Angaben des Instituts für Finanzforschungen beim Finanzministerium der Russischen Föderation (RF) der Anteil des zentralen Haushalts am Gesamthaushalt der RF von 54,0% im Jahre 2000 auf 58,8% im Jahre 2003. D. h. um knapp 5%. Gleichzeitig sank der Anteil der zentralen Ausgaben von 47,1% auf 44,9%, d.h. um 2,2%. Dabei erhöhte sich der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben von 6,9% auf 13,9%.

Hiermit liegt ein **Verstoß gegen die Festlegungen des Haushaltsrechts** über eine gleichmäßige Verteilung der Einnahmen auf den (*zentralen – Anm. d. Übers.*) Föderationshaushalt und die (*regionalen – Anm. d. Übers.*) Haushalte der Föderationssubjekte vor. Darüber hinaus müssen die Regionen – trotz der höheren Transfers und Subventionen aus dem zentralen Haushalt – immer noch für über die Hälfte sämtlicher Ausgaben des russischen Gesamthaushalts aus ihren Mitteln aufkommen.

Diese Politik der Regierung führt dazu, dass die Statistiken einen Zuwachs an hochsubventionierten Regionen feststellen müssen. Nach Angaben des Rechnungshofs der RF nahm die Zahl der hochsubventionierten Regionen im Zeitraum von 2000 – 2004 unaufhörlich und rasant zu: von 8 im Jahre 2000 auf 42 im Jahre 2004.

Bei der Vorbereitung des Gesetzes über den Föderationshaushalt für 2005 und die Bemessung

des Ausgleichs für die Regionen aus dem Föderalen Fonds für die Unterstützung der Regionen wurde bereits 43 Föderationssubjekten eine Haushaltsdeckung attestiert, die unter dem russischen Durchschnitt von 60% liegt (darunter 32 Regionen mit mehr als 50% Unterdeckung). Weitere 9 Regionen wiesen unter bzw. knapp 70% Deckung auf, während lediglich 20 Föderationssubjekte über Haushalte verfügen, die als voll gedeckt eingestuft wurden.

Infolgedessen werden immer mehr Mittel aus dem (zentralen) Föderationshaushalt zur Unterstützung und zum Ausgleich der Haushalte der Regionen bereitgestellt. Laut Mitte 2004 veröffentlichten Angaben des Finanzministeriums sind die Transfers aus dem (zentralen) Föderationshaushalt in die Regionen seit 2000 um das 2,5-Fache gestiegen.

Nichtsdestotrotz, selbst ungeachtet der angestiegenen Zuschüsse aus dem (zentralen) Föderationshaushalt, nimmt die Anzahl der Regionen mit Haushaltsdefiziten zu. Nach Angaben des Rechnungshofs der RF waren es im Jahre 2001 41 Regionen, 2002 bereits 63. Laut Angaben des Finanzministeriums der RF über die Kreditwürdigkeit der Föderationssubjekte wiesen zum 1. Oktober 2004 76 von ihnen Haushaltsdefizite auf, während der (zentrale) Föderationshaushalt Jahr für Jahr einen stabilen Überschuss ausweist und der Stabilisierungsfonds wächst.

Mit anderen Worten: Die Steuerzentralisierung, die eine selbständige Entwicklung der Regionen erstickt, ermöglicht es der Regierung der RF zu einem

beträchtlichen Teil, den Überschuss des (*zentralen*) Föderationshaushalts zu sichern und überhöhte Beträge in den Stabilisierungsfonds abzuführen.

Die Einschränkung der wirtschaftlichen Möglichkeiten der Regionen ist aufs engste damit verbunden, dass den Föderationssubjekten die Selbstverwaltungsaufgaben und -vollmachten entzogen wurden.

Das besagte Gesetz Nr. 122, das Zentauer-Gesetz, sowie eine ganze Reihe vorangegangener Entscheidungen der Regierung bringen die Regionen in eine äußerst schwierige Lage.

Dies betrifft in erster Reihe die Wahrnehmung der staatlichen Aufgaben. Uns wurde die Möglichkeit genommen, Strafverfolgungsorgane, Hochschulen und Forschung zu unterstützen, Denkmalschutz zu betreiben und Landsleuten im Ausland zu helfen. Den Regionen wurden die Zuständigkeiten für Umwelt- und Naturschutz sowie die Möglichkeit zur Förderung des Arbeitsmarktes entzogen.

Alle obengenannten Vorgänge führen zur Schwächung und de facto Zerschlagung der Grundlagen des Haushaltsföderalismus in der RF. Dank der Zuschüsse aus dem (*zentralen*) Föderationshaushalt an die bedürftigen Regionen erleiden womöglich nicht alle direkte finanzielle Verluste. Dennoch werden die Föderationssubjekte wirtschaftlich eindeutig schwächer.

Unter den Bedingungen eines zentralisierten Steuersystems und eingeschränkter Möglichkeiten, selbständig Geld zu verdienen bzw. zu akkumulieren,

gehen die Anreize für die Entwicklung der regionalen Wirtschaften verloren. Die Anspruchsmentalität der am stärksten subventionierten Regionen, verursacht durch die staatliche Haushaltspolitik, bremst die Suche nach eigenen regionalspezifischen Modellen der wirtschaftlichen Entwicklung.

Der von der Regierung eingeschlagene Kurs führt dazu, dass **sich die Föderationssubjekte immer mehr in Föderationsobjekte verwandeln**. Eine derartige, in der Staatspolitik strategisch angelegte Überzentralisierung führt zum Verlust der Handlungsfähigkeit und Effizienz des Staatsmechanismus.

Und noch etwas. „Was soll denn so viel Gerede über die Haushalte und die Zentralisierung?“, mag manch ein Leser sagen. Dem Autor gehe ja um nichts anderes als um seine eigene „lokale Machtposition“. Für solche „Misstrauischen“ möchte ich lediglich zwei Zahlen aus der von den Experten des Zentrums für strategische Studien durchgeführten Untersuchung anführen: Von hunderttausenden russischen Ortschaften ist lediglich in 140 ein Wirtschaftswachstum festzustellen. Und die jährlichen Verluste Russlands infolge seiner ineffizienten territorialen Ordnung werden auf 2,5–3% des BIP geschätzt.

EVOLUTION DES KAPITALISMUS

Die Analyse der gegenwärtigen Sozial- und Wirtschaftspolitik der russischen Regierung wirkt bedrückend. Es ist nicht einfach eine schlechte Politik, es ist eine Politik, die mit der Gegenwart nichts zu tun hat.

Die Vorstellung unserer Reformer über das Funktionieren der Marktwirtschaft entstammt dem sozialdarwinistischen Kapitalismus-Bild des 19. Jahrhunderts und ist auch dabei stehengeblieben. Es war ein Kapitalismus, wie ihn Marx und Lenin erlebten und entlarvten.

Um zu verstehen, warum dem so ist, muss man einige Fragen beantworten.

Was stellt der gegenwärtige russische Kapitalismus dar? Worin liegen seine Besonderheiten im Vergleich zur internationalen Erfahrung mit dem Aufbau kapitalistischer Wirtschaftssysteme?

Warum geht die kapitalistische Entwicklung in Russland mit einer Zuspitzung der sozialen Gegensätze und Zunahme des sozialen Gefälles einher?

Warum hat das kapitalistische System in den Industriestaaten des Westens überlebt, während die Marxistische Lehre über die Unvermeidlichkeit einer sozialistischen Revolution sich nicht bewahrheitet hat?

Lässt sich die Aufgabe, eine effiziente Wirtschaft aufzubauen, mit der Entwicklung des sozialen Bereichs der Gesellschaft, den Bemühungen um den Wohlstand der Menschen vereinbaren?

Die Antworten sind in der Evolutionsgeschichte des Weltkapitalismus zu finden.

MARX' NICHT ERFÜLLTE PROPHEZEIUNG

Um es gleich vorweg zu sagen: Ich werde recht ausführlich und häufig die Klassiker des Marxismus zitieren müssen. Das mag die Lektüre zwar etwas schwieriger machen, für das Verständnis der vor Russland stehenden Probleme ist es aber unabdingbar. Gemeint sind die Probleme, die andere Länder auf diese oder jene Art und Weise bereits gemeistert haben, deren Erfahrung wir aber hartnäckig und konsequent ignorieren. Was bedeutet, dass wir abermals in unserer Geschichte dabei sind, eine Revolution und eine soziale Katastrophe heraufzubeschwören.

Sich auf die Klassiker zurückzubedenken lohnt sich unter anderem auch deshalb, weil die Kapitalisten Marx und Lenin viel gründlicher gelesen haben als wir, wie sich herausstellte. Zumindest vermochten sie, notwendige Schlussfolgerungen aus dem Marxismus zu ziehen und den Alptraum von einer unvermeidlichen kommunistischen Revolution zu überwinden.

Vereinfacht lässt sich sagen, dass der Marxismus auf zwei Säulen beruht. Erstens ist es die Erforschung

der wirtschaftlichen Grundlagen des Kapitalismus, der Logik und der Grundsätze des Funktionierens des kapitalistischen Wirtschaftssystems – bis heute bleibt diese Leistung in vielerlei Hinsicht ein Musterbeispiel einer wissenschaftlichen Analyse.

Zweitens sind es die Analyse des Kapitalismus als einer Gesellschafts- und Wirtschaftsformation, die Theorie des Klassenkampfes und die daraus folgende marxische Revolutionslehre über den unvermeidlichen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems unter der Last der diesem immanenten unüberwindbaren Gegensätze.

Die fortschrittliche historische Rolle des Kapitalismus sah Marx in der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft und der Vergesellschaftung der Produktion.

Gleichzeitig jedoch sind laut Marx der kapitalistischen Produktionsweise unüberwindbare Gegensätze immanent. Der Konflikt zwischen den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen wurzele im kapitalistischen Privateigentum, das auf Ausbeutung basiere und die Klasse der Arbeiter zu einem eben solchen Besitz des Kapitals mache wie ein totes Arbeitsinstrument.

So, wie „die Geschichte jeder Gesellschaft eine Geschichte des Kampfes zwischen den Klassen ist“, führten die eigentlich wirtschaftlichen Widersprüche des Kapitalismus als einer bestimmten Produktionsweise unweigerlich die sozialistische Revolution und damit den Untergang des Kapitalismus als Gesellschaftsformation herbei.

Eine der berühmtesten Zeilen aus Marx' „Kapital“ lautet: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses (*d.h. der Vergesellschaftung der Produktion – J.L.*) usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der ... Arbeiterklasse...“. Infolgedessen wird „das Kapitalmonopol zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt.. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die *Enteigner* werden *enteignet*.“ (K. Marx, Kapital I, Marx-Engels-Werke, B. 23, 790f, Berlin 1956)

Eigentlich war die Geschichte des Kapitalismus bis zu einem gewissen Zeitpunkt nach marxschen Prognosen verlaufen, dann jedoch kam die Wende.

Es lag nicht nur daran, dass sich in der marxistischen Wirtschaftsanalyse der kapitalistischen Formation bestimmte „innere“ Fehler herauskristallisiert haben. Nein, es lag viel mehr daran, dass der Kapitalismus als gesellschaftliche Formation die Kraft aufbrachte, die eigenen Fehler und Schwächen zu erkennen und zur Evolution zu finden.

„Die kapitalistische Hülle“ wurde nicht gesprengt. Sie wurde verändert, umgewandelt auf der Ebene der Wirtschaftslehre und, was noch wichtiger ist, auf der Ebene der Staatspolitik. Der Staat, vom Marxismus

als ein primitives Instrument zur Klassenherrschaft, als „ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet“ (K.Marx, Kommunistisches Manifest, Marx-Engels-Werke, B. 4, S.464, Berlin 1956) abgestempelt, wurde sich seiner wahren, sozialen, Aufgaben langsam bewusst. Der Aufgabe, den sozialen Frieden und die gesellschaftliche Stabilität zu wahren, der Aufgabe, die sozialen Grundlagen und Prinzipien des Kapitalismus zu entwickeln und zu fördern.

Dieser Prozess war weder einfach, noch ist er „einfach so“, aus dem Nichts entstanden. Die führenden Industrienationen des Westens hatten den Ersten Weltkrieg durchgemacht, den Roten Oktober 1917 beobachtet, die Große Depression von 1929–1933, eine andere – die faschistische – Entwicklungsalternative und die Greuel des Zweiten Weltkrieges erlebt. Aus dieser Erfahrung mit sozialen Katastrophen heraus erwuchs langsam, schrittweise die Einsicht in die Notwendigkeit grundlegender sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen. Diese Erfahrung rief einen neuen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung ins Leben.

Der Kapitalismus im Westen hat tiefgreifende Reformen erfahren, die es ermöglichten, Effizienz, Wettbewerb und andere Vorzüge der Marktwirtschaft mit einer hochentwickelten und gut ausgestalteten Sozialpolitik, einer zahlungskräftigen Nachfrage und einem breiten Massenkonsum zu vereinbaren.

Die Wegweiser auf diesem Weg war John Maynard Keynes' „Die Allgemeine Theorie der Beschäftigung,

des Zinses und des Geldes“ und die Entstehung einer grundsätzlich neuen Nationalökonomie, des Keynesianismus, einer Wirtschaftslehre über Nachfrage und staatliche Wirtschaftsregulierung. Dazu gehören auch „Der neue Kurs“ von F. Roosevelt in den USA, das auf eine fast hundertjährige Geschichte zurückblickende Modell des sogenannten „schwedischen Sozialismus“ und Ludwig Erhards Politik des „Wohlstands für alle“ im Nachkriegsdeutschland.

Im Endergebnis ist das theoretisch begründete und praktisch umgesetzte Konzept eines „Sozialstaates“, eines „Staates allgemeinen Wohlstandes“ das wichtigste und positivste aller verwirklichten gesellschaftlichen Projekte des 20. Jahrhunderts. Es wird getragen von der Idee der sozialen Verantwortung des Staates und des sozialen Fortschritts, es stellt die Evolution des Kapitalismus dar, ein schrittweises friedliches Hineindringen der sozialistischen Prinzipien – Gleichheit, Gerechtigkeit, sozialer Frieden – in das Gewebe der kapitalistischen Wirtschaft.

Die gesamte Entwicklungserfahrung des Westens im 20. Jahrhundert belegt, wie richtig der bekannte Ökonom und Soziologe Joseph A. Schumpeter mit seiner Prophezeiung lag, die er in seinem Werk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ formulierte. Er lehnte den marxschen revolutionären Katastrophismus ab und suchte zu beweisen, dass der Kapitalismus nach der Logik des gesellschaftlichen Fortschritts einige sozialistische Züge zwangsläufig annehmen müsse. Das kapitalistische System *erleide keinen wirtschaftlichen Zusammenbruch* (meine Kur-

siv – J.L.), dafür untergrabe aber sein eigener Erfolg die gesellschaftlichen Institute, die es schützen, und rufe zwangsläufig Bedingungen hervor, unter denen es nicht überleben könne und vom Sozialismus abgelöst werde, so J.A. Schumpeter schrieb.

KAPITALISMUS FÜR DIE MEHRHEIT

Es wäre nur logisch zu fragen: Was genau war denn der Fehler in der Einschätzung des Marxismus über die Unvermeidlichkeit des Untergangs der kapitalistischen Gesellschaft? Oder genauer gesagt: Welche Korrekturen wurden am kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmechanismus im 20. Jahrhundert vorgenommen? Warum trägt der zeitgenössische Kapitalismus keine antagonistischen Widersprüche zur sozialen Entwicklung mehr in sich?

Eine ausführliche Antwort auf diese Fragen bedürfte einer eigenständigen Untersuchung. Bei dem Versuch, das Wesentliche herauszuheben, ohne den Rahmen dieser Arbeit zu sprengen, kann die Antwort folgenderweise lauten: Die Evolution des Kapitalismus – sowohl als Wirtschaftstheorie als auch Wirtschaftsorganismus – machte es möglich, ihn in den Dienst der Mehrheit der Gesellschaft zu stellen. Dabei muss man realisieren, dass der Kapitalismus sich auf seine soziale Funktion

weder durch ein Wunder noch in einem Anfall von karitativer Menschenliebe besonnen hat. Ganz im Gegenteil: Dies geschah als Ergebnis einer rationalen und nüchternen Auswertung der wirtschaftlichen Effizienz einer tiefgreifenden Transformation des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Allgemein bekannt ist der Marxsche Ausspruch aus dem 2. Band des „Kapital“: „... die Arbeiter als Käufer der Ware sind wichtig für den Markt. Aber als Verkäufer ihrer Ware – der Arbeitskraft – hat die kapitalistische Gesellschaft die Tendenz, sie auf das Minimum des Preises zu beschränken“. (Zitiert nach: W.I. Lenin, Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Werke Bd.3, Berlin 1956, S.45)

W.I.Lenin führt in seinem Werk „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ diesen Gedanken von Marx weiter aus: „Gerade diese *Erweiterung der Produktion ohne entsprechende Erweiterung der Konsumtion* (meine Kursiv – J.L.) entspricht der historischen Mission des Kapitalismus und seiner spezifischen gesellschaftlichen Struktur: die erste besteht in der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft; die zweite schließt die Nutzbarmachung dieser technischen Errungenschaften durch die Masse der Bevölkerung aus. Zwischen dem schrankenlosen Streben nach Erweiterung der Produktion, das dem Kapitalismus eigen ist, und der beschränkten Konsumtion der Volksmassen (beschränkt infolge ihres proletarischen Daseins) besteht zweifellos ein Widerspruch“. (Ebenda, S. 44f.)

Der Begründer des Marxismus hat der kapitalistischen Gesellschaft eigentlich selbst den „Strohalm“

zum Überleben gereicht, zeigte er doch auf, wo die Hauptrichtung der Evolution des Wirtschaftsmechanismus und der Staatspolitik des Kapitalismus liegen muss. Der Ansatz war der Hinweis auf den Weg zur Schaffung eines Massenverbrauchers, zur Erhöhung der Massennachfrage und damit zur Schaffung des gesellschaftlichen Bedürfnisses nicht nach Vernichtung, sondern nach der Fortentwicklung des Kapitalismus.

Marx selbst hat es so formuliert: „*Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumptionsbeschränkung der Massen* (meine Kursiv – J.L.) gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumptionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde“. (Ebenda, S. 45f.)

Die von Marx höchstpersönlich dem Kapitalismus gewährte Überlebenshilfe wurde verwertet – von J. Keynes, von F. Roosevelt, von L. Erhard und vor allem von einer gewaltigen Zahl von Kapitalisten und Unternehmern selbst. Es ist kein Zufall, dass die Worte von Henry Ford so berühmt sind und so oft zitiert werden: „Ich muss meinen Arbeitern soviel bezahlen, wieviel es notwendig ist, damit sie ein von ihnen gebautes Automobil kaufen können“.

Im Endeffekt ist – im Einklang mit der keynesianischen Wirtschaftsdoktrin – die Ökonomie der Nachfrage zum Hauptantrieb der wirtschaftlichen Entwicklung der führenden kapitalistischen Gesellschaften geworden. Der Verbrauch durch die Bevölkerung galt von nun an als Mechanismus zur Stimulierung des Produktionswachstums, zur Lösung

des Beschäftigungsproblems, zur Beschleunigung der Forschung zwecks Entwicklung und Herstellung neuer Produkte und Technik.

Es war wieder J.A. Schumpeter, der diese Gesetzmäßigkeit und Logik des „kapitalistischen Fortschritts“ zutreffend auf den Punkt gebracht hat: Der kapitalistische Mechanismus ist vor allem ein Mechanismus zur Massenproduktion, was auch *Produktion für Massen bedeutet* (meine Kursiv – J. L.). Der kapitalistische Prozess wird also, nach J.A. Schumpeter, zwangsläufig den Lebensstandard der Bevölkerung anheben.

Das Prinzip der Entwicklung durch **mehr Wohlstand für die Mehrheit** und höhere Lebensqualität für die Massen wurde durch die gesamte Gesellschaft verinnerlicht und verwandelte sich in das grundlegende Prinzip der Staatspolitik des Westens.

Das Wesen des „Staates allgemeinen Wohlstands“, des „Kapitalismus für die Mehrheit“ besteht in der Einsicht, dass es Bereiche der menschlichen Tätigkeit gibt, in denen die marktwirtschaftlichen Mechanismen nicht vollständig greifen. Gemeint ist vor allem die Sozialpolitik. Aber das „Wohlstandssystem“ umfasst auch Gesundheitswesen, Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Wohnen. Diese Bereiche unterliegen der staatlichen Regulierungspflicht.

Der Sinn einer solchen Regulierung besteht in der Bewältigung zweier Aufgaben. Erstens ist es die Bekämpfung der Armut, die Milderung negativer Folgen der Marktwirtschaft mittels gesellschaftlicher Umverteilung von Ressourcen und staatlicher Hilfeleistungen.

Zweitens ist es die Förderung des „menschlichen Potentials“, des Humankapitals der Gesellschaft. In den letzten Jahrzehnten, mit dem Übergang zur postindustriellen Informationsgesellschaft, hat diese Aufgabe besonders stark an Bedeutung gewonnen. Laut D. Bells mittlerweile klassisch gewordener Theorie der Informationsgesellschaft büßen die traditionellen Elemente des kapitalistischen Modells der Vergangenheit – Arbeit, Kapital, Land – mit der Entwicklung der Gesellschaft und der Informationstechnologien ihren Stellenwert ein. Zur wichtigsten Quelle des Mehrwertes, des Kapitalzuwachses und der wirtschaftlichen Entwicklung wird das Wissen.

Auf den Wirtschaftsmechanismus der kapitalistischen Produktion übertragen, bedeutet dies, dass je höher die intellektuellen Investitionen in die Produktion sind, je mehr Know-How und wissenschaftliche Vorarbeit im Produkt stecken, desto teurer das Produkt, desto effizienter die Produktion und desto konkurrenzfähiger die hergestellte Ware.

Auf die Sozialpolitik des kapitalistischen Staates übertragen, bedeutet dies die Notwendigkeit, die Bemühungen auf die Erhöhung der Lebensqualität des Menschen zu konzentrieren, gezielt in Forschung, Gesundheitswesen und Bildung zu investieren.

Bevor ich diesen Rückblick auf die Evolutionsgeschichte des Kapitalismus abschließe, muss ich Folgendes anmerken: Ich bin weit davon entfernt, den gegenwärtigen Kapitalismus und die heutigen westlichen Gesellschaften zu verklären.

Erstens mussten die Länder, die den Weg einer gewissen Beschneidung des freien Marktes eingeschlagen hatten, zweifelsohne einige Einbußen in Kauf nehmen. In erster Linie bestanden diese in der Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung infolge einer größeren Steuerlast und zunehmender sozialer Verpflichtungen des Staates. Auch weitere Nachteile des Systems traten zutage, wie z.B. das von diesem System erzeugte soziale Schmarotzertum oder das keineswegs vollständige Verschwinden der sozialen Gegensätze.

Die heutigen kapitalistischen Gesellschaften sind immer noch für Wirtschaftskrisen anfällig. Mit der Zeit wurden die Anwendbarkeitsgrenzen und -einschränkungen der keynesianischen Doktrin deutlich, wenngleich die Wirtschaftswissenschaft ihrerseits auch nicht stehenbleibt und die Neo-Keynesianer weiterhin Nobelpreise für Wirtschaft erhalten.

Weitgehend dürfte man auch jenen Kritikern des zeitgenössischen Kapitalismus Recht geben, die behaupten, das Überwinden der inneren Gegensätze in den heutigen westlichen Gesellschaften, die Umsetzbarkeit der Sozialstaats-Modelle schlechthin sei nur der Globalisierung zu verdanken. Der Tatsache also, dass der Kapitalismus die „Klassenunterschiede“ der westlichen Gesellschaften außer Landes bringen und sie auf seine Beziehungen zur „Dritten Welt“ abwälzen konnte, indem er deren billige und leicht zugängliche Ressourcen nutzte.

Verweise auf Nachteile und Probleme in der Entwicklung des heutigen Kapitalismus sind berechtigt

und notwendig. Die Lage zu idealisieren wäre dumm und kurzsichtig. Man darf nur nicht das Wichtigste verkennen: Die Tatsache, dass die modernen Gesellschaften überlebt haben, ist allein der Hinwendung zur Entwicklung der sozialen Grundlagen der Wirtschaft, allein der Evolution des Kapitalismus zum „Staat allgemeinen Wohlstands“ zu verdanken.

Es ist erwähnenswert, dass die westlichen Staaten es „gelernt“ haben, mit dem Verhältnis zwischen Liberalem und Sozialem in Politik und Wirtschaft feinfühlig genug umzugehen. Seit einigen Jahrzehnten erleben wir eigenartige Zyklen, „leichte Wellenbewegungen“ in ihrer Entwicklung. Mal gewinnen die Liberalen die Oberhand und schaffen dann bessere Bedingungen für die Entwicklung des Wirtschaftspotentials, die sozialen Probleme treten dabei in den Hintergrund. Dann aber wird das Gleichgewicht wiederhergestellt: Die Bürger dieser Länder stimmen für die Sozialisten, deren Augenmerk der Sozialpolitik gilt und die die Lage in diesem Bereich verbessern, wenn auch häufig zum Nachteil der „liberalen Aufgaben“ zur wirtschaftlichen Entwicklung. Dann startet der Zyklus der Ablösung an der Macht aufs Neue.

Im Endeffekt sichert das System „leichter Wellenbewegungen“ das Wichtigste – die Anpassung der Gesellschaft wie auch des sozial- und wirtschaftspolitischen Kurses an die jeweiligen Lebensbedingungen des Landes. Die entsprechenden politischen und sozialwirtschaftlichen Zyklen schützen vor Wirtschaftskrisen einerseits und sozialen Unruhen andererseits.

Auf Russland übertragen, bedeutet dies die Notwendigkeit, zunächst zum sozialen Entwicklungsmodell zu wechseln und erst dann alle übrigen Probleme anzugehen – je nachdem, wie sie auftreten. Den Weg des sozialen Fortschritts zu verwerfen und in sozialdarwinistische Marktwirtschaftsauffassungen zu verfallen, bedeutet, nach dem Motto zu handeln: „Wozu soll man leben, wenn man sowieso sterben muss?“

DIE REFORM DES UMGANGS MIT MENSCHEN

Leider kann heute von einer Entwicklung der sozialen Grundlagen des Kapitalismus in Russland noch keine Rede sein.

Unsere Regierung spricht häufig davon, dass dem Staat unter den Bedingungen eines globalen Wirtschaftswettbewerbs jene Eigenschaften und Fähigkeiten abverlangt würden, die ihn zu einer Art „Konzern“ machen.

Dieser Logik zufolge ist der Staat regelrecht verpflichtet, sich in eine „Superfirma“ zu verwandeln, die nach den Gesetzen der freien Wirtschaft agiert und eine Maximierung der wirtschaftlichen Effizienz anpeilt. Daher kommt auch die so verbreitete Forderung nach Minderung der Staatsausgaben, der Steuerlast und selbst der sozialen Verpflichtungen

des Staates, sprich: nach Abbau sämtlicher „unproduktiven“ Ausgaben.

Eine dermaßen primitive Auffassung von wirtschaftlicher Effizienz eines Staates ist von der Logik einer sozialen und wirtschaftlichen Fortentwicklung gefährlich weit entfernt. Wie wir am Beispiel der Kapitalismus-Evolution im 20. Jahrhundert gerade gesehen haben, ist diese Haltung genauso ignorant wie zerstörerisch.

Eine soziale Politik ist Gewähr und Ausdruck für eine wettbewerbsfähige Gesellschaft. Die Entwicklung der Gesellschaft kann heute nicht ausschließlich auf deren wirtschaftliche Dimension beschränkt sein, zumal wenn diese rein buchhalterisch aufgefasst wird. Wenn es richtig ist, dass die Konkurrenzfähigkeit in der modernen Welt durch Wissen und intellektuelle Leistung gesichert wird, dann werden Investitionen in den Menschen zur profitabelsten Geldanlage, Investitionen in die Förderung des menschlichen Potentials zur Grundlage für die Entwicklung Russlands.

„**Mehr Soziales!**“ sollte die Hauptforderung für das heutige Russland sein. Damit käme die wichtigste Reform auf die Tagesordnung, die unsere Gesellschaft so dringend braucht, denn einzig und allein sie kann die erforderlichen Ressourcen und Möglichkeiten zur Modernisierung des sozialen Bereichs freisetzen.

Diese Schlüsselreform bestünde in der Überwindung der bei uns historisch verwurzelten **Unterbewertung der Arbeit**, in der grundlegenden

Veränderung der Einkommenspolitik. Es gilt, den Arbeitslohn radikal, um ein Vielfaches, zu erhöhen und das Wachstum des Lebensstandards der Bevölkerung zu gewährleisten. Es gilt, der Gesellschaft endlich die Botschaft zu vermitteln, dass der Mensch zum Ziel der Veränderungen werden muss, dass er nicht einfach eine Wirtschaftsressource neben Erdöl darstellt.

Die internationale Erfahrung lehrt, dass die Ankurbelung des gesellschaftlichen Verbrauchs ein recht wirksames Instrument zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes ist. Lohn- und Rentenerhöhung, Einführung von günstigen Bankkrediten, Verlängerung von Kreditlaufzeiten – all das kann zu den Maßnahmen gehören, die zusammengenommen die Entwicklung der russischen Wirtschaft in dem Bereich in Gang bringen, der nicht ausschließlich mit Auspumpen und Verkauf der Schätze des russischen Bodens beschäftigt ist.

Der Kapitalismus ist sich seines sozialen Inhalts und der Notwendigkeit zu inneren Veränderungen bewusst geworden, als er von der Aufgabe, die Produktion zu erweitern und das Eigentum zu konzentrieren, übergegangen ist zu der Aufgabe, den Absatz zu erhöhen und dafür Verbraucher zu finden. Er hat nach einem zahlungskräftigen und stabilen Massenverbraucher gesucht.

Erst dann, wenn die überwiegende Mehrheit der Bürger in der Lage sein wird, Lebensmittel, Kleidung, Wohnung, medizinische Versorgung und Bildung für

sich und ihre Kinder aus dem eigenen Einkommen zu bezahlen, wird es sowohl das moralische Recht als auch die wirtschaftliche Möglichkeit geben, die sogenannten „sozialen“ Bereiche „auf den Markt zu bringen“.

Heute ist das eindeutig noch nicht der Fall. Um dies zu belegen, genügen ein paar Fakten: 1,7 Dollar pro Stunde beträgt heute nach Angaben des Instituts für sozialökonomische Probleme der Bevölkerung der Russischen Akademie der Wissenschaften der Durchschnittslohn in Russland. Damit liegen wir nicht nur hinter dem wohlhabenden Europa oder den USA weit zurück, sondern auch hinter Südkorea (\$7,2), Mexiko (\$4,5) und der Türkei (\$2,6).

Noch verblüffendere Informationen liefert Akademiemitglied Dmitrij S. Lwow, Leiter der Wirtschaftssection der Akademie der Wissenschaften: Ein Russe, der ein Produkt im Wert von 1 Rubel hergestellt hat, erhält dafür 33 Kopeken, in Japan, Europa und in den USA wird man mit mindestens 70–75 Kopeken entlohnt. Zugegeben, die Arbeitsproduktivität ist bei uns viel niedriger als in den westlichen Ländern, aber die Unterbewertung der Arbeit ist selbst vor diesem Hintergrund enorm. Laut D.Lwow stellt der russische Durchschnittsarbeitnehmer für 1 Dollar Lohn dreimal so viel her wie ein Europäer oder Amerikaner.

Das heißt, dass sich die Struktur der Armut in Russland erheblich von der in Europa und in anderen Industrieländern unterscheidet. In diesen Ländern ist Armut das „Los“ der vor allem sozial

nicht angepassten oder erwerbsunfähigen Bürger. Bei uns sieht die Armutsstruktur folgendermaßen aus: Knapp 40% der Armen sind erwerbstätige Bürger, die unter Bedingungen arbeiten, unter denen von einer erweiterten wirtschaftlichen und sozialen Reproduktion keine Rede sein kann.

Verbirgt sich möglicherweise hinter diesen Zahlen die faule Stelle unserer Wirtschaftsreformen? Und steckt möglicherweise gerade darin der Schlüssel zum Übergang der Gesellschaft auf eine qualitativ neue Entwicklungsstufe?

Für viele, viel zu viele unserer hochrangigen Reformer ist dieses Thema tabu. Sie können wegen der angeblich unvermeidlichen galoppierenden Inflation höchstens die Augen verdrehen, obwohl die heute im Zuge der „Monetisierung“ getätigten ungeplanten Mehrausgaben im sozialen Sektor nach übereinstimmenden Expertenschätzungen lediglich mit 0,2-0,5% zur Inflation beitragen.

Die Frage ist viel zu ernst, um sie einfach abzutun. Eine seriöse Diskussion und eine sorgfältige, gründliche Analyse sind notwendig. Erst recht, wenn radikale Reformen im sozialen Bereich anstehen und die Entscheidung getroffen wird, die Subventionierung der Wohnungs-, Gesundheits- und Bildungskosten aus dem Staatshaushalt für die Mehrheit der Bürger zu streichen. Unsere Reformer haben nur eins im Sinn: diese Lasten den Bürgern aufzubürden – ohne jeglichen Ausgleich.

So sind die aufgeworfenen Fragen nicht nur wirtschaftlich, sondern durchaus und hauptsächlich

lich politisch. Eine Grundsatzentscheidung über die Einleitung einer neuen Einkommenspolitik, über die Erhöhung der Arbeitslöhne ist der unvermeidliche und notwendige Preis, den der Staat für den „Reformenschock“ des vergangenen Jahrzehnts zu zahlen hat.

Neulich wurde der Minister für die wirtschaftliche Entwicklung German Gref in der Staatsduma gefragt, wann denn endlich der Mindestlohn die Höhe des Existenzminimums erreiche. Seine Antwort, sinngemäß: Solle vor allem anderen das BIP weiterhin wachsen, werde man in ein paar Jahren über diese Frage nachdenken können.

Währenddessen liegt das prognostizierte Verhältnis zwischen dem Mindestlohn und dem Existenzminimum im Jahresschnitt für 2005 nach Berechnungen des Finanzministeriums bei 24,5%. Was mit dem Wert für 2002 praktisch übereinstimmt (24,4%).

Der Beschluss über die Erhöhung der Mindestlöhne von 600 auf 720 Rubel ab 1. Januar 2005 mit der Aussicht, ab 1. Mai 2006 den Mindestlohn auf 1.100 Rubel anzuheben, ändert grundsätzlich nichts an der Lage. Genausowenig wie das Versprechen der Regierung, bis zum Jahre 2008 den Durchschnittslohn in der Wirtschaft zu verdoppeln. All diese Handlungen entspringen der Logik der heute betriebenen überholten Einkommenspolitik.

Ich fürchte, die Lage wird sich auch in einigen Jahren nicht wie versprochen grundlegend verändert haben. Die Soziologen behaupten nämlich, die

Globalisierung könne das Phänomen eines „**ärmer machenden Wachstums**“ mit sich bringen.

Das bedeutet, dass ein niedriges Lohnniveau für den Staat zum Mittel werden kann, seine Position im globalen Wettbewerb zu festigen. Sobald die billige Arbeitskraft zum Wettbewerbsvorteil wird, sitzt man in der Falle – die Sicherung des Wirtschaftswachstums geht nun mit der Konservierung der Armut der Bevölkerung einher.

Der Ausweg aus dieser Situation liegt nur darin, eine grundsätzlich neue Staatspolitik zur Erhöhung der Einkommen der Bevölkerung und zum Ausgleich des bestehenden krassen Gefälles zu ergreifen.

Unser Problem liegt nämlich nicht nur im niedrigen Niveau der realen Einkommen der Bevölkerung, sondern auch darin, dass die **Einkommensunterschiede enorm hoch** sind. **Das soziale Auseinanderdriften ist in Russland immens** und übersteigt jegliche soziologische Normvorstellungen. Nach Angaben des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung steigt die Differenzierung nach dem Einkommensniveau unter der Bevölkerung weiter an. Betrug die Einkommensschere zwischen den 10% Meistbegüterten und Mindestbegüterten im Jahre 2003 das 14,5-Fache, liegt sie 2004 bereits beim 14,8-Fachen.

Niemand stellt die offiziellen Statistiken in Frage, denen zufolge der Durchschnittslohn in den letzten Jahren nominal um das Vier- bis Fünffache gestiegen ist und dank der aktuellen Beschlüsse über die Erhöhung des Mindestlohns um weitere 84% steigen

wird, wobei allerdings diese Erhöhung wegen der Inflation und der überproportional steigenden Miet- und Dienstleistungstarife real wesentlich geringer ausfällt: 2004 z.B. stiegen die Wohnungs- und Kommunalwirtschaftskosten um über 23%, medizinische Leistungen und Bildung verteuerten sich um 13,5% – bei der Jahresinflationsrate von 11,7%.

Es kommt auf etwas anderes an: Das bereits erwähnte Forschungsinstitut für sozialökonomische Probleme der Bevölkerung untersuchte, wie sich in den Jahren der Reformen das Pro-Kopf-Einkommen verschiedener Bevölkerungsgruppen entwickelt hat. Dabei stellte sich heraus, dass 80% der russischen Bevölkerung ärmer und nur 20% reicher wurden. Bei 2% der Bevölkerung verzehnfachte sich das Einkommen, während die ärmsten 20% im Laufe der 1990-er Jahre noch zweimal ärmer wurden.

Sollte sich in den letzten Jahren eine Tendenz zum Besseren abgezeichnet haben, dann war sie nur sehr schwach ausgeprägt. Das Problem der zunehmenden sozialen Differenzierung, bei der jede Statistik über das Einkommenswachstum genauso aussagekräftig ist wie die sprichwörtliche Meldung über die „Durchschnittliche Körpertemperatur der Krankenhauspatienten“, bleibt weiterhin ungelöst.

Aussagekräftig ist dagegen ein weiteres Untersuchungsergebnis des o.g. Forschungsinstituts: 1 Rubel BIP-Zuwachs ergibt bei den „oberen“ 20%, d.h. Personen mit den höchsten Einkommen, 3 Rubel Einkommenszuwachs, aber nur 15 Kopeken bei den „unteren“ 20%, die über das geringste Einkommen

verfügen. Zu dem „arm machenden Wachstum“ unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs kommt bei uns folglich auch noch die wachsende Verarmung der sozial schwachen, ungeschützten Bevölkerungsschichten hinzu.

Sollten wir auch weiterhin darauf setzen, dass das Wirtschaftswachstum allein, aus sich heraus und ohne gezielte Sozialpolitik des Staates, die Armut besiegt, träte genau das Gegenteil ein.

NEUN SCHRITTE IN DIE ZUKUNFT FÜR DEN RUSSISCHEN KAPITALISMUS

Wie die historische Erfahrung Europas und Russlands im 20. Jahrhundert zeigt, kann die Misachtung der sozialen Probleme soziale Spannungen und Revolutionen unterschiedlicher Art herbeiführen, die immer eins gemeinsam haben – einen zerstörerischen Charakter. Der Zerstörung kann die Wirtschaft, das politische Leben und die gesamte Gesellschaft zum Opfer fallen.

Die Evolution des Kapitalismus in Praxis und Theorie des gesellschaftlichen Lebens zeigt dagegen, dass die Kombination der kapitalistischen Produktionsweisen und Wirtschaftsorganisation mit einer solide ausgerüsteten Sozialpolitik nicht nur vereinbar, sondern im Interesse der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Stabilität auch notwendig ist.

Trotz der eindeutigen internationalen Erfahrung bleibt eine „koloniale“, ihrem Wesen nach eine Kompradoren-Politik zügelloser Ausbeutung der

Rohstoffe, gepaart mit einer Sozialpolitik der „natürlichen Auslese“, das Hauptmerkmal des russischen Kapitalismus.

Immer noch denkt die russische Regierung in den Begriffen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, als der gesellschaftlichen Entwicklung eine aktive Konfrontation zwischen Eigentümer und Arbeiter zugrunde lag. Aus dieser Denkweise ergibt sich auch ihre harte, unerbittliche, auf die Polarisierung der Gesellschaft ausgerichtete Sozialpolitik sowie auch die Ausrichtung des Staates auf geschäftsartige Ziele, statt auf strategische Aufgaben der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die heutige Lage in Russland ist so kompliziert und schwierig, da es notwendig ist, zwei Aufgaben parallel zu bewältigen. Einerseits muss die Volkswirtschaft so schnell wie möglich modernisiert werden, was makroökonomische Herangehensweisen erfordert. Andererseits ist es genauso dringend notwendig, das Sozialsystem zu fördern und auszubauen.

Der scheinbare Widerspruch zwischen diesen beiden Zielsetzungen lässt sich überwinden, wenn man die Denkweise ändert: Man darf sich nicht mehr auf Reformen um der Reformen willen einlassen, und man darf nicht länger versuchen, den Westen einzuholen. Die Wirtschaft wie der Sozialbereich müssen so umgebaut werden, dass sie in der Lage sind, die internationalen Entwicklungstrends mitzubestimmen.

So stellt sich das Problem einer tiefgreifenden Korrektur der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Re-

gierung, die in mehreren Richtungen erfolgen soll:

1. Der Erfolg in der Entwicklung des Landes im kommenden Jahrzehnt – und letztlich die historische Rechtfertigung der in den vergangenen 15 Jahren erlittenen Erschütterungen – wird nicht an Wirtschaftswachstumsraten und makroökonomischen Stabilisierungswerten ausgemacht und gemessen, sondern an der Fähigkeit, eine neue Qualität der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Russlands in den bestehenden Grenzen zu gewährleisten, d.h. ohne weitere territoriale Verluste und ohne „Verlust des Staates“.

Eigentlich geht es hierbei um die Lösung der Aufgabe einer **postindustriellen Modernisierung**, deren Scheitern bzw. Unumsetzbarkeit die revolutionären Erschütterungen Ende der 80-er – Anfang der 90-er Jahre des vorigen Jahrhunderts in der Sowjetunion verursacht hat.

Wollen wir das Potential der wirtschaftlichen Entwicklung bewahren, gilt es, die nationalen Prioritäten auf die Entwicklung der „**new economy**“ zu setzen. Dies muss möglich sein, da Russland in einer ganzen Reihe neuer Durchbruchstechnologien, die in der nächsten Zukunft die treibende Kraft der Weltentwicklung sein werden (Nano- und Bio- sowie thermonukleare Technologien) über ein gewichtiges Potential verfügt.

Die Herausforderungen des internationalen Terrorismus, mit denen Russland konfrontiert ist, erfordern ebenfalls Systemlösungen und beträchtliche Investitionen in die nationale Sicherheit. Die Sicherheitstechnologien gehören für die nächsten

Jahrzehnte weltweit zu den Schwerpunkten der new economy.

2. Russlands Zukunft hängt unmittelbar von der **vorrangigen Entwicklung der Infrastruktur** ab – wozu Verkehr, Energieversorgung, Wohnungsbau, Kommunalwirtschaft, Informations-, Sicherheits- und Verwaltungssysteme gehören.

Neben dem Wachstumstempo geht es dabei vor allem um die Qualität der Entwicklung. Und über das Tempo und die Qualität hinaus muss diese zielgenau und flexibel sein – d.h. die Fähigkeit besitzen, das richtige, sich stets fortbewegende Ziel zu erkennen und auch genau zu treffen.

Die Entwicklung einer modernen Infrastruktur ist nicht nur die Quelle für ein inflationsfreies Binnenwachstum, sondern bietet auch die Möglichkeit, das Wachstum und die Entwicklung im Lande räumlich neu zu gestalten.

All dies zusammen steigert das Anpassungsvermögen des Systems und die Fähigkeit der Gesellschaft, bei Bedarf neue Prioritäten zu setzen und die Entwicklungsqualität zu sichern.

Das Hauptziel der Reform der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft muss im Kontext der Modernisierung der Infrastruktur gesehen werden und nicht in einer Tariferhöhung. Die Prioritäten sollen hier der Bezahlbarkeit, der Qualität und der damit aufs engste verbundenen Aufgabe der Modernisierung und Errichtung einer neuen versorgungstechnischen und kommunalwirtschaftlichen Infrastruktur eingeräumt werden.

Die Lösung dieser Aufgabe ist eine Grundlage dafür, auch andere strategische Ziele in der Entwicklung Russlands zu erreichen. So könnte die Baubranche, an die eine ganze Reihe anderer Wirtschaftszweige gekoppelt ist, zur Lokomotive eines hochwertigen Wachstums unabhängig von Rohstoffförderung werden. Die Behebung der Wohnungsnot der Bevölkerung ist eines der Hauptziele bei der Bekämpfung der Armut.

Vergünstigungen bei der Wohnungsversorgung einzelner Bevölkerungsgruppen – junger Menschen, Bedürftiger – würden es ermöglichen, zahlreiche Aufgaben im Rahmen anderer Schwerpunkte der Staatspolitik zu meistern: Familien-, Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik, Bekämpfung der Drogensucht, Sicherung der gesellschaftlichen Stabilität und Konsolidierung.

3. Parallel zur Förderung der new economy und der Infrastruktur muss dringend in die soziale Reproduktion investiert werden, d.h. in Bildung, Gesundheitswesen und Forschung.

In der modernen Gesellschaft sind Gesundheitswesen, Bildung und Forschung keine lästigen Anhängsel der wirtschaftlichen Entwicklung und keine Zwangsspende etwa, die die Gesellschaft aus eigener Tasche zahlen muss. Sie sind eine unabdingbare Voraussetzung für eine effiziente Fortentwicklung.

Das Humankapital wird zur wichtigsten Produktivkraft. Die Spitzenreiter hier sind auch die Länder, die auf die „Produktion des Menschen“ gesetzt haben, auf die Produktion seiner Gesundheit, seines

Wissens, seiner Lebensqualität. Folglich **ist es eine soziale Politik, die zum makroökonomischen Schlüsselbegriff der modernen Welt wird, und nicht die Buchführung über die Haushaltseinnahmen.** Und es liegt einzig und allein an uns selbst, zu entscheiden, ob wir weiterhin lediglich ein Rohstoffanhängsel der modernen Welt bleiben wollen oder ob wir mit unserem innovativen menschlichen Potential deren ebenbürtiger Bestandteil werden.

4. Sieht man die gegenwärtige Etappe der Wirtschaftsreformen in Russland genau an, u.a. die vorgesehenen Umwandlungen des sozialen Bereichs, dann ist unverkennbar: Die Regierung spannt den Karren vor das Pferd.

Der Staat ist verpflichtet, nicht nur das Niveau seiner sozialen Garantien über ein, zwei und sogar 10 Jahre hinweg beizubehalten, sondern dieses noch zu steigern. Steigern heißt, eine neue Politik zur Erhöhung der Einkommen der Bevölkerung und zur Verringerung des sozialen Gefälles bevorzugt in Gang zu setzen.

Der Anfang könnte beispielsweise damit gemacht werden, die Anhebung des Mindestlohns auf das Niveau des Existenzminimums in Angriff zu nehmen. Dabei müsste aber **das Existenzminimum ganz anders bemessen werden** – nämlich unter der Berücksichtigung von Gesundheits- und Bildungskosten sowie Mieten und kommunalen Dienstleistungskosten. Ein so berechnetes Existenzminimum würde das heutige um ein Mehrfaches übersteigen und sich im Schnitt landesweit

auf mindestens 6.000 Rubel monatlich belaufen müssen.

Ähnlich muss man mit dem Rentensystem bei gleichzeitigem Auf- und Ausbau von Versicherungs- und Sparfondssmechanismen für künftige Rentnergenerationen verfahren.

Die Anhebung der Mindestlöhne und Renten auf das Niveau eines neu bemessenen, menschenwürdigen Existenzminimums, also ein beschleunigtes Einkommenswachstum der finanziell schwächsten Bevölkerungsgruppen würde zugleich die Bemühungen um die Verringerung der sozialen Differenzierung unterstützen.

Darüber hinaus sollte man über eine Veränderung der Steuerpolitik nachdenken. Wenn die Regierung so viel Wert auf eine „flache“ Einkommenssteuer-Tabelle legt, dann müssten diejenigen, die von einem Einkommen an der Grenze des Existenzminimums leben, von der Einkommenssteuer befreit werden.

Doch auch unter solchen Voraussetzungen muss es Priorität der staatlichen Sozialpolitik bleiben, für die einkommensschwächsten erwerbsunfähigen Bevölkerungsgruppen, die objektiv keine Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt mit eigener Arbeit vollwertig zu bestreiten, bedarfsgerecht, nah am Bürger zu sorgen.

5. Eine solche neue Einkommenspolitik vermag das Wirtschaftswachstum in Russland auf ein neues Niveau zu heben und eine grundsätzlich neue Qualität zu schaffen. Selbst die offiziellen Statistiken räu-

men ein, dass der Dienstleistungsbereich knapp 60% Anteil an der Wirtschaftsstruktur erreicht hat. Aus dieser Zahl kann man vielerlei ablesen. Einerseits ist es ein Anzeichen postindustrieller „Verschiebungen“ in der Wirtschaftsstruktur. Andererseits ist es ein Symptom der sogenannten „holländischen Krankheit“, die durch die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Rohstoffexport ausgelöst wird. Drittens zeugt diese Tendenz von der Entwicklung kleiner und mittelgroßer Unternehmen – dem Nährboden für die Entstehung und Stärkung des Mittelstandes und hiermit der gesellschaftlichen Stabilität.

Aus all diesen Erkenntnissen über die wirtschaftliche Entwicklung muss man Konsequenzen ziehen.

Nach offiziellen Statistiken basiert das Wirtschafts- bzw. das BIP-Wachstum 2004 zu einem erheblichen Teil auf dem Dienstleistungsbereich. Die russische Wirtschaft hat im vergangenen Jahr insgesamt 7,1% zugelegt. Die Produktion stieg jedoch dabei um lediglich 6,3%, während der Zuwachs an marktwirtschaftlichen Dienstleistungen, zu einem großen Teil durch die Entwicklung kleiner und mittelgroßer Unternehmen geprägt, 8,7% betrug. Der Einzelhandelsumsatz, der von der Kaufkraft der Bevölkerung abhängt, stieg um 12%.

Ist daraus nicht zu folgern, dass ein beschleunigtes Binnenwirtschaftswachstum strategisch gesehen grundsätzlich von der **Einkommenspolitik** abhängt, d.h. von der Erhöhung der zahlungskräftigen Nachfrage?

Es liegt auf der Hand, dass die gegenwärtig favorisierten Tendenzen maßgeblich auf eine Umverteilung der hohen Einnahmen aus den gewinnbringenden Rohstoffexporten zurückgehen. Für eine langfristige Entwicklung des Landes muss das Wirtschaftswachstum jedoch auf ein anderes Fundament gestellt werden, um die Nachfrage nicht nur für das Wachstumstempo arbeiten zu lassen, sondern auch für Strukturreformen, für die Erweiterung des Binnenmarktes und den Auf- wie Ausbau der Branchen außerhalb des Rohstoffbereichs.

Dazu braucht man eine neue Einkommenspolitik und einen höheren Arbeitslohnanteil am BIP.

Nach Erkenntnissen von Prof. Stanislaw Menschikow, Autor des Buches „Anatomie des russischen Kapitalismus“, liegt der Arbeitslohnanteil des BIP bei unter 40%. In den USA erreicht dieser Wert 60%. Genau genommen funktioniert unser russischer Kapitalismus auf dem Binnenmarkt für bestenfalls ein Viertel der Bevölkerung und nicht für das gesamte Land.

Und es ist wiederum die neue Einkommenspolitik und die damit verknüpften Veränderungen in der Haushalts- und Steuerpolitik, die eine erweiterte wirtschaftliche Reproduktion und das Wachstum des Binnenmarkts gewährleisten sollen. Andernfalls wären wir dazu verdammt, dass sich die heutige Situation, die Früchte des Wirtschaftswachstums zu privatisieren und eine zahlungskräftige Nachfrage bei der „Oberschicht“ zu konzentrieren, immer wieder aufs Neue reproduziert. Die Folgen sind bekanntlich

der Erwerb von Fußballvereinen und Immobilien rund um den Globus, nicht die Lösung strategischer Aufgaben zur Entwicklung Russlands.

6. Die staatliche Sozial- und Wirtschaftspolitik braucht eine „**neue Kultur des sozialen Friedens**“ und eine „Kultur der sozialen Partnerschaft“ beim Erreichen strategischer Ziele der Entwicklung des Landes.

Aus diesem Grunde ist es notwendig und wichtig, die **Übergangsstruktur** der heutigen russischen Gesellschaft zu berücksichtigen und die Entwicklungsschwerpunkte zum Wohle der zukünftigen und zur Unterstützung der jetzigen Generationen sorgfältig abzuwägen und aufeinander abzustimmen.

Die marktwirtschaftlichen Umstellungen müssen in einem Staat, der von einem zentralisierten Planwirtschaftssystem zu einem pluralistischen Wettbewerbssystem übergeht, in einem differenzierten, je nach Bevölkerungsgruppe vollkommen unterschiedlichen Tempo erfolgen.

Wir haben eine mittlere, unternehmungsfreudige und -fähige, Generation, die sich an die neuen Bedingungen angepasst hat. Diese Menschen bedürfen keiner direkten Unterstützung, dafür brauchen sie aber eine aktive staatliche Infrastrukturpolitik, staatliche Investitionen in die neuen Produktionen, einen sicheren Background in Form erschwinglicher Wohnmöglichkeiten und einer hochwertigen medizinischen Versorgung, die Entwicklung des Fondsmarktes und des Banksektors sowie die Bekämpfung der Korruption.

Wir haben einen ehrgeizigen und begabten Nachwuchs, die Gewähr für Russlands Stabilität und Gedeihen in der Zukunft. Damit sich aber junge Menschen entfalten und in die vom harten Wettbewerb geprägte Wirtschaft einsteigen können, muss der Staat in Bildung und Forschung, in die sozialen Garantien für sie und ihre zukünftigen Kinder investieren.

Und nun zur älteren Generation. Diese Menschen haben das Land aufgebaut und bewahrt, ihm ihr Bestes gegeben. Die neue Gesellschaft jedoch ist von einem fundamentalen Widerspruch zwischen der „sozialistisch“ geprägten älteren Generation und einem aggressiven, vom Markt beherrschten Umfeld gekennzeichnet. Deswegen können und müssen Mittel zur Schaffung und Aufrechterhaltung von hohen Standards in Sozialhilfe und Rentensystem bereitgestellt werden.

7. Die soziale Konsolidierung, die „Kultur des sozialen Friedens“ in der heutigen russischen Gesellschaft ist keine leere Worthülse. Das Problem lässt sich äußerst präzise, man kann wohl sagen, mathematisch, aufzeigen.

Nach übereinstimmenden Expertenmeinungen sieht die soziale Struktur der heutigen russischen Gesellschaft wie folgt aus:

Zirka 1% bildet die superreiche „Elite“, etwa 20% die Mittelschicht, 60-70% die sogenannte „Basischicht“, in sich nicht homogen, doch als Ganzes in der Bandbreite von „unter der Mittelschicht“ bis „knapp über den Armen“ anzusiedeln. Weitere 10-

20% befinden sich unbestritten unter der Armutsgrenze. Die Differenzen in den Anteilen der „Basischicht“ und der „Armen“ gehen auf unterschiedliche Bewertungskriterien von Armut zurück.

Nach Erkenntnissen des Instituts für Wirtschaft und Organisation der Industrieproduktion der Sibirischen Filiale der Russischen Akademie der Wissenschaften ist die zahlreichste Bevölkerungsschicht in Russland heute diejenige, deren Pro-Kopf-Einkommen zwischen 50 und 100% des Existenzminimums liegt. Dies entspreche den Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaftsstratifikation in unserer Gesellschaft.

Unmittelbar daran schließt sich die Bevölkerungsschicht an, deren Pro-Kopf-Einkommen zwischen 100 und 150% des Existenzminimums beträgt. Dabei kommt es zwischen diesen beiden Gruppen – den Armen und den finanziell schwachen Vertretern der „Basischicht“ – zum ständigen Austausch. Einigen gelingt es, aus der nackten Armut herauszukommen. Andere dagegen stürzen noch tiefer ab. Nichtsdestotrotz ist im Laufe der gesamten 1990-er Jahre bis heute eine stabile Reproduktion der Armut festzustellen – 2/3 der „Armen“ können als „chronisch Arme“ bezeichnet werden.

Eine klare Grenze zwischen den Armen und denjenigen, die sich noch über Wasser halten können, gibt es also nicht. Die von der Regierung geplanten Sozialreformen könnten diese Grenze endgültig verwischen und einen erheblichen Teil der Bevölkerung in die Armut stürzen. In dessen Sog kann

auch ein Teil der Mittelschicht geraten. So könne die Mittelschicht nach Schätzungen des Unabhängigen Instituts für Sozialpolitik infolge der neuen Reformexperimente um die Hälfte schrumpfen – von den heute 20% auf 10% der Bevölkerung.

Es ist offensichtlich, dass solche Tendenzen in der Veränderung der sozialen Struktur der Gesellschaft den Aufgaben zur Sicherung der sozialen Stabilität und des sozialen Friedens geradezu zuwiderlaufen.

Die soziale Konsolidierung kann nur dann vollzogen werden, wenn etwa die Hälfte der „Basisschicht“ die Möglichkeit bekommt, zur Mittelschicht aufzuschließen und diese dann mindestens 40–50% der Bevölkerung umfasst. Dabei muss die unserer Gesellschaft eigene „**chronische Armutskrankheit**“ ausgerottet werden. Dominieren müssen in der Gesellschaftsstruktur Gruppen mit einem Familieneinkommen von mindestens 2,5 Existenzminima pro Kopf.

Sämtliche Sozial- und Wirtschaftsreformen müssen diesen Zielen dienen. Ausgehend von diesen Zielen ist der jetzige wirtschafts- und sozialpolitische Kurs der Regierung entsprechend zu korrigieren.

8. Die Suche nach Quellen für die Finanzierung dieser Entwicklungsziele bedeutet zwangsläufig **eine Absage an die Ideologie der Akkumulation von Überschüssen** im Stabilisierungsfonds. Es bedeutet ebenfalls, klare Zielsetzungen zur Schaffung einer neuen Wirtschaftsqualität und einer neuen Sozialpolitik zu formulieren. Man denke daran, dass man nicht durch Einnahmen reicher wird, sondern durch

Ausgaben – vernünftige, sinnvolle und zweckmäßige Ausgaben.

Heutzutage erzeugen die Arbeit und das Kapital, die durch den übermäßigen Entzug von Mitteln aus der Wirtschaft ungenutzt bleiben, keinen neuen Wert, kein reales Wirtschaftswachstum und keinen gesellschaftlichen Wohlstand.

Auf der Grundlage des bestehenden Stabilisierungsfonds muss ein **Fonds für die Entwicklung Russlands** geschaffen werden. Wie in der internationalen Praxis üblich, könnte es **auch zwei Haushaltsfonds** geben. Der eine übernehme die Funktion eines finanziellen Sicherheitspolsters für den Krisenfall, der andere wäre für die Entwicklungsziele bestimmt.

Während der „akkumulierende“ Stabilisierungsfonds auch weiterhin der Regierung unterstellt bleiben könnte, sollte dagegen die Entscheidungskompetenz über die Prioritäten und Schwerpunkte bei der Nutzung des Entwicklungsfonds auf einen besonderen Rat beim Präsidenten der Russischen Föderation übertragen werden.

9. Die Regionen müssen die „**Lokomotiven**“ der **Wirtschaft** werden.

Die Befürchtungen, der Übergang zu einer neuen Sozialpolitik könne viele Regionen in den finanziellen Ruin treiben, sind berechtigt. Das aber ist kein Grund, die neue Sozialpolitik auf Anhieb zu verwerfen. Es ist allerdings durchaus ein Grund, in diesem Problem einen weiteren Beleg dafür zu erkennen, dass das Verhältnis zwischen dem zentralen und den regionalen Haushalten einer Veränderung bedarf.

Die Mittel, die in den Regionen hätten arbeiten können, mit deren Hilfe die gleichen Sozialreformen (im Bereich der Vergünstigungen, in Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Gesundheitswesen, Bildung und Forschung) überlegter, differenzierter und sozialverträglicher, sanfter hätten durchgeführt werden können, diese Mittel werden im Stabilisierungsfonds „konserviert“ und „abgetötet“.

Die Rückführung eines Teils der finanziellen Ressourcen und Vollmachten an die Regionen kann den erforderlichen Spielraum zur Durchführung einer neuen Sozial- und Wirtschaftspolitik schaffen, zumal die jüngst gefällten Entscheidungen über die Gewährleistung einer einheitlichen exekutiven Gewalt und über die Änderung des Wählbarkeitsprinzips für die Chefs der Regionen die erforderlichen Mechanismen zur Steigerung der Effizienz des staatlichen Führungssystems schaffen. Damit die neu geschaffene Führungsvertikale reibungslos funktionieren und volle Leistungsfähigkeit entwickeln kann, müssen die Regionen mit Vollmachten und Kompetenzen im sozialwirtschaftlichen Bereich ausgestattet werden.

Die Aufrechterhaltung und Festigung der föderativen Grundlagen des Staates ist eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Lösung der strategischen Aufgaben, vor denen das Land steht. Der Föderalismus ist einer unserer Wettbewerbsvorteile bei der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, bei der sozialen Modernisierung, beim Aufbau einer Zivilgesellschaft und bei der Gewährleistung unserer globalen Wettbewerbsfähigkeit.

* * *

Die in diesen Ausführungen formulierten Ideen und Vorschläge sind lediglich eine grobe Skizze für eine grundsätzliche Veränderung der Logik der sozialen und wirtschaftlichen Umwandlungen, die wir so dringend brauchen. Sie bedarf einer Analyse und sorgfältiger Berechnungen.

Was wir nicht brauchen, ist ein schwindendes Russland. Ein Russland ohne Wissenschaft, ohne Bildung, ohne Kultur, ohne Gesundheitssystem und ohne Bevölkerung, dafür aber ein Russland mit positiver Rohstoffhandelsbilanz, mit riesigem Haushaltsüberschuss und einem schwindelerregendem Stabilisierungsfonds.

In seinem Werk „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ schrieb Lenin: „...das Rußland des Holzpflugs und des Dreschflegels, der Wassermühle und des Handwebstuhls verwandelte sich rasch in das Rußland des Eisenpflugs und der Dreschmaschine, der Dampfmühle und des Webstuhls mit Dampfantrieb“. (Ebenda, S. 617)

Heute geht es darum, dass das Russland der Ölleitungen, des Aluminiumbarrens und des Holzschleppers sich in ein Russland der Universitäten und Forschungslabors, der Hochtechnologien und eines modernen Gesundheitswesens verwandeln möge. In ein Russland für den Menschen.

**RUSSLAND:
KAPITALISMUS
AUF DEM LANDE
ZUSAMMENSTOSS
MIT DER ZUKUNFT**

**AUSEINANDERSETZUNG MIT DER REGIERUNG
ÜBER DIE AGRARPOLITIK**

„Gespräche über die Ernte ...gelten üblicherweise als etwas auf sehr niedrigem Niveau. Dies war vielleicht zur Zeit der Leibeigenschaft nicht so wichtig oder in England. In beiden Fällen sind die wichtigsten Bedingungen festgelegt; bei uns aber ist heute, wo alles auf den Kopf gestellt wurde und jetzt erst langsam seine Ordnung findet, die Frage, wie sich diese Bedingungen herausbilden, die einzig wichtige Frage in Russland“.

Lew Tolstoi

„Wenn Sie nach Frieden streben, säen Sie Gerechtigkeit. Aber bestellen Sie gleichzeitig die Felder, um mehr Getreide zu erhalten. Andernfalls wird es keinen Frieden geben.“

Norman Ernest Borlaug,
Friedensnobelpreisträger

LAND UND FREIHEIT

„Alles ist bei uns auf den Kopf gestellt worden und findet jetzt langsam seine Ordnung“, Leo Tolstojs berühmte Worte über das Russland in der Zeit nach der Einleitung von Reformen veranlassten Wladimir Lenin dazu, den Schriftsteller als „Spiegel der russischen Revolution“ zu bezeichnen.

Diese Revolution fand weder 1905 noch 1917 statt. Die Entwicklung, die die jahrhundertelange Agrarordnung Russlands zu sprengen suchte, hatte unerschwinglich ein halbes Jahrhundert früher eingesetzt. Die Kernfragen dieser Revolution sind bis heute nicht gelöst. Der Kapitalismus auf dem Lande ist in Russland heute erst wieder im Entstehen begriffen. Und wieder einmal ist es ungewiss, wie weit er kommt und ob er es überhaupt schafft. Und ob der große Umbruch tatsächlich vollbracht wird.

Über die Geschichte der russischen Revolution auf dem Lande, ihren Verlauf zwischen reißendem Wildwasser und tragem Dahinfließen könnte man unendlich lange reden und dieser eigene Untersuchungen widmen. Es würde ein dicker Band werden. Versucht man jedoch, in dieser Geschichte Hauptursachen für die heutigen Missstände in der Landwirtschaft auszumachen, käme man wohl auf drei:

Die erste Ursache liegt in der nicht auszuschenden **Tradition, die Agrarpolitik zu „Hilfs-**

zwecken“ einzusetzen, d.h. zu allen möglichen Zwecken, nur nicht zur Förderung der Landwirtschaft und der Bauern selbst.

Sämtliche „großen Umbrüche“ der letzten anderthalb Jahrhunderte hatten eines gemeinsam: Die Bauern und die Landwirtschaft wurden letztendlich immer nur als Werkzeug des Staates zur Lösung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme benutzt. Als Hilfsmittel zur Bewältigung von Krisen oder zur Modernisierung der Wirtschaft.

So wurde die **Landflucht der Bauern** zum wirtschaftlichen und sozialen Ausgangspunkt und zum Prüfstein der weiteren russischen Geschichte. Es war die aufgewühlte Bauernschaft, die die Entwicklung Russlands im vergangenen Jahrhundert antrieb und dafür mit ihrem Schweiß und Blut teuer bezahlte, ohne jemals eine erwähnenswerte Gegenleistung bekommen zu haben.

Der russische Kapitalismus Ende des 19. – Anfang des 20. Jahrhunderts keimte aus den Agrarexporten heraus und wuchs und reifte auf dem brodelnden Nährboden der Landlosigkeit und des Massenexodus der Bauern in die Städte.

Es waren die Landwirtschaft und die Bauern, die die Errichtung einer landesweiten Eisenbahn-Infrastruktur in Russland möglich machten und bezahlten. Auf ihre Kosten wurden auch neue Gebiete erschlossen und Kriege geführt.

Das aus der leibeigenen Bauernschaft entstandene Proletariat wurde zur wichtigsten Ikone und zur treibenden Kraft der bolschewistischen Revolution.

Und die Revolution selbst konnte nur siegen, weil sie die säbelrasselnde Devise eines Bauernaufstands auf ihre Banner geschrieben hatte, die Devise der Bewegung "Tschorny Peredel", der „schwarzen Landumverteilung“: „Das Land den Bauern!“

Sehr bald jedoch machten die Staatsinteressen eine radikale Revision des revolutionären Arbeiter- und Bauern-Bündnisses erforderlich. Die Kolchosen versklavten die Bauern aufs neue und nahmen ihnen das Land weg. Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde zur Hauptquelle der wirtschaftlichen Entwicklung der UdSSR, ihrer Industrialisierung und Modernisierung.

Die vom Lande kommenden finanziellen und menschlichen Ressourcen nährten abermals die großen Bauprojekte in der Zeit der ersten Fünfjahrespläne. Und schufen die riesige Infrastruktur der sowjetischen Industrie. Auch meine Eltern kamen in den 1930er Jahren nach Moskau – der Vater aus einem Dorf im Gouvernement Twer, die Mutter aus Baschkirien.

Im Mittelpunkt der sowjetischen Politik standen damals die staatliche Getreidepflichtabgabe im Wolgagebiet und in der Kuban und die Getreidepreise in Europa und Amerika. Genauso, wie wir heutzutage jeden Morgen noch vor dem Wetterbericht über die aktuellen Ölfördermengen in Sibirien und die Ölpreise an der New Yorker Börse informiert werden.

Die zweite Ursache für die Krise der Landwirtschaft hängt eigentlich mit der rasanten Entwicklung Russlands zum weltgrößten Öl- und Gasproduzenten

zusammen, die in den 1960er Jahren ihren Anfang nahm. Diese Ursache besteht darin, dass **die Prioritäten der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zyklisch zwischen den Alternativen Öl oder Brot** schwankten.

Seitdem können nur Preisschwankungen auf dem Ölmarkt den Staat dazu bringen, aufzuwachen und den Kopf unter der Decke der Rohstoffwirtschaft herauszustrecken. Nur wenn der Ölpreis auf dem Weltmarkt einbrach, bekamen die einheimischen Hersteller, darunter auch die Landwirte, die Möglichkeit, frische Luft zu schnappen. Aber auch dies geschah dank einer Verkettung von Umständen und nicht aufgrund bewusster politischer Entscheidungen des Staates.

Die Landwirtschaft hat für den Staat ihren Status als strategischer, auch exportfähiger, Volkswirtschaftszweig und als Ressource der nationalen Entwicklung verloren. Nicht nur, dass das Öl das Brot auf der Waagschale einfach überwog. Es hat die Waage einer genau eingestellten und durchkalkulierten Wirtschaftspolitik schlichtweg umgekippt und zu Bruch gehen lassen.

Der Petrodollar-Regen ergoss sich auf die Ackerfelder der Sowjetunion wie ein giftiges Gebräu, das das Denkvermögen des Staates austrocknen und verkümmern ließ. Der Staat hatte genug Geld, um die Lebensmittel zu 50% und mehr zu subventionieren. In den 1970er – 1980er Jahren wurden zugegebenermaßen riesige Summen in die Landwirtschaft gepumpt, diese Investitionen zogen jedoch

keinerlei Veränderungen im Agrarsystem nach sich. Es gab keinerlei Bereitschaft, die Agrarwirtschaft grundsätzlich umzubauen und zu modernisieren. Aussagekräftig genug dürfte die von vielen Experten nachgewiesene Tatsache sein, dass im Zeitraum von 1965–1982 die Staats- und Parteiführung kein einziges ernstzunehmendes landwirtschaftliches Programm auch nur diskutierte.

Das leicht verdiente Geld floss aufs Land, allerdings gedankenlos, und wurde auch ohne Sinn und Verstand ausgegeben – um die Existenz des KolchoSENSsystems einfach zu verlängern. Die Folge waren die endgültige Zerstörung der Bauernschaft und der traurige Niedergang des Landlebens.

Der trügerische Glanz viel versprechender Entwicklungsmöglichkeiten der Volkswirtschaft auf der Basis der Ölexporte hat nicht nur den Niedergang vieler einheimischer Industriezweige, sondern auch die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten und Versorgungsengpässe an allen Ecken und Enden herbeigeführt.

Das berühmte „Lebensmittelprogramm“ von 1982 war nichts mehr als ein krampfhafter Versuch, aus dem Sumpf der vollends verödeten Dörfer herauszukommen. Er kam zu spät. Die russische Landwirtschaft kehrte zu diesem Zeitpunkt immer schneller zu einer Tauschwirtschaft zurück. Die Landbevölkerung igelte sich rasch ein und beschränkte sich auf die Selbstversorgung. Hinzu kam die Massenflucht der Städter in ihre Ferienhäuschen mit den erlaubten sechs Ar Nutzland, die fast

zum Hauptbollwerk der „Versorgungssicherheit“ erhoben wurden.

Die in der zweiten Hälfte der 1980er durch den Einbruch der Ölpreise ausgelöste Krise hätte zum Lehrstück werden sollen: Sie führte überdeutlich vor Augen, welche zerstörerische Wirkung die Erdöl- oder Brot-Alternative für die Wirtschaftspolitik hat. Sie fegte die Regale sowjetischer Geschäfte leer und brachte das Land in den Zustand einer sklavischen Abhängigkeit von ausländischen Warenkrediten und Büchsenfleisch als Lebensmittelspenden. Wie auch immer, diese Entwicklung dürfte beim Zusammenbruch der Sowjetunion eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben.

Doch selbst vor dem Hintergrund der ungelösten Systemprobleme in der Entwicklung der russischen Landwirtschaft **wiegt die dritte Ursache am schwersten – die ungelöste Frage des Eigentums an Grund und Boden**. Und damit auch die Frage der Wirtschaftsgrundlage des Ackerbaus und der landwirtschaftlichen Produktion, d. h. der russischen Agrarordnung schlechthin.

Diese Frage war und bleibt der Fluch der russischen Agrarpolitik. Deswegen lohnt es sich, auf sie näher einzugehen, zumal ihre Wurzeln sehr tief in die russische Geschichte hineinreichen und Versuche, sie zu lösen, sich nicht lediglich auf die letzten anderthalb Jahrhunderte evolutionären wie revolutionären Wandels des dörflichen Lebens beschränken.

Man kann wohl sagen, dass es ein gewisses magisches Dreieck gibt, in dem Russland seit bereits

etwa 500 Jahren herumirrt. Die qualvolle Wahl einer landwirtschaftlichen Entwicklungsstrategie stößt stets auf drei Dilemmas.

Das erste liegt in der Entscheidung, welche Form des Eigentums an Grund und Boden den wirtschaftlichen Traditionen Russlands und den Besonderheiten seiner klimatischen Bedingungen, seiner Böden und der landwirtschaftlichen Arbeitszyklen am besten entspricht und somit für das Land optimal ist.

Die Entscheidung zwischen Privat- oder Kollektiveigentum, zwischen Privat- oder Staatseigentum an Grund und Boden bleibt seit Jahrhunderten von grundsätzlicher, fundamentaler Bedeutung. Sie bestimmt nicht nur Partei- und Regierungsprogramme, sondern auch die eigentliche russische Lebensphilosophie, die Vorstellungen über die Zukunft des Landes. Sie ist ein Nährboden für ein System „russischer Ideen“. Und die Idee von einem russischen Sonderweg.

Das zweite Dilemma entsteht bei dem Versuch, die Frage zu beantworten, ob das Eigentum an Grund und Boden groß oder klein sein soll. Wie wichtig für die Erschließung der unendlichen Weiten Russlands ist die Konzentration an menschlicher wie materieller Kraft? Und gibt es eine Nische für die landwirtschaftliche Kleinproduktion?

Dieses Problem erscheint allerdings weniger schwerwiegend als die oben genannte Frage von Privateigentum, denn im Endeffekt läuft es auf die Suche nach einem bestimmten Verhältnis zwischen

Groß- und Kleineigentum an Grund und Boden hinaus. Einem für den jeweiligen Zeitpunkt und für die Bewältigung der jeweils anstehenden Aufgaben optimalen Verhältnis.

Die Vorstellungen über den Vorrang dieser oder jener Eigentumsform bzw. -art rufen das dritte Dilemma der russischen Agrarpolitik auf den Plan. Es steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Wahl des kapitalistischen Entwicklungsweges in der Landwirtschaft, das heißt, mit der Wahl zwischen der marktwirtschaftlichen Agrarproduktion und der Landwirtschaft in einer anderen Daseinsform. Sei es Naturalwirtschaft oder Kolchosensystem.

Die Geschichte der Agrarpolitik und der landwirtschaftlichen Experimente in Russland ist nichts anderes als ein schier endloser Wechsel in den Schwerpunkten zur Bestimmung der landwirtschaftlichen Entwicklungsstrategien, eine unentwegte Suche nach dem „Stein der Weisen“ bei der Landordnung und der Bodennutzung.

Dieses chaotische, wahllose Aufgreifen verschiedener Möglichkeiten hat jedoch weder den Bauern noch dem gesamten Staat die ersehnte Stabilität und nachhaltige Entwicklung gebracht.

Es beginnt schon damit, dass die Bodenfrage eine der Tragsäulen der besonderen Art der russischen Staatlichkeit darstellte. Vom 15.-17. Jahrhundert an formte sich in Russland ein so genannter „Staat der Dienstleute“. Sein Schlüsselprinzip bestand darin, dass der Zar den Adligen im Staatsdienst bedingte, zeitweilige Besitzrechte an Grund und Boden gewähr-

te. Der Grundsatz „Landgut gegen Dienst“, jedoch ohne Vererbungs-, Schenkungs- und Verkaufsrechte, wurde zur Grundlage und Stütze der Großfürsten- und Zarenmacht. Erst recht, als ab Mitte des 16. Jahrhunderts selbst das Erbrecht des Adels beim Landbesitz, die so genannte „Wotschina“, vom Dienst für den Zaren abhängig gemacht wurde.

Zweifelsfrei hat dieses System eine maßgebliche Rolle bei der Entwicklung und politischen Festigung des zentralisierten russischen Staates gespielt. Die Existenz eines „unvollständigen Eigentums“ an Grund und Boden war in Russland durch Besonderheiten der Wirtschaftsordnung angesichts seiner Natur- und Klimagegebenheiten sowie des damaligen Entwicklungsstandes der Technologien objektiv bedingt.

Dennoch musste im Zuge der weiteren Entwicklung des Landes der Zeitpunkt kommen, da all diese besonderen politischen und wirtschaftlichen Eigenarten der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden Gegensätze hervorriefen, die in den „Zeiten der Wirren“ Ende des 16. Jahrhunderts – Anfang des 17. Jahrhunderts deutlich sichtbar wurden.

Der Staat vermochte es erst dann, sich selbst wiederherzustellen und weiterzuentwickeln, als er anfang, die Eigentumsrechte an Grund und Boden, wenngleich auch schrittweise, auszubauen. So waren diese Rechte durch das Dienstleute-Prinzip solange eingeschränkt, bis der Adel in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von der Dienstpflicht befreit wurde.

Eine weitere Besonderheit der russischen Agrargeschichte besteht darin, dass die feudalen Großgüter weder auf Marktwirtschaft, noch - im strengen Sinne dieses Wortes - auf Warenwirtschaft basierten. Diese Wirtschaftsordnung war auf Zwang aufgebaut, der außerhalb der Wirtschaft lag, - der Leibeigenschaft.

Ohne auf die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Leibeigenschaft in den verschiedenen Entwicklungsphasen Russlands näher einzugehen, ist festzustellen, dass an der Schwelle des 19. Jahrhunderts sich diese immer deutlicher als Hemmnis erwies. Das System der Leibeigenschaft besaß nämlich nur geringfügiges „kapitalistisches Potential“, sodass es die für Russland dringend notwendige wirtschaftliche Modernisierung unmöglich machte und die Lösung militärpolitischer Aufgaben erschwerte. Es erzeugte ebenfalls eine ungeheuer wuchtige und immer weiter zunehmende Last an sozialen Problemen, die das ganze Gebäude des russischen Reiches zum Einsturz zu bringen drohten.

Selbst nach den Großen Reformen der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts, als die Bauern Freiheit erlangt hatten, blieben diese Probleme ungelöst. Mit diesem Geschwür trat Russland auch ins 20. Jahrhundert ein. Es blieb ein „vorkapitalistisches“ Land mit halbfeudaler Wirtschaftsform. Die sozialen Probleme spitzten sich immer mehr zu, der Unmut entlud sich bereits im Donnergrollen der heraufziehenden Katastrophe - der Revolutionskrise von 1905.

Brennpunkt und Schwachstelle des Systems blieb immer noch das russische Dorf. Während Russland seine Industrie sehr rasch auf kapitalistische Gleise umstellt, bleibt im Agrarbereich das Problem der landarmen Bauern nicht nur bestehen, sondern es verfestigt und verschärft sich zusehends. In Kombination mit dem Gemeinschaftseigentum an Grund und Boden, begleitet von ständigen Landumverteilungen, stellte die Landarmut die größte Bremse für die Modernisierung der bäuerlichen Produktion dar. Sie führte zur Zerstörung der alten patriarchalen Bauernschaft, förderte deren Marginalisierung und verwandelte die Bauernschaft in ein Land-, teilweise aber bereits ein Stadtproletariat.

Das inzwischen eingeführte System des Landaufkaufs raubte dabei sowohl den Bauern als auch den Gutsherren jegliche Anreize für die wirtschaftliche Fortentwicklung. Eine landwirtschaftliche Marktstruktur aufzubauen, war nach wie vor nicht möglich.

Einen Versuch, diese Probleme in den Griff zu bekommen, stellten die von dem russischen Ministerpräsidenten Stolypin eingeleiteten Reformen dar, die die Schaffung mittelgroßen und großen privaten Landbesitzes, frei von den die kapitalistische Entwicklung hemmenden Fesseln des Gemeinschaftseigentums, anstrebten. Mit der Umverteilung staatlichen Bodens und dem Landaufkauf von Gutsbesitz über Bauernbanken setzte ein Prozess ein, der die Bauern-Land-Bindung wiederherstellten und eine neue erwerbstätige Klasse von Landeigentümern

schrittweise hervorbringen sollte. Zum ersten Mal in der russischen Geschichte entstanden endlich marktorientierte Agrargroßproduktionen.

Dieser Entwicklungsweg hätte außerordentlich effektiv und aussichtsreich werden können und müssen. Doch Russland sollten die so dringend benötigten und von Stolypin ersehnten „20 Jahre Ruhe“ leider nicht vergönnt sein. Stattdessen bekam es Russland mit dem Mord an seinem reformorientierten Ministerpräsidenten (1911) durch Terroristen, mit sozialen Erschütterungen und Revolutionen zu tun.

Stolypins Versuch, ein neues Eigentum an Grund und Boden in Russland zu etablieren, ließ die blutige Saat reaktionären Widerstands aufgehen. Es kam genauso, wie schon 30 Jahre zuvor, als die „Bombe der Bodenfrage“ den Bauernbefreier Alexander II. zerfetzt hatte.

Somit wurde der Weg zur Entwicklung großer und mittelgroßer privater Bauernbetriebe, einer marktorientierten und kapitalistischen Agrarwirtschaft in Russland für lange Jahre unterbrochen.

Nach 1917 machte es das Ziel, das „revolutionäre Bündnis zwischen Stadt und Land“ aufrechtzuerhalten und die Wirtschaft wiederaufzubauen, erforderlich, den Schein eines bäuerlichen Eigentumsrechts an Grund und Boden zu wahren. Allerdings waren marktwirtschaftliche Beziehungen des Sowjetstaates im Umgang mit den Bauern schon immer nur sehr bedingt als solche zu verstehen.

Selbst nach dem Aufstand von Kronstadt, der Abschaffung von Zwangsabgaben von Agrarprodukten und dem Übergang zur so genannten Neuen Wirtschaftspolitik NEP ließ sich die sowjetische Wirtschaftspolitik immer noch von der Doktrin leiten, nach der die Ressourcen immer wieder vom Land in die Stadt, aus der Landwirtschaft in die Industrie gepumpt wurden. Minimale Einkaufspreise für Getreide, die berüchtigte Preisschere zwischen den Agrar- und Industrieprodukten - das war das Hauptinstrument der Industrialisierung des Landes.

Im Endergebnis erwies sich die NEP-Zeit - trotz Lenins verspäteter „Erleuchtung“ - lediglich als eine vorübergehende Abweichung der Bolschewiken von der Generallinie der Kollektivierung der Landwirtschaft, Landenteignung und Zerstörung der Bauernschaft.

Die zwar für die Bauern ungerechten, jedoch auf Marktelementen basierenden Ansätze im Verhältnis zwischen Staat und Bauern in der NEP-Zeit wurden verworfen und durch eine repressive Politik der Zwangskollektivierung, Enteignung und Verfolgung der Kulaken, der Großbauern, und Hungersnot ersetzt.

Die neue Art sozialistischen Eigentums - das Kolchoseneigentum - unterschied sich kaum vom Staatseigentum, und die Lage der Kolchosbauern unterschied sich kaum von der der Leibeigenen. Die Diskrepanz in der Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft verschärfte sich noch vor dem Hintergrund der durchgehenden und praktisch unentgeltlichen staatlichen Pflichtabgaben sowie den für die

Kolchosen halsabschneiderischen Konditionen des Betriebs der Maschinen- und Traktorenstationen.

In der Entwicklung der sowjetischen Landwirtschaft waren weder ein Markt noch bäuerliches Eigentum an Grund und Boden vorgesehen. Als Hauptrichtung der Fortentwicklung diente lediglich die Vergrößerung, das Wettstreifen um immer höhere Zahlen. Diese Politik erzeugte utopische Phantasien von Chruschtschow'schen „Agro-Städten“ einerseits genauso wie durchaus reale und tragische Maßnahmen zur Liquidierung von Dörfern „ohne Zukunft“ andererseits.

Dennoch haben weder die „Industrialisierung“ der Agrarproduktion noch die extensiven Neuland-Projekte noch regelmäßige groß angelegte staatliche Investitionsprogramme es geschafft, die sowjetische Landwirtschaft effizient zu machen.

Die „Kollektivierungswut“ sowie die irrationale Ablehnung von Privatinitiative und Privateigentum blühten und gediehen auch nach dem Ende von Stalins „Sturm-und-Drang-Zeit“. Mitte der 1950er Jahre wurde zwar eine gewisse Milderung in der Haltung des Staates gegenüber der Landbevölkerung spürbar, der gerechtere Wirtschaftsbeziehungen zu den Kolchosen herstellte, die Maschinen- und Traktorenstationen abschaffte und die bis dahin geknechteten Bauern mit Personalausweisen versah. Doch zugleich startete der Staat eine Offensive gegen die Nebenerwerbswirtschaften und Privatinitiative. Das Gespenst des Kulaken spukte in den Köpfen der sowjetischen Obrigkeit immer noch herum und ließ

das Denken in normalen ökonomischen Kategorien nicht zu.

Ende der 1970er Jahre wurde die Ausweglosigkeit dieser Denkweise unverkennbar. Die Landwirtschaft wies Null- oder sogar Minus-Wachstumsraten auf. Aus dem geschundenen Dorf noch etwas „herauszuholen“, war nicht mehr möglich.

Ohne einen grundlegenden Wandel in der Agrarordnung und in den Eigentumsverhältnissen war es nicht möglich, dem Dorf neues Leben einzuhauchen. Filmregisseur Eldar Rjasanow bringt die damalige Situation in einem seiner Filme genau auf den Punkt: „Wir ackern nicht, wir säen nicht, wir bauen nicht. Wir sind nur stolz auf unsere Gesellschaftsordnung.“

Doch das Leben nimmt sich schon selbst, was es braucht. Auch das russische Dorf erwachte wieder zum Leben. Dieses Leben fing in den späten Sowjetjahren langsam an, den dem Landleben fremden Asphaltboden sozialistischer Wirtschaftsführungsprinzipien zu durchbrechen – durch einen rasanten privaten Aufbau von Nebenerwerbswirtschaften für die Land- und die Stadtbevölkerung. Angesichts des zyklonenartigen Unvermögens des Kolchosen- und Sowchosen-Systems, das dem Land den Landwirt genommen hat, stellte dieses Erwecken der bäuerlichen Ader, am besten unter Beweis, wie notwendig es ist, der fehlenden Bindung zwischen Bauern und Land ein Ende zu setzen und die Marktwirtschaft auf dem Lande wiederherzustellen.

Blickt man von der heutigen Warte aus auf die Geschichte der Agrarentwicklung Russlands zurück, stellt man mit Erstaunen fest, dass sämtliche fundamentalen, hartnäckigen Probleme nach wie vor vorhanden sind.

Zwar haben wir wohl den Kurs auf die Marktwirtschaft eingeschlagen und den Weg einer kapitalistischen Entwicklung betreten, dennoch aber haben wir uns immer noch nicht darauf festgelegt, wie die Landwirtschaft organisiert sein soll. Von wem und wie soll sie denn entwickelt werden? Welche Prinzipien sollen der Bodenpolitik zugrunde gelegt werden?

Das heutige System mit seinen „nur auf dem Papier bestehenden Landanteilen“ und kollektiven Eigentumsanteilen lehnt das Privateigentum wieder vehement ab. Dieses System erinnert nicht nur schmerzhaft an das historisch überlebte Gemeinschaftseigentum an Grund und Boden und das Kolchosen-System, es bringt deren Nachteile mitsamt ihren Krankheiten, Irrungen und Wirrungen erneut hervor. So werden ineffiziente und verkrustete landwirtschaftliche Strukturen konserviert.

Der staatlichen Agrarpolitik wird bei uns auch weiterhin die Stellung einer mittellosen Verwandten zugewiesen, die einem auf der Tasche liegt und lästig ist, in der makroökonomischen Glückseligkeit der Finanzstabilisierung und in der Euphorie der Rohstoffwirtschaft.

Der Hang zur Überregulierung der Landwirtschaft, insbesondere auf der Regionalebene, geht

mit einer so gut wie vollständigen Vernachlässigung schwerster sozialer Probleme auf dem Lande einher. Wir machen uns sträflich wenig Gedanken über die Wiedererschließung und die Entwicklung unseres riesigen Landes. Wir haben nämlich vergessen, dass ein erheblicher Teil davon aussterbende Dörfer und ganze Regionen sind, aus denen das Leben davonschleicht.

Die Landwirtschaft bleibt das größte „Opfer“ unserer Volkswirtschaft – der Willkür des Schicksals überlassen und dem Weltkapital geopfert. Dies geschieht entgegen den nationalen Interessen und der nationalen Sicherheit.

Heutzutage, da bei uns wieder „alles auf den Kopf gestellt worden ist und langsam seine Ordnung wiederfindet“, liegt das Hauptproblem des ländlichen Russland und seiner Menschen immer noch im Mangel an Freiheit und Willen. Der Freiheit der Bauern, das eigene Stück Land bewirtschaften zu dürfen. Und dem Willen des Staates, eine vollwertige und durchdachte Landwirtschaftspolitik zu erarbeiten und zu betreiben.

Sieht man sich Jahrhundert für Jahrhundert mit denselben Problemen konfrontiert, kann man verzweifeln. Es ist Zeit, innezuhalten, zurückzublicken und sich endlich auf eine Strategie für die Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande in Russland festzulegen.

DER WELTWEITE KAMPF UM DIE ERNTE

Obwohl die Menschheit ins neue Jahrtausend ihrer Geschichte eingetreten ist und die Schwelle der postindustriellen Revolution überschritten hat, ist sie gleichwohl sie selbst geblieben und hat sich im Wesentlichen nicht verändert. Nach wie vor erwerben wir im Schweiß unseres Angesichts unser tägliches Brot.

Die Fähigkeit eines jeden, sich sein Stück Brot zu verdienen, ist ein Hauptmerkmal der persönlichen Freiheit. Die Fähigkeit eines jeden Volkes und Landes, sich selbst zu ernähren, bleibt die Grundlage der nationalen Souveränität. Der genetische Code einer modernen Zivilisation der Spitzentechnologien und der elektronischen Kommunikation ist trotz alledem in der Verwandlung des in die Erde geworfenen Korns verschlüsselt. Obwohl wir in die Geheimnisse des Atomkerns eingedrungen sind, das Genom des Menschen verstanden haben und in den Weltraum fliegen, haben wir doch das Geheimnis der Schöpfung einer Weizenähre nicht entschlüsselt.

Das 21. Jahrhundert wird zweifellos durch neue Entdeckungen und wissenschaftliche Fortschritte gekennzeichnet sein. Das Überleben der Mensch-

heit hängt jedoch hauptsächlich davon ab, ob sie die Grenzen des Wachstums und die Grenzen ihrer eigenen ökologischen und demographischen Entwicklung sowie die Grenzen der Entwicklung der Ressourcen überwinden kann. Ob sie saubere Luft, Wasser und Erde für alle Menschen bewahren und zugänglich machen kann. Ob sie Hunger und Elend überwinden, eine schnellere Entwicklung und einen würdigen Lebensstandard für die weniger entwickelten Länder gewährleisten kann, und ob sie dabei unterwegs die Nachhaltigkeit der Biosphäre nicht endgültig zerstört.

Selbst wenn wir mit den uns heute so beunruhigenden zur Neige gehenden Energieressourcen fertig werden und Öl und Gas durch ein neues Blut für die Wirtschaft ersetzen, so können wir doch niemals Wasser und Brot durch irgendetwas anderes ersetzen. Und die Notwendigkeit, jeden Tag eine immer größer werdende Bevölkerung unseres Planeten zu ernähren, können wir nicht abschaffen.

Je weiter das neue Jahrhundert fortschreitet, desto mehr werden die globalen Prozesse durch das ökologische und biologische Überleben der Menschheit bestimmt werden. Durch das Fehlen neuer, nicht erschlossener Flächen und durch die Grenzen ihrer Nutzung. Durch demographische Grenzen. Durch die sich verstärkende Konkurrenz um den Zugang zu fruchtbarem Boden und sauberem Wasser.

Diese Prozesse können weitere Kriege, wirkliche oder kalte, lokale Kriege oder Weltkriege zur Folge haben. Sie können aber auch umgekehrt eine neue

technologische Revolution in der Landwirtschaft hervorbringen, die diesen Krieg beendet oder verhindert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist sowohl das eine als auch das andere möglich.

Für uns ist es jedoch äußerst wichtig, dass bei diesen globalen ökologischen und demographischen Gegensätzen bei der Neuaufteilung des Planeten Russland eine besondere und schwierige Rolle zukommt. Infolge seiner natürlichen Reichtümer, seiner riesigen Land- und Bodenressourcen und seiner weltweit größten Süßwasservorräte, steht unser Land unvermeidlich im Zentrum des Kampfes. Ein Kampf, der noch erbitterter werden wird, in dem Maße wie sich das bereits schon heute sehr gefährliche Gefälle des „Bevölkerungsdrucks“ vergrößern wird – die Entvölkerung Russlands vor dem Hintergrund eines beschleunigten Bevölkerungswachstums unserer nahen und fernen Nachbarn.

Russland muss darauf vorbereitet sein. Es muss diese Zukunft begreifen und sich selbst verteidigen können.

DIE NEUE „GRÜNE REVOLUTION“

Bereits im Jahre 1992 wandten sich 160 führende Wissenschaftler, Nobelpreisträger, aus verschiedenen Ländern der Welt mit dem Memorandum „Wissenschaftler warnen die Menschheit“ an die internationale Gemeinschaft. Nach Einschätzung

dieser Experten wird im bevorstehenden Jahrzehnt die Nahrungsmittelknappheit zu einem der wichtigsten globalen Probleme.

Nach Einschätzung der Bevölkerungsexperten der UNO kann die Bevölkerung der Erde bis zum Jahr 2050 9–10 Mrd. Menschen erreichen. Infolgedessen werden bis Mitte des 21. Jahrhunderts weltweit 1,6 bis 5,5 Mrd. Menschen (nach pessimistischer Prognose) in Ländern leben, in denen die Norm für eine Mindestversorgung mit landwirtschaftlichen Anbauflächen von 0,07 ha Ackerland pro Kopf der Bevölkerung nicht erfüllt ist.

Ein objektives Hindernis für eine Lösung dieses Problems sind die begrenzten fruchtbaren Bodenressourcen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist die für landwirtschaftliche Produktion geeignete Landfläche auf der Welt praktisch nicht größer geworden. Trotz des großen wissenschaftlichen und technischen Fortschritts, der es theoretisch zu ermöglichen schien, jene Böden mit einzubeziehen, die in der Vergangenheit als nicht geeignet für den Ackerbau galten. Doch dem war nicht so; nach den durchschnittlichen Einschätzungen ist der Anteil der landwirtschaftlichen Flächen an der Gesamtfläche im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts lediglich von 33,1 auf 35,7% des Festlandes gestiegen und der Anteil des Ackerlandes noch weniger von 10,4 auf etwas mehr als 11%.

Nach Einschätzung der gleichen Experten muss die Nahrungsmittelproduktion in den kommenden Jahrzehnten um ungefähr 75 Prozent erhöht wer-

den, um die menschliche Zivilisation nicht in ein Schlachtfeld um ein Stück Brot zu verwandeln. Die Menschen, die von landwirtschaftlicher Arbeit leben, müssen noch effektiver arbeiten, die Bedeutung ihrer Arbeit wird wachsen, und die Früchte ihrer Arbeit müssen die Bedürfnisse einer immer größer werdenden Anzahl von Erdbewohnern zufrieden stellen.

Aber wie soll das erreicht werden, wenn schon heute der Hunger eines der wichtigsten Probleme auf der Welt ist? Wiederum nach Angaben der UNO haben von 1999 bis 2005 bereits mehr als 850 Millionen Menschen auf der ganzen Welt gehungert.

Die ersten Versuche für eine Lösung dieser Widersprüche wurden bereits in den 1960er Jahren unternommen. Damals begann auf der Welt die so genannte **grüne Revolution**. Sie bestand im Wesentlichen aus der Entwicklung neuer Massentechnologien für die Landwirtschaft, einer Steigerung der Produktivität bei der landwirtschaftlichen Arbeit und des Ertrags der angebauten Kulturen, dem Einsatz chemischer Mittel in der Landwirtschaft, der Anwendung neuer technischer Verfahren, dem Einsatz neuer Weizensorten und anderer Kulturen sowie einer Politik zur gesteigerten Fruchtbarkeit der Böden.

Damals konnten mit dem von der Regierung in Mexiko eingeführten Programm zur Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft unglaubliche Ergebnisse erzielt werden. Das Land verwandelte sich von einem Getreide-Importeur zu einem Getreide-

de-Exporteur. Anschließend wurde dieses Programm für eine verbesserte landwirtschaftliche Produktion auf Indien und Pakistan ausgedehnt, wo es gelang, das Hungerproblem für ungefähr eine Milliarde Menschen zu lösen. Ein weiteres Resultat der „grünen Revolution“ war die verbesserte Nahrungsmittelversorgung in Südamerika und Südostasien sowie in weiten Teilen Afrikas.

Der amerikanische Wissenschaftler Norman Borlaug, der diese Strategie der „grünen Revolution“ mit anderen entwickelt hatte, erhielt 1970 den Friedensnobelpreis. Dabei versteht es sich von selbst, dass Borlaug diesen Preis gar nicht deshalb bekommen hat, weil es keinen Nobelpreis für Landwirtschaft gibt.

Heutzutage kommen einem die Ergebnisse der „grünen Revolution“ jedoch nicht mehr so offensichtlich vor, und ihr Effekt ist etwas verpufft. Nach internationalen Forschungen hat die Steigerung des Getreideertrags von 1950 bis 1984 tatsächlich das Bevölkerungswachstum auf der Erde wesentlich übertroffen. Die Pro-Kopf-Produktion von Getreide ist in diesem Zeitraum um ein Drittel gestiegen: von 247 auf 342 Kilogramm Getreide im Jahr.

In den Folgejahren war allerdings bereits eine gegenläufige Entwicklung zu verzeichnen. Gegen Ende der 1990er Jahre sank der Pro-Kopf-Ertrag der Weltbevölkerung bis auf 317 Kilogramm pro Jahr.

So hat das Bevölkerungswachstum im globalen Maßstab erneut die Möglichkeiten zur weiteren Stei-

gerung der weltweiten Nahrungsmittelproduktion übertroffen. Dieses Missverhältnis fällt auf regionaler Ebene noch deutlicher ins Auge: die Spitzen des Bevölkerungswachstums (Südostasien, Afrika) fallen nicht mit den Spitzen der Produktionssteigerung von Nahrungsmitteln (Nordamerika, Europa, Ozeanien) zusammen.

Auf der Tagesordnung steht jetzt bereits die zweite Welle der „grünen Revolution“. Ihr Inhalt und ihre Folgen werfen jedoch weit mehr Fragen auf, als man seinerzeit Borlaug im Zusammenhang mit dem Einsatz chemischer Mittel bei der Agrarproduktion, der Verwendung von Pestiziden und von schwerem landwirtschaftlichem Gerät sowie der drohenden Bodenerosion stellte.

Der Kernpunkt dieser neuen Welle der „grünen Revolution“ und die „Geißel“ des 21. Jahrhunderts ist die Anwendung der **Gentechnologie** in der Landwirtschaft.

Transgene landwirtschaftliche Produkte werden heute in mehr als 40 Ländern in industriellem Maßstab oder experimentell angebaut. In den letzten zehn Jahren erhöhte sich nach einigen Einschätzungen die Gesamtbodenfläche, auf der solche Produkte angebaut werden, um mehr als das 30fache.

Wobei die Entwicklung des Genengineering in der Landwirtschaft immer verschlungener wird. Es treten Pflanzen in Erscheinung, die Gene nicht nur aus anderen Pflanzen, sondern auch aus Fischen und Insekten enthalten.

Und obwohl mit den genmodifizierten Erzeugnissen viele Probleme gelöst, mehr Nahrungsmittel hergestellt und sogar einzelne Krankheiten bekämpft werden können, ist die potenzielle Gefahr solcher eigenartigen Gemische aus Fisch und Gemüse für die Gesundheit des Menschen doch sehr groß. Denn niemand hat auch nur die geringste Ahnung davon, wie sich in einigen Jahren oder Jahrzehnten diese, mit Verlaub gesagt, „Kost“ im Organismus eines jeden von uns „äußern wird“.

Keineswegs geringer sind die Gefahren für die Umwelt durch mögliche Folgen der genmodifizierten Herstellung. Viele Wissenschaftler sind der Meinung, dass der Einsatz von Erzeugnissen mit veränderten Merkmalen die biologische Vielfalt der Arten gefährdet, da die genmodifizierten Pflanzen ihren natürlichen Artgenossen buchstäblich den Platz unter der Sonne wegnehmen.

Schließlich kann man nicht ausschließen, dass die Weiterentwicklung der Gentechnologie solche Erzeugnisse sogar in eine **lenkbare biologische Waffe** verwandeln kann. Berücksichtigt man die weltweit verbreitete terroristische Gefahr, ist die Perspektive, dass Gegensätze des 21. Jahrhunderts auf diesem Wege beigelegt werden, nicht nur durch einen offenen, sondern auch durch einen versteckten Einsatz von Biotechnologien, sehr Furcht erregend.

Nicht weniger problematisch für die Agrarentwicklung auf der Welt sind neben der Technologie auch die Menschen selbst. Die Politik einzelner Staaten.

Im Jahre 1998 wurde der Nobelgedenkpreis für Wirtschaftswissenschaften dem bekannten englischen Ökonomen, Philosophen und Soziologen indischer Abstammung Amartya Sen für seinen Beitrag zur Theorie der Wohlfahrtsökonomie verliehen. Seine Arbeiten zeigten, dass ein Großteil der Schuld für den Hunger in den Ländern den Regierungen der hungernden Länder zuzuschreiben ist, ihrer Sozialpolitik und ihrer Verteilungspolitik von Nahrungsmitteln. Es stellte sich heraus, dass es große Armut und hungernde Massen selbst bei hoher und wachsender Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen geben kann.

Die Schuld hierfür ausschließlich den Regierungen der armen Länder zuzuweisen, wäre jedoch ebenfalls nicht richtig. Die Landwirtschaftspolitik der führenden Länder der Welt spielt hier eine gleiche, wenn nicht eine größere Rolle.

So ist der Gesamtumfang der jährlichen Subventionen für die Landwirtschaft in den Ländern der Europäischen Union größer als das Bruttoinlandsprodukt aller afrikanischen Länder. Im Preis der westlichen Landwirtschaftsprodukte ist der Umfang der Subventionen unterschiedlich, jedoch unverändert hoch.

Dieses System gibt den westlichen Landwirten nicht nur eine wirtschaftliche Garantie, sondern sichert auch die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen für die Belieferung des Binnenmarktes. Wenn die entwickelten Länder die landwirtschaftliche Binnenproduktion unterstützen und subven-

tionieren, werden die Überschüsse in die Entwicklungsländer gesandt. Ein derartiger Außenhandel ist nur sehr bedingt freiwillig und frei.

Dafür gibt es einen einfachen Grund. Nach den Angaben des Instituts für Landwirtschaft und Handel der USA werden Waren wie Mais, Sojabohnen, Baumwolle, Weizen und Reis von den entwickelten Ländern auf dem Weltmarkt für einen Preis verkauft, der unter den tatsächlichen Produktionskosten liegt. Und manchmal kann man diese Erzeugnisse völlig kostenlos als Nahrungsmittelhilfe von den westlichen Ländern erhalten.

In den meisten Ländern, in denen diese Situation tägliche Norm ist, können sich kleine Landwirtschaftsbetriebe und große Unternehmen nicht mehr selbst tragen, Dünger und Material bezahlen und sind gezwungen, ihre Produktion einzustellen und das Land zu verkaufen. Die edelmütige „rettende“ Nahrungsmittelhilfe aus dem Ausland erweist sich als Sprengsatz mit verzögerter, aber nicht ausbleibender Wirkung gegen die nationale Wirtschaft.

Das heißt, die westlichen Staaten subventionieren nicht nur ihre Bauern, sondern vernichten außerdem noch im Keim eine normale Agrarproduktion in den Entwicklungsländern. Dies ist für eine Kontrolle des globalen Marktes und den Erhalt der zukünftigen Absatzmärkte auch erforderlich. In nicht geringerem Maße wird außerdem die politische Kontrolle über andere Staaten gewährleistet. Zumindest gibt es ein Potential für den Einsatz der Agrarwaffe bei der Einbeziehung des Staates in die

Einflussosphäre seiner internationalen Politik oder die Umwandlung des einen oder anderen Landes in einen „Schurkenstaat“ oder einen „gescheiterten Staat“.

Unter bestimmten Umständen oder zu bestimmten Zeiten kann eine solche Waffe sogar mächtiger sein, als die Bedrohung durch einen Raketenangriff oder durch eine direkte militärische Invasion.

Eigentlich wirkt diese Logik bereits heute. Als oberste Priorität der Außenwirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten wird offiziell die Erschließung neuer Märkte für amerikanische Waren, eine Expansion und die Marktbeherrschung erklärt. Russland ist übrigens einer dieser „neuen Märkte“ und dabei äußerst attraktiv.

Entsprechend dieser Außenwirtschaftsideologie, die eigentlich eine außenpolitische Ideologie ist, müssen die meisten Verbraucher amerikanischer Waren nicht in den USA, sondern im Ausland leben. Und für die amerikanische Regierung sind dies nicht nur erklärte Ziele, sondern aggressive Staatspolitik. Eine globale Handelspolitik, welche die Auslandsmärkte bei Bedarf nicht nur durch gutes Zureden, sondern auch mit einem „Büchsenöffner“ erschließen kann. Eine Politik der methodischen Ausweitung von Exportmöglichkeiten für seine Produzenten, einschließlich und mitunter gar an erster Stelle für seine Produzenten in der Landwirtschaft.

Die Bedeutung dieser Politik wird durch Zahlen anschaulich demonstriert. Der Export landwirt-

schaftlicher Erzeugnisse der USA beträgt ungefähr 60 Mrd. Dollar jährlich. Der Rüstungsexport der Vereinigten Staaten beträgt im besten Fall 12–15 Mrd. Dollar jährlich.

Alles bisher Gesagte zeigt, dass die Rolle der Landwirtschaft als weltweiter Wirtschaftszweig heute wächst. Und zwar rasant. Hierbei handelt es sich auch noch um ein qualitatives Wachstum und die Anzahl der Probleme, die die Agrarpolitik im 21. Jahrhundert lösen muss, ist enorm. Nicht geringer scheinen auch die neuen Herausforderungen der Menschheit, die diese Politik hervorruft.

Unter diesen Bedingungen werden Stabilität und Effektivität der nationalen Landwirtschaft in Russland nicht nur zu einer Frage der globalen Konkurrenzfähigkeit des Landes, sondern zu einer Schlüsselfrage für die Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität und der nationalen Sicherheit.

Sich von der Welt abzukapseln ist sowieso unmöglich. Die Verbreitung der Vogelgrippe in Russland im Jahre 2005 oder beispielsweise die veränderte Konjunktur auf dem russischen Nahrungsmittelmarkt nach dem Hurrikan „Katrina“ in den USA haben anschaulich gezeigt, dass wir uns bereits mitten in einer globalen Agrarentwicklung befinden.

Das heißt, für uns ist es an der Zeit, uns nicht nur aus alter Tradition zum Beispiel beim Rüstungsexport mit den USA zu vergleichen. Es ist außerdem an der Zeit darüber nachzudenken, warum zum Beispiel unser Export von landwirtschaftlichen Produkten trotz

unseres großen Agrarpotentials nur etwa 8–10 % des Exports der Vereinigten Staaten ausmacht.

Dabei sollten diese Überlegungen in konkrete Taten und staatliche Entscheidungen münden, in eine Präzisierung der entsprechenden Prinzipien für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik.

Darüber hinaus muss daran gedacht werden, dass in einer globalisierten Welt die Kultivierung der Landwirtschaft außerdem eine der Möglichkeiten ist, die nationale Identität zu erhalten. Der Stil und die Methoden der landwirtschaftlichen Produktion, das traditionelle Handwerk und Gewerbe, die einheimischen Produkte, das Land und seine Arbeiter waren und bleiben das Bindeglied zwischen der kulturellen und historischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eines Volkes und jeder Nation.

Nicht zufällig ist heute der so genannte „Agrotourismus“, der „Dorftourismus“ einer der am schnellsten wachsenden Wirtschaftszweige der Welt. Dabei handelt es sich vorwiegend um „Inlands-“Tourismus für die Bürger des eigenen Landes. Dieser Tourismus entwickelt sich zu einer der Quellen für die Wiederherstellung der nationalen Kultur und Identität.

Wenn heute zum Beispiel Japaner massenhaft in den russischen Fernen Osten kommen, um zu lernen, wie man Kohl einlegt, so ist das gleichzeitig in gewissem Sinne ein größerer „Friedensvertrag“ zwischen unseren Ländern, als ein formales zwischenstaatliches Dokument.

RUSSLANDS AGRAR-GEOPOLITIK

„Die Geschichte Russlands ist die Geschichte eines Landes, das kolonisiert wird,“ schrieb Kljutschewski. „Das Gebiet der Kolonisation wurde gemeinsam mit seinem staatlichen Territorium ausgeweitet. Diese jahrhundertealte Bewegung des Auf- und Niedergangs setzt sich bis in unsere Tage fort.“ Dieses Gesetz der Entwicklung des Landes, das in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts formuliert wurde, hat auch noch heute eine enorm große Bedeutung.

Selbst im 21. Jahrhundert ist die Erschließung des russischen Territoriums nicht abgeschlossen und gehört zu den wichtigsten Aufgaben für eine Entwicklung des Staates. Denn der Erhalt der territorialen Integrität bedeutet gerade in der heutigen Welt die Fähigkeit zur **„Kolonisation“, zur Kultivierung und Entwicklung seiner Ländereien**. Die Fähigkeit, mutig und effektiv über seine Reichtümer zu verfügen.

Wenn sie das nicht tun, werden es andere tun. Sobald Russlands Territorium oder einzelne Teile davon seinen Besitzer, seinen Landwirt oder seinen Arbeiter verliert, hört der Staat selbst auf zu existieren.

Vor dem Hintergrund einer weltweiten Bevölkerungsexplosion stehen wir vor dem großen Problem einer Entvölkerung. In den kommenden Jahrzehnten riskiert Russland, sich in einen „leeren Raum“ zu

verwandeln und zum Objekt der Expansion anderer Länder zu werden. Wenn es Russland nicht gelingt, seine territoriale Einheit tatsächlich zu erhalten, so führt dies zu einem großen Drama, und zwar nicht nur für seine eigenen Bürger.

Gegenwärtig ist die Bevölkerung unseres Landes äußerst ungleich über das ganze Territorium verteilt, und Russland ist insgesamt ein schwach bevölker-tes Land (die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt 8,9 Einwohner pro Quadratkilometer). Während die Bevölkerungsdichte des europäischen Teils von Russland noch mit vielen entwickelten Ländern vergleichbar ist (hier ist sie ungefähr die gleiche wie in den USA), so leben im asiatischen Teil, der 75% des Landesterritoriums ausmacht, nur 22% der Bevölkerung, und die Bevölkerungsdichte ist überaus niedrig. Das demographische Potential Sibiriens und des Fernen Ostens ist offensichtlich nicht ausreichend, um die dortigen natürlichen Reichtümer zu erschließen oder überhaupt nur eine wirtschaftliche, soziale und kommunale Infrastruktur zu schaffen, nicht einmal innerhalb der Grenzen des so genannten Hauptbesiedelungsstreifens, der sich wie ein enger werdender Keil längs der Transsibirischen Eisenbahn erstreckt.

Die drohende Zerstückelung Russlands und die drohende Kolonisation seines östlichen Territoriums durch andere Völker ist in hohem Maße eine Abbildung der Besonderheiten der asiatischen Regionen des Landes, einschließlich der ländlichen Entwicklung. Die Agrarproduktion im

westlichen Teil Russlands hat sich insbesondere im Nichtschwarzerdegebiet eher intensiv entwickelt, wohingegen der Osten eher eine Zone der extensiven Bodenbearbeitung war. Die wichtigste Bedingung für eine landwirtschaftliche Erschließung der östlichen Territorien war zu sowjetischer Zeit die staatliche Politik einer Umverteilung der Migrationsströme nach Osten für die Erschließung Sibiriens und des Fernen Ostens. Mit dem Zerfall der Sowjetunion endete die Regulierung der Migrationsbewegungen, die staatliche Unterstützung für die Kolonisation versiegte, und eine ausreichende Infrastruktur für die Erschließung des Raumes war nicht geschaffen worden. Und die „Urbarmacher des Neulandes“, die auf den östlichen Ländereien noch nicht Fuß gefasst hatten, bewegten sich in umgekehrter Richtung.

Das Problem liegt jedoch nicht nur darin, dass bei anhaltender Tendenz der Entvölkerung in Ostsibirien und im Fernen Osten und des unverändert niedrigen Lebensstandards dort Russland unweigerlich die Souveränität über diese Regionen verlieren wird. Ähnliche Prozesse drohen letztendlich auch dem restlichen Landesterritorium. Wir nehmen sie nur weniger wahr, und sie werden im Vergleich zum Fernen Osten und der Bedrohung von außen durch benachbarte Staaten weniger politisiert.

Gegenwärtig beträgt selbst nach offiziellen Angaben beispielsweise die Anzahl der ländlichen Siedlungen in Russland ohne ständige Einwohner 13 000, das ist ungefähr 10% der Gesamtzahl. **Drei**

Viertel dieser sterbenden Ansiedlungen befinden sich in den Wirtschaftsregionen Zentrum und Nordwest. Das heißt im historischen Zentrum des Landes. Und wenn daraus das Leben entweicht, was für eine Zukunft kann dann Russland haben?

Zusätzlich verliert Russland sein Land- und Agrarpotential. Und verliert es dabei ganz bewusst. Dieser Prozess hat bereits zu sowjetischer Zeit begonnen und sich nach dem Zerfall der UdSSR noch verstärkt. Wurden 1960 von landwirtschaftlichen Produzenten auf dem Gebiet der RSFSR 227 Mio. ha landwirtschaftliche Flächen genutzt, so waren es im Jahre 1990 nur noch 222 Mio. ha und im Jahr 2003 noch 220 Mio. ha. Noch deutlicher verringerten sich die Ackerflächen: von 133 Mio. ha im Jahre 1960 auf 132 Mio. ha 1990 und lediglich 117 Mio. ha im Jahre 2003. Die gesamte Anbaufläche sank im Zeitraum von 1990 bis 2003 um 33 Mio. ha. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt befinden sich diese Kennzahlen auf einem noch niedrigeren Niveau, denn die Verödung von Ländereien und die Umwandlung von landwirtschaftlicher Fläche in andere Kategorien setzt sich auch gegenwärtig aktiv fort.

Und all dies geschieht vor dem Hintergrund einer weltweiten Suche nach Ressourcen für die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion. Einer Suche nach neuem Land. Ich wiederhole nochmals, die Zeit ist nicht fern, in der die Verschwendung von Millionen Hektar Ackerland und landwirtschaftlicher Flächen nicht nur dumm ist, sondern auch gefährlich wird.

Die für eine Erschließung geeignete Ackerlandfläche in Russland beträgt 10% aller weltweiten Reserven an produktivem Ackerland. Dieses „goldene Landkontingent“ bleibt nicht unerschlossen. Die Natur duldet keine Leere. Der künftige globale Kampf um Raum zum Leben duldet sie noch weniger.

Angesichts dieser Probleme muss daran erinnert werden, dass die Rolle der Landwirtschaft und der Erschließung von ländlichen Gebieten des Staates eine Schlüsselrolle ist. Selbst wenn wir nur flüchtig in die Geschichte Russlands blicken, sehen wir, dass die bäuerliche Kolonisation des Landes, die Erschließung neuer Gebiete und Regionen durch Bauern und Kosaken schon immer eine mächtige Quelle zur Festigung und Entwicklung des russischen Staatswesens war. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde die vom Staat begünstigte bäuerliche Expansion nach Sibirien von Stolypin als wichtigstes Element für die Entwicklung des Kapitalismus in Russland angesehen, ebenso wie für die Lösung des Problems der bäuerlichen Landarmut und des Gemeinschaftseigentums.

Für diese historischen Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten gibt es eine einfache logische Erklärung. Die Landwirtschaft garantiert durch ihre große territoriale Dezentralisierung und ihre geringe Produktionskonzentration die Besiedlung eines großen Staatsterritoriums. Eine Besiedlung des Territoriums und die Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Produktion auf diesem Territorium effektiv zu organisie-

ren, begünstigt das Entstehen von Kommunikation und ermöglicht es, die Randgebiete des Landes mit den zentralen Gebieten zu verbinden.

Die Regionen sozial und durch Infrastruktur zu erschließen, ist in Wirklichkeit der Hauptmotor für die Entwicklung und Festigung des Staates. Jedem „Geopolitiker“ ist doch bekannt, dass das beste und effektivste Mittel für den Erhalt eines Staates und seiner Souveränität eine reiche, prosperierende und zahlreiche Bevölkerung ist, die auf ihrem Land arbeitet.

Angeichts der heutigen Probleme und Aufgaben für eine Neuentwicklung des Kapitalismus in Russland, einschließlich des Kapitalismus auf dem Lande und in der Landwirtschaft, müssen diese Prinzipien gründlich beherrscht werden. Unsere Regierung muss zum Beispiel endlich begreifen, dass ein sich ausbreitendes und gut entwickeltes Netz von Land- und Dorfstraßen nicht nur eine alternative Beschäftigung auf dem Dorf ist, nicht nur Handel und Dienstleistung fördert, die Entwicklung eines Agrartourismus ermöglicht oder garantiert, dass der „Rettungswagen“ rechtzeitig ankommt. Es hat noch eine ganze Reihe anderer, wichtigerer Folgen und Vorteile für die innere Geopolitik des Staates.

Gemeinsam mit den Straßen entwickelt sich die gesamte Infrastruktur: das Nachrichtenwesen, die Gasversorgung und der Wohnraum. Es entstehen Möglichkeiten, um einen weiteren qualifizierten Arbeitsmarkt zu schaffen und die Mobilität der arbeitenden

Bevölkerung zu erhöhen. Es entstehen neue Räume für eine intensivere oder eine komplette Erschließung von schwer zugänglichem oder bereits früher aufgegebenem Land. Um ganz einfach die Kontrolle über das Territorium des eigenen Landes zu verbessern.

Schließlich führt die Entwicklung der Infrastruktur direkt zu einer Verringerung der landwirtschaftlichen Produktionskosten, zur Steigerung der Marktfähigkeit der Landwirtschaft, zur Schaffung neuer Märkte und zur Konkurrenzfähigkeit unserer Bauernschaft in der globalen Geowirtschaft.

Letzten Endes wird ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum für das ganze Land gefördert. Es werden günstige Bedingungen für die Dorfentwicklung und das Dorfleben und damit für sein Gedeihen geschaffen. Es dient der nationalen Sicherheit und der Integrität des Staates.

Ehrlich gesagt, ich weiß nicht, was man noch sagen soll, um die Dummköpfe, das eine Übel Russlands, davon zu überzeugen, endlich damit anzufangen, das zweite Übel zu bewältigen – Straßen zu bauen.

Heute muss auf staatlicher Ebene unbedingt das Bewusstsein vorhanden sein, dass die Agrarpolitik nicht nur eine Politik für die Entwicklung eines Wirtschaftszweiges ist. Sie ist in hohem Maße auch eine Politik für den Erhalt und die Erschließung des Staatsterritoriums. **Eine Politik für die Erhaltung des Landes und für die Erhaltung des Volkes.** Eine Politik der nationalen Sicherheit.

Andernfalls wird sich in Russland der traurige und tragische Prozess fortsetzen, bei dem sich

dauerhaft eine konstante und unüberwindliche ländliche Armut bildet. Im Inneren des Landes werden „Regionen der Dritten Welt“ wachsen und sich mehren, eine Art schwarzer Löcher im sozialwirtschaftlichen und politischen Gewebe unserer Gesellschaft.

Und mit jedem neuen Zyklus: „ineffektive Landwirtschaft und Infrastruktur – Armut der Menschen – Rückgang der Dorfbevölkerung“ werden sich in diesen „ländlichen Ghettos“ die Hoffnungen Russlands auf Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit im 21. Jahrhundert in Luft auflösen. Um zu verstehen, was das bedeutet, genügt es, auf die vielen Länder Asiens und Afrikas zu blicken. Sie kämpfen gleichzeitig gegen den Hunger, die Armut und gegen Bürgerkriege und bitten dabei die westlichen Länder ständig um Hilfe.

Damit all dies bei uns nicht geschieht, muss Russland das wirklich fundamentale soziologische Problem erkennen und lösen und sicher stellen, **dass die Menschen ins Dorf zurück kehren**. Und dabei muss Russland begreifen, dass die Urbanisierung und das Wachstum der Städte im Verlauf von Jahrhunderten für jede moderne Gesellschaft ein natürlicher Prozess war. Dass der Anteil der Landbevölkerung in Russland in den letzten hundertfünfzig Jahren von 85 auf 25% gesunken ist, und dies ein wirtschaftlich objektiver Prozess ist.

Aufgrund der verzerrten „industriellen Mobilisierung“ erschien uns das Leben auf dem Lande praktisch gleichbedeutend mit einer Beschäftigung in der

Landwirtschaft. Infolgedessen wird die strukturelle Veränderung des Agrarsektors und die geringere Beschäftigung in diesem Sektor auch noch heute als Prozess verstanden, der gleichbedeutend mit einer Verringerung der Gesamtzahl der Einwohner auf dem Land ist.

Dem ist jedoch nicht so. Und dem sollte auch aus Sicht der sozial-ökonomischen und geopolitischen Interessen für eine Entwicklung des Landes nicht so sein. Die Aufrechterhaltung der notwendigen ländlichen Kolonisation des russischen Territoriums, die Abwendung eines hypertrophen Wachstums der Städte, die Schaffung von qualifizierten Modellen für eine Beschäftigung außerhalb des Agrarsektors und für das Leben auf dem Land sind für das heutige Russland äußerst wichtige Aufgaben. Aufgaben der staatlichen Politik. Und für ihre Lösung muss auf staatlicher Ebene ein umfassendes Programm für eine Wiederbelebung des russischen Dorfes formuliert und realisiert werden.

Zu sowjetischen Zeiten gab es die zur Genüge bekannte Losung "Angleichung von Stadt und Dorf". Allerdings geht es hier nicht nur darum, auf dem Land einen mit der Stadt vergleichbaren Lebensstandard und das gleiche Einkommensniveau der Bevölkerung zu schaffen. Es ist außerdem in erster Linie notwendig, eine völlig andere Lebensqualität und Komfort auf dem Dorf zu schaffen. Den Menschen, die auf dem Dorf leben, umfassende Möglichkeiten für ihre Selbstverwirklichung zu garantieren. Dabei betone ich nochmals: für die Selbstverwirklichung

nicht nur in der Agrarproduktion sondern auch auf jedem anderen Gebiet.

Das ländliche Leben hat in unserer Zeit eine ganze Reihe offensichtlicher und wertvoller, ökologischer und psychologischer Vorteile.

In der modernen Welt sind dies wichtige Faktoren für das soziale Selbstverständnis des Menschen. Und es gibt allen Grund anzunehmen, dass bei sonst gleichen Bedingungen genau diese Vorteile des Landlebens viele Menschen dazu bewegen könnten, in ein Dorf umzuziehen und sich vor den Zwängen der Megastädte in das „einstöckige“ Russland in den Vororten und auf dem Land zu retten.

Ähnliche Prozesse beginnen heute in den Ländern Europas. Der Lebensstandard und die Qualität der Infrastruktur auf dem Land sichern hier den notwendigen Komfort und den Raum für die Selbstverwirklichung des Menschen. Ein Leben in der Stadt ist dafür keine notwendige Bedingung mehr.

Auch wir müssen heute nicht nur die wirtschaftlichen Bedingungen für ein Leben in der Stadt und im Dorf „angleichen“, sondern die gesamte Infrastruktur des Lebens sowie die Qualität des „Lebensumfelds“. Eine zahlreiche ländliche Mittelklasse, zahlreiche „ländliche Bourgeois“, das ist es, was wir heute vor allen Dingen brauchen. Um mit den Worten Puschkins zu sprechen, müssen wir das Dorf von neuem in einen „Hort der Ruhe, des Schaffens und der Begeisterung“ verwandeln.

Vor kurzem erklärte China, dass es bis zum Jahr 2010 beabsichtigt, seine ländlichen Gegenden gründlich zu modernisieren. Insbesondere die ländliche Armut völlig abzuschaffen. Hierfür werden riesige Ressourcen aufgewendet. China beabsichtigt nicht nur, das Einkommensniveau der Bauern anzuheben, sondern außerdem neue Agrartechnologien einzuführen, die Ökologie auf dem Land zu verbessern, Straßen zu bauen, die Menschen neu auszubilden und die Möglichkeiten auszuweiten, in ländlichen Ortschaften eine Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft auszuüben. Zweifellos werden die Chinesen ihr Ziel erreichen: in den letzten fünfzehn Jahren ging die ländliche Armut in China bereits auf weniger als ein Fünftel zurück.

Ein tatsächlich seltenes Beispiel dafür, dass es sich für uns wirklich lohnte, uns an die Losung „einholen und überholen“ zu erinnern. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass die Kehrseite dieser chinesischen Strategie ein Anreiz für die Migration chinesischer Bauern ist. Einschließlich der Migration nach Russland.

VERSUCHTER MORD

Die Kurzsichtigkeit der Agrarpolitik im heutigen Russland zeigt sich insbesondere auch im Problemkontext des Beitritts unseres Landes zur Welthandelsorganisation (WTO). Unser Kapitalismus

auf dem Lande wird nicht nur mit der radikalen Transformation der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten auf internationaler Ebene konfrontiert. Und gerät nicht nur in ernsthafte Abhängigkeit von den globalen Prozessen. Er befindet sich nun auch im Brennpunkt einer neuen außenpolitischen Rivalität der Staaten, die die Konkurrenzfähigkeit der russischen Wirtschaft auf den Prüfstand stellt.

Die Erweiterung der WTO ist de facto eine Expansion bzw. die Eingliederung neuer Mitglieder nach Regeln und Prinzipien, die von den ersten Staaten, die der WTO beitraten, aufgestellt wurden. Bei den multi- und bilateralen Verhandlungen wenden die derzeitigen Teilnehmer des internationalen Handelssystems aktiv Druckmittel gegen die Bewerber für eine Mitgliedschaft in der Organisation an.

Russland spürt diesen Druck nicht weniger, sondern sogar mehr als viele andere Länder. Denn die Angst vor unserem Wirtschaftspotential auch im Agrarsektor bringt andere Staaten dazu, sich durch die Aufstellung schwerster und härtester Bedingungen für uns „abzusichern“.

Hier ein paar Zahlen: Ursprünglich betrug die von unserem Land beim Beitritt zur Welthandelsorganisation beantragten Gesamtbeträge für die staatliche Unterstützung des ländlichen Raums bzw. des Agrarsektors 83 bzw. 1,6 Mrd. Dollar. Heute sind unsere Mittelanfragen auf klägliche 10 Mrd. Dollar für die Unterstützung des ländlichen Raums und ca. 160 Mio. Dollar für die Exportförderung geschrumpft.

Der harte Druck der WTO-Mitgliedsländer ist auch in der Frage der Prioritäten für die Verwendung der von Russland beantragten Mittel zu spüren. Die WTO-Länder bestehen auf einer vorrangigen Verwendung dieses Betrags für die Entwicklung zweitrangiger ackerbaulicher und viehwirtschaftlicher Sektoren und treten damit offen für eine Beschränkung des Exportpotentials Russlands in den wichtigsten landwirtschaftlichen Warenkategorien (Getreide und Ölfrüchte) ein.

Eine derartige Politik der Akteure des Weltagrarmarkts gegenüber Russland verwundert indes nicht sonderlich, denn wir erleben nicht zum ersten Mal das Schreckgespenst des „russischen Bären“ und den Wunsch, ihn zu bändigen.

Unverständlich ist etwas anderes: warum und weshalb nimmt unsere Regierung gewaltige Opfer für die Volkswirtschaft in Kauf, um diesem „Terrarium der Freunde“ des Freihandels anzugehören? Warum verhandelt sie nicht bis zum Letzten, wie es eben China getan hat? Aber warum gleich China. Sogar die Mongolei hat es vor einigen Jahren gemeinsam mit ein paar anderen Ländern fertig gebracht, harte und in vieler Hinsicht durchaus erfolgreiche Verhandlungen zu führen, um die Vergabe von Vorzugskrediten für Agrarproduzenten sowie staatliche Subventionen für die Agrarproduktion und den Kauf von Landmaschinen beibehalten zu können.

Wir tun das nicht. Letztlich steht am Beispiel der Landwirtschaft die krankhafte „Beitrittswut“, der einer besseren Verwendung würdige „politische

Wille“ der Föderationsregierung in offensichtlichem Widerspruch zur ökonomischen Logik.

Für unseren ländlichen Raum in seinem derzeitigen Zustand stellt der forcierte Beitritt zur WTO nicht nur eine ernste Bedrohung dar. Eben der Landwirtschaft und den an den ländlichen Raum gebundenen Industriezweigen dürften von allen Wirtschaftsbranchen unseres Landes die größten Kosten aufgebürdet werden.

Nach Berechnungen des russischen Landwirtschaftsministeriums und der Russischen Akademie der Agrarwissenschaften führt der Beitritt Russlands zur WTO zu einer Verringerung des russischen Anteils am weltweiten Export von 1,3 auf 1% bei einer gleichzeitigen Steigerung des Importanteils von 1,9 auf 2,3%.

Insgesamt beläuft sich das Gesamtrisiko einer Minderung der Konkurrenzfähigkeit des russischen Agrarsektors auf 4 Mrd. Dollar. Während ein vergleichbarer Betrag, ca. 4,2 Mrd. Dollar staatliche Unterstützung, jährlich lediglich für die Beibehaltung des derzeitigen, de facto stagnierenden Niveaus der russischen Landwirtschaft benötigt werden. Allerdings kommen heute auch diese Mittel nicht auf dem Lande an.

Die konsequent nachgiebige Position Russlands bei den WTO-Verhandlungen mutet noch befremdlicher an, wenn man berücksichtigt, dass das Ausmaß des Protektionismus und der staatlichen Unterstützung der Landwirtschaft in Russland im Vergleich zu den führenden Ländern der Welt gering ist.

Es genügt, die Jahre 1993-1995 zu betrachten, die wir den WTO-Ländern nach einer Serie unerklärlicher Zugeständnisse vorschlagen, als Berechnungsgrundlage für die zulässige staatliche Unterstützung des Agrarsektors heranzuziehen.

Der Kennwert „aggregierte Unterstützungsmaßnahmen pro Hektar Ackerland“ betrug in diesem Zeitraum in Russland 65 Dollar, in den Vereinigten Staaten 333 Dollar und in der Europäischen Union insgesamt 1587 Dollar pro Hektar. Ich wiederhole in Worten: eintausendfünfhundertsiebenundachtzig Dollar. Das bedeutet, **die Unterstützung eines europäischen Landwirts beträgt das 24fache der Unterstützung in Russland.**

Derzeit liegen die Einfuhrtarife für Agrarrohstoffe und Lebensmittel in Russland wesentlich unter denen in den WTO-Mitgliedsstaaten. Der durchschnittliche gewichtete Importzolltarif für landwirtschaftliche Erzeugnisse beträgt in Russland ungefähr 15%. In den entwickelten WTO-Mitgliedsländern liegt er um ein Vielfaches höher. Bei einzelnen Warengruppen beträgt er das Zehnfache oder mehr. Auch wenn der Einfuhrtarif bei uns zum Zeitpunkt des WTO-Beitritts geringfügig steigen soll, wird er trotzdem unter denen der Wettbewerber liegen.

Es sollte auch nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Frage der Einfuhrzölle beim Beitritt zur WTO beispielsweise für den Maschinenbau, und damit auch für den Landmaschinenbau sehr schmerzlich ist. Auch hier lassen wir uns keinerlei Spielraum. Die maximal zulässige Höhe der Tarife soll auf das

heutige Niveau, d. h. 5% für die meisten Importwarengruppen festgeschrieben werden. Das bedeutet, dass wir unseren Markt endgültig für Importmaschinen öffnen und nicht einmal versuchen, eine zeitliche Streckung auszuhandeln. Hinter einer solchen Entscheidung kann nur eine Logik stecken: die Regierung fällt über den inländischen Landmaschinenbau ihr Urteil: das Todesurteil.

Außerdem schützt niemand unsere Bauern während des Beitrittsprozesses zur WTO vor einer weiteren Verschlechterung der Situation. Nehmen wir beispielsweise das bereits abgedroschene Beispiel des Imports von Rohfleisch. 2003 wurde der zweifelsohne protektionistische Mechanismus der Einfuhrquoten eingeführt, bei dem eine schrittweise Verringerung der Quoten und Sperrzölle für über die Quote hinausgehende Rohfleischlieferungen vorgesehen war.

Aber erstens wurden keine Beschränkungen für die Verarbeitungsprodukte von Rohfleisch eingeführt. Obwohl auf der ganzen Welt versucht wird, die Einfuhr von Fertigerzeugnissen wesentlich stärker zu beschränken, als die Einfuhr eines Rohstoffs. So hindert heute niemanden etwas daran, Russland anstelle von Rohfleisch mit irgendwelchen verpackten und verarbeiteten Variationen zu überschwemmen. Und das zu de facto subventionierten Preisen, wobei die Produkte als „hergestellt in Belarus“ oder „hergestellt in der Ukraine“ und manchmal sogar als „hergestellt in Kaliningrad“ ausgegeben werden.

Und das ist noch nicht alles. Die Quoten wurden vor zwei Jahren eingeführt. 2005 macht die russische Regierung dann als weiteres politisches Zugeständnis bei den WTO-Beitrittsverhandlungen einen Schritt in die entgegen gesetzte Richtung: sie vereinbart mit den USA eine Erhöhung der Quote für amerikanische Einfuhren. Wie unter diesen Bedingungen russische Investoren ihre Geschäfte planen sollen, wie sie das nächste Mal dem Staat Glauben schenken sollen, wenn sie in die Erweiterung der viehwirtschaftlichen Kapazitäten investieren, bleibt unverständlich.

Der Schluss ist einfach: **die russische nationale Agrarpolitik ist heute sowieso eine der liberalsten der Welt.** Mit unserem Festhalten an einer möglichst kurzfristigen Integration in die WTO riskieren wir, dem Welthandelssystem strukturell absolut unvorbereitet auf den Wettbewerb beizutreten. Gleichzeitig ruinieren wir unseren Traktoren- und Landmaschinenbau, unsere Mischfutter- und Chemieindustrie sowie die Fleisch- und Milchverarbeitung.

Das logische Ergebnis dieses von Anfang an ungesunden Bestrebens unserer Regierung, zur WTO zu gehören, ist die klägliche Höhe der von Russland beantragten zulässigen Unterstützung für die Landwirtschaft. Wir feilschen um die Erlaubnis, für die Landwirtschaft 10–15 Mrd. Dollar pro Jahr auszugeben. Und kommen der Untergrenze immer näher.

Die Europäische Union, die USA und Japan operieren mit gänzlich anderen Möglichkeiten der staatlichen Finanzierung von Landwirtschaftspro-

grammen. Für die USA beträgt die zulässige jährliche staatliche Unterstützung des ländlichen Raums 30 Mrd. Dollar und für Japan 38 Mrd. Dollar. Für die Europäische Union erreicht sie fast das Zehnfache des von der russischen Seite beantragten Betrags, nämlich 90 Mrd. Dollar.

Von dem forcierten Beitritt Russlands zur WTO ist für die inländische Landwirtschaft kein offenkundiger Nutzen zu erkennen. Man kann sich beispielsweise lange die Beteuerungen unserer Regierung anhören, dass sich, wenn sich Russland selbst in den Fleischwolf des freien Welthandels begibt, für uns Außenmärkte öffnen und in die russische Wirtschaft billige „langfristige Gelder“ der westlichen Banken und Versicherer fließen.

Die Außenmärkte mit dem dort existierenden wahnsinnigen Wettbewerb müssen jedoch erst geöffnet werden. Schauen Sie doch, wie sich diese Märkte für die Neulinge aus den Ländern Osteuropas, die jüngst der WTO beigetreten sind, „geöffnet“ haben. Und unsere finanziellen Ressourcen und Subventionsmöglichkeiten für den Export sind unvergleichbar mit der in entgegen gesetzter Richtung anrollenden Importflutwelle.

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass es verfrüht ist, die westlichen Finanzmittel sofort in Form von Krediten in den ländlichen Raum zu lenken. Denn die Mentalität der russischen Kreditnehmer unterscheidet sich zu stark von der der westlichen Gläubiger. Letzteren muten „Atavismen“ der russischen Landwirtschaft, wie

das Vorherrschen von Nebenerwerbswirtschaften in der Gesamtstruktur der landwirtschaftlichen Produktion fremd oder zumindest seltsam an. Oder die riesige Verschuldung des Agrarsektors bei der öffentlichen Hand der verschiedenen Ebenen oder das Fehlen klarer Garantien für die Eigentumsrechte der landwirtschaftlichen Produzenten an dem von ihnen bestellten Land und die Abhängigkeit des Landkapitalisten von dem eigenmächtigen Handeln des sich an dem Grund und Boden festklammernden Beamten als eine Art neurussischer „Herr und Fürst“.

Nach der vollständigen Liberalisierung des Agrar- und Lebensmittelmarkts Anfang der 1990er Jahre und nach 15 Jahren chronisch unzureichender Finanzausstattung des ländlichen Raums gerät die Landwirtschaft erneut „vom Regen in die Traufe“. Auf einen neuen, übermäßig liberalen Markt der WTO ohne ernstzunehmende staatliche Unterstützung. Als Folge läuft der russische Kapitalismus Gefahr, „zu sterben, ohne jemals geboren worden zu sein“.

Doch auch danach ist der Kapitalismus in der russischen landwirtschaftlichen Produktion noch durchaus möglich. Nur wird das ein gänzlich ausländischer, westlichen Ländern gehörender Agrarsektor mit dem russischen Landwirt als billiger Arbeitskraft sein. Nichts und niemand wird dann den ausländischen Herrn daran hindern, unsere landwirtschaftlichen Nutzflächen, Getreidespeicher und Verarbeitungsbetriebe aufzukaufen.

Den Landmaschinenbau endgültig zu Grabe zu tragen. Und dann wird eben das ausländische Kapital auf dem russischem fruchtbaren Boden eine konkurrenzfähige Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse betreiben und damit die Weltmärkte erobern. Nur wird das schon nicht mehr Russland sein!

DER KAPITALISMUS AUF DEM LANDE IM HEUTIGEN RUSSLAND

Die forcierte Einbindung Russlands in den globalen Markt zu für Russland nachteiligen Bedingungen ist bei weitem nicht das einzige Problem unseres Kapitalismus auf dem Lande. Die Entwicklung unserer Landwirtschaft stößt auf zahlreiche alte sowie vergleichsweise neue ökonomische und soziale Probleme. Da sich unsere Regierung mit anderen Dingen, „interessanteren“ makroökonomischen Fragen befasst, wird der Lösung dieser Probleme sehr wenig Aufmerksamkeit zuteil.

Zwar setzt sich die Regierung heute im Rahmen des vom Präsidenten der Russischen Föderation abgesteckten Systems nationaler Projekte wenigstens etwas in Bewegung und beginnt sich der Landwirtschaft zuzuwenden. Aber trotzdem steht zu befürchten, dass die geplanten Lösungen und Maßnahmen in der Agrarpolitik unzureichend sein könnten.

Die „makroökonomische“ und „technokratische“ Wahrnehmung des Agrarsektors als lediglich einen von vielen Wirtschaftszweigen verstellt unserer Regierung den Blick für das Wesentliche. Dafür, dass

die Landwirtschaft das Fundament der nationalen Entwicklung und eine tief verwurzelte Ausgangsbasis für die soziale Konsolidierung darstellt.

1876 notierte Fjodor Michajlowitsch Dostojewski in seinem „Tagebuch eines Schriftstellers“: „Die gesamte Ordnung in jedem Land, die politische, bürgerliche, jedwede, ist immer mit dem Boden und dem Charakter des Landbesitzes im Lande verbunden. In welchem Charakter sich der Landbesitz entwickelt hat, in dem entwickelte sich auch alles andere. Wenn es bei uns in Russland jetzt irgendwo am meisten Unordnung gibt, dann im Besitz des Landes, in den Beziehungen der Besitzer zu den Arbeitern und untereinander, in dem Charakter der Bodenbearbeitung. Und solange sich das nicht einrichtet, ist kein fester Aufbau in allem anderen zu erwarten.“

Das sind die goldenen Worte unseres großen Schriftstellers und Philosophen, die in den vergangenen gut hundert Jahren kein Deut ihrer Bedeutung eingebüßt haben. Diese Worte weisen bis zum heutigen Tage auf den wahren und gebührenden Platz der Agrarpolitik bei der Lösung der strategischen Herausforderungen, die sich Russland im 21. Jahrhundert stellen, hin.

Wir müssen heute unsere staatliche Politik im Agrarsektor rasch und wesentlich stärken. Wir müssen ihr eine völlig andere Qualität und Tiefe verleihen. Und dafür ist insbesondere wichtig, die sich derzeit auf dem Lande und in der Agrarwirtschaft vollziehenden Prozesse genauer zu betrachten.

HALBWERTSZEIT

Es muss gesagt werden, dass die Wirtschaftskrise von 1998 für unsere Landwirtschaft ein großer Glücksfall war. Es war eine Krise der Rohstoffexportwirtschaft durch den jähen Verfall der Erdölpreise auf dem Weltmarkt. Und wieder trat eine historische Gesetzmäßigkeit unserer Wirtschaftspolitik zutage: erst der Wegfall des Erdöl gespeisten „Währungspolsters“ lässt den Staat an seinen eigenen Produzenten denken.

Eben damals konnten der Agrarsektor und einige weitere Branchen der Binnenproduktion wenigstens ein wenig Luft holen und dem Joch des Imports entfliehen. Durch die Abwertung des Rubels konnte die Effizienz und Konkurrenzfähigkeit der russischen landwirtschaftlichen Produktion wesentlich gesteigert werden.

In der Landwirtschaft wurde ein Wirtschaftswachstum in Gang gesetzt. In den sechs Jahren von 1999 bis 2004 betrug es insgesamt 26%. 1999–2001 wuchs der Agrarsektor um durchaus beeindruckende 5–7% pro Jahr. Die inländische Lebensmittelindustrie, die nun endlich russische Rohstoffe nachfragte und bezog, wuchs mit bis zu 14% pro Jahr noch schneller.

Das „Glück“ blieb uns, wie das eben so ist, nicht lange hold. Bereits ab 2002 begannen die Wachstumsraten der russischen Landwirtschaft mit höchstens 2% pro Jahr nachzulassen. Vor dem

Hintergrund eines Gesamtwirtschaftswachstums von durchschnittlich 6–7% bedeutete das de facto eine neue Landwirtschaftskrise.

2005 war der ganze wiederaufbauende Effekt der Abwertung von 1998 aufgezehrt. Das Importvolumen landwirtschaftlicher Erzeugnisse liegt heute bei zahlreichen Warenkategorien über den jeweiligen Werten vor der Krise. Die Wachstumsraten des Imports überflügeln die der heimischen Landwirtschaft mit ihren stagnierenden 1,5% pro Jahr wesentlich.

Klar ist, dass bei der erneuten Stagnation im ländlichen Raum die wiederum hohen Erdölpreise und wachsende Rohstoffexporte ihre Rolle gespielt haben. Mit anderen Worten: und wieder reproduzierte sich in den Prioritäten der Wirtschaftspolitik in vollem Umfang die bereits mehrfach erwähnte zyklische Alternative „Erdöl oder Brot“.

Aber es geht nicht nur darum. Das Wirtschaftswachstum in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends förderte eine ganze Reihe von inhärenten, angestammten Problemen der Landwirtschaftsbranche zutage. Nach Ansicht vieler Experten **gibt es heute in Russland keine einheitliche Landwirtschaft**. Es gibt keine einheitliche, homogene Agrarwirtschaft.

Die heutige Landwirtschaft und ihre einzelnen Sektoren leben bei uns in mehreren Dimensionen, in mehreren parallelen Wirklichkeiten zugleich. Bei einigen von ihnen kann man sagen, dass sich dort ein gesunder Kapitalismus auf dem Land

entwickelt. Andere wiederum haben häufig einen schwachen Bezug zur Wirtschaft und sind nach völlig anderen Prinzipien organisiert.

Als Besonderheit der Agrarbranche ist derzeit in erster Linie die in den letzten Jahren entstandene und von zahlreichen Fachleuten beschriebene krasse Polarisierung der landwirtschaftlichen Betriebe selbst zu nennen.

Einerseits haben das Wiederaufbau fördernde Wirtschaftswachstum der ersten Jahre dieses Jahrhunderts und die staatlichen finanziellen Sanierungsmaßnahmen für die Landwirtschaft eine „chemische Reaktion“ zum Aufbau eines gesunden Kapitalismus auf dem Land und zur Bildung eines leistungsstarken Kerns effizienter Betriebe in Gang gesetzt. Viele bestehende Betriebe wurden reorganisiert, von der Privatwirtschaft erworben, kamen in den Genuss von Investitionen und modernen Technologien. Nach demselben Schema schuf die russische Geschäftswelt auch gänzlich neue Produktionsbetriebe.

Gleichzeitig existieren jedoch in der russischen Landwirtschaft unzählige ineffiziente Betriebe weiter. Viele von ihnen sind defizitär und stehen dauerhaft am Rande des Bankrotts. Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre hat ihnen einen bösen Streich gespielt: es verlangsamte ihren Verfall und verlängerte ihre Agonie. Deshalb steht uns die Massenkrise, der „massenhafte Zusammenbruch“ der ineffizienten landwirtschaftlichen Produzenten noch bevor. Dabei darf nicht vergessen werden,

dass gerade in diesen Betrieben heute die meisten Menschen beschäftigt sind.

Ein anderes großes Problem ist die wachsende territoriale Konzentration hochproduktiver landwirtschaftlicher Betriebe. Im heutigen Russland stellen die stadtnahe Wirtschaft und die Wirtschaft der ländlichen Provinz, die Landwirtschaft im Süden des Landes, in den zentralrussischen Regionen und beispielsweise des Wolgagebiets und in Sibirien sozusagen Unterschiede wie Tag und Nacht, wenn nicht mehr, dar.

Fragt man zum Beispiel, wo die produktivsten und effizientesten Betriebe des Getreidemarkts konzentriert sind, so ist das praktisch ausschließlich der Landesbezirk Süd. Dabei verstärkt sich dieser Trend nach Forschungsergebnissen des Analytischen Zentrums der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft von Jahr zu Jahr in voller Übereinstimmung mit dem wachsenden Süd-Nord-Gefälle bei den Ernteerträgen. 2004 erreichte dieses Gefälle fast ein Verhältnis von 2 zu 1: 35–36 und mehr Doppelzentner pro Hektar im Süden des Landes und nur 18–20 Doppelzentner pro Hektar in den zentralrussischen und nördlichen Regionen.

Die führenden viehwirtschaftlichen Betriebe gehören in erster Linie zur stadtnahen Wirtschaft, die auf die Warenmärkte der Großstädte ausgerichtet ist. Alle übrigen sind praktisch nicht konkurrenzfähig, in erster Linie wohl wegen der schwach entwickelten Infrastruktur. Je größer die Entfernung zur Stadt, desto geringer ist die Versorgung mit

Straßen, Kommunikationseinrichtungen und Gas. Wirtschaftlichkeit ist unter diesen Bedingungen unmöglich.

Die Polarisierung der Wirtschaftlichkeit und der territorialen Effizienz der Betriebe führt objektiv auch zur Konzentration und Vergrößerung der Betriebe. Wie Professor Wassili Usun in seinen Studien nachwies (Allrussisches Institut für Agrarprobleme und Informatik), tritt dieses Phänomen am deutlichsten in der Vieh- und Geflügelzucht zutage, wo heute beispielsweise die 100 größten Unternehmen über 50% des Geflügel- und Schweinefleisches produzieren.

Der Getreidemarkt ist nicht so stark konzentriert, aber auch hier wuchs der Wert der Produktionskonzentration im Vergleich zur Mitte der 1990er Jahre um mehr als das Doppelte. Im selben Zeitraum verdreifachte sich dieser Wert nahezu auf dem Molkereimarkt.

Insgesamt produzieren nach denselben Studien heute 40% der finanziell gesunden landwirtschaftlichen Betriebe 75% der Warenproduktion der nationalen Landwirtschaft. Die übrigen existieren im Großen und Ganzen außerhalb des Marktes und außerhalb der Warenwirtschaft auf naturalwirtschaftlicher Grundlage. De facto außerhalb des entstehenden Kapitalismus auf dem Lande in Russland.

Nicht zu vergessen sind auch die persönlichen Nebenerwerbswirtschaften, die nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Anfang der 1990er

Jahre zur Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion und des Überlebens der Landbevölkerung avancierten. Ihre Entwicklungstrends sind ebenfalls widersprüchlich.

Bereits heute unterscheidet sich beispielsweise die Einstellung zur Datscha der Moskauer wesentlich von der der Bewohner anderer Regionen. Nach Daten des Allrussischen Meinungsforschungszentrums betrachten fast 60% der Bürger Russlands ihre Datscha eher als Versorgungsbetrieb und zusätzliche Einkunftsquelle. Bei den Einwohnern von Moskau und St. Petersburg ist jedoch der Anteil derer, die sich auf der Datscha in erster Linie erholen mit 72% besonders hoch. Vor nicht allzu langer Zeit waren die Zahlen jedoch annähernd gleich. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre bestritten fast alle Moskauer auf der Datscha ebenfalls ihr Überleben und ihre Selbstversorgung mit Lebensmitteln.

Es liegt auf der Hand, dass die persönliche Nebenerwerbswirtschaft vor dem Hintergrund des Wirtschaftswachstums des Agrarsektors und der Entstehung eines effizienten „kapitalistischen Kerns“ an Bedeutung verlieren wird. Die Verdrängung der Kartoffeläcker durch Blumenbeete auf den Datschen wird sich nicht nur in den Hauptstädten, sondern auch in den anderen Regionen vollziehen, in denen ein effizienter Agrarkapitalismus entsteht.

Und nur dort, wohin die effizienten Agroholdings und Landwirte nicht gehen, wo sich den Menschen in den landwirtschaftlichen Betrieben oder

dank neuer, alternativer Beschäftigungsformen auf dem Land keine Arbeits- und akzeptablen Verdienstmöglichkeiten bieten, bleibt die persönliche Nebenerwerbswirtschaft auch weiterhin die wichtigste Überlebensbasis der Landbevölkerung.

Alle beschriebenen widersprüchlichen Entwicklungstrends des ländlichen Raums sowie das sich vollziehende Auseinanderbrechen der einheitlichen Landwirtschaft in eine ganze Reihe von Sektoren, die miteinander nur schwach durch einheitliche Entwicklungsgesetzmäßigkeiten verbunden sind, wären kein allzu großes Problem, wenn da nicht das eine „Aber“ wäre. Der Haken der Sache liegt darin, dass **der Staat für all diese Komplexität der Entwicklung auf dem Lande keine klare und konsequente Agrarpolitik an der Hand hat.**

Es wird nicht ins Kalkül gezogen, dass ein und dieselben Handlungen bzw. Verwaltungssignale auf die zahlreichen „parallelen Wirklichkeiten“ der Landwirtschaft völlig unterschiedlich, bisweilen sogar gegensätzlich wirken können. Oft wird ignoriert, dass sich die Landwirtschaft nur wenig an die Bedingungen der freien Marktkräfte adaptiert hat, von externen Faktoren und klimatischen Bedingungen abhängt, die Produktion saisonabhängig ist und Besonderheiten bei der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen bestehen.

Der Staat hat bis heute nicht die **Besonderheiten der Agrarproduktionszyklen** als ein Grundprinzip der Agrarwirtschaft verstanden. Hier dauert der kürzeste Produktionszyklus min-

destens 4 Monate. Im Mittel erstrecken sich die Zyklen der Agrarproduktion jedoch über 2-3 bis zu 7-8 Jahre. Denken Sie beispielsweise an die Siebenfelderwirtschaft. Oder an die erforderliche Zeit für den Aufbau einer voll- und hochwertigen Rinderherde.

All dies unterscheidet die Landwirtschaft grundsätzlich von vielen anderen Industrie- und Volkswirtschaftsbranchen. Und die in unserem Staat übliche Jahresplanung ist eine zu kurze Zeitspanne und stellt daher ein unzureichendes Instrument zur Regulierung der Landwirtschaft dar.

Denn die Unfähigkeit und der fehlende Wille, zu einer langfristigen Planung überzugehen und die entsprechenden Entwicklungsmodelle für die Branche und ihre staatliche Finanzierung zu erarbeiten, sind ein schwerwiegendes Problem der Agrarpolitik.

Ein anderes Beispiel ist der rasante Verfall der technischen Ausrüstung der Agrarproduktion. 60% bzw. nach einigen Expertenschätzungen sogar 80% der Fahrzeuge, Maschinen und Anlagen in der Branche sind verschlissen. Das mittlere Alter der Traktoren auf dem Lande gleicht einem Rentenalter: 10-11 Jahre. Die Fertigung von Landtechnik sank sozusagen bis zum Gehnichtmehr, sie beträgt heute für unterschiedliche Maschinenarten 4 bis 12% des Niveaus von 1990. Ganz zu schweigen davon, dass sich der technologische Stand des Landmaschinenbaus in der Welt im letzten Jahrzehnt weiterentwickelt hat.

Die Situation ist paradox. Der Mangel an modernen Kapazitäten im ländlichen Raum ist offenkundig, aber die Produkte unseres Landmaschinenbaus werden nicht nachgefragt.

Der Grund dafür liegt nicht nur in der Zahlungsunfähigkeit der Landwirtschaft, sondern auch in der merkwürdigen, ausschließlich auf den Maschinenimport orientierten staatlichen Politik. So werden im Rahmen des Leasingprogramms hauptsächlich westliche Produkte des Landmaschinenbaus in den ländlichen Raum geliefert, was jährliche Zuwächse des Imports von Landmaschinen nach Russland um den Faktor 1,5–2 verursacht.

Das bedeutet also, dass unsere Regierung, die übrigens staatliche, volkseigene Mittel für das Leasing zu Verfügung stellt, den westlichen Produzenten unterstützt. Vor diesem Hintergrund ist sogar der Aufbau von Montagebetrieben für westliche Technik in Russland als relativer Segen zu betrachten. Aber in Wirklichkeit ist auch das nicht mehr als ein anderer Weg derselben Politik. Die John Deers und Claas sind natürlich gut. Aber nicht um den Preis der Zerstörung unserer eigenen Don und Jenissei.

Oder betrachten wir doch folgende Zahlen: Nach Berechnungen des russischen Landwirtschaftsministeriums beläuft sich das Produktionspotential unseres Landes auf 110–120 Mio. Tonnen Getreide pro Jahr. Aber sogar heute, da wir 70 Mio. Tonnen Getreide pro Jahr ernten,

stöhnt und weint unser Landwirt. Vor Kränkung und Unverständnis. Er ist stolz auf seine Leistung und erwartet eine richtige und adäquate Bewertung dieser titanischen Arbeit. Aber das Getreide ist nichts wert. Die Ernte ist groß, der Preis gering. Sie zu normalen Preisen zu verkaufen, die Kosten zu decken, die Kredite zurückzuzahlen, seine Familie zu ernähren und zu kleiden, das kann er nicht. Über dem russischen Land schwebt heute der **Fluch der großen Ernte**.

Offensichtlich werden ja Versuche unternommen, das Problem zu lösen, aber sie sind allesamt zaghaft und halbherzig. Es wurden staatliche Interventionen eingeführt, sie kommen jedoch entweder zu spät, wie es vor diesem Jahr der Fall war, oder sie haben ein derart armseliges Volumen, dass sie den Marktpreis für Getreide nicht auf ein normales Niveau anheben können. Ich spreche schon gar nicht davon, dass die Entscheidungen über die Mittelbereitstellung „en passant“ getroffen werden, es ist das persönliche Engagement des Präsidenten des Landes in dieser Sache erforderlich, damit wenigstens irgendetwas in Gang kommt. Auf die kompetitiven Exportmärkte zu gehen ist ebenfalls schwierig, insbesondere ohne ernstzunehmende staatliche Unterstützung. Außerdem kommen die Betriebe in der Regel nicht direkt dorthin.

Also ist der Landwirt so und so auf die Aufkäufer mit ihren armseligen Preisen angewiesen oder er muss über die Lagerung des Getreides einen Ausweg finden. Aber das erfordert auch viel

Geld, und natürlich leidet die Qualität, ein Teil der Ernte verfault. Vielleicht könnte die Situation durch Innovationen in der Agrarproduktion, zum Beispiel durch dreschfreie Technologien der Getreideernte gerettet werden. Derart langfristige Gedanken oder Aktionen in diese Richtung gibt es jedoch nicht. Überhaupt gibt es kein System langfristiger Maßnahmen in dieser Frage.

Die paradoxe Erntesituation kann auch durch eine Qualitätsentwicklung der Verarbeitungsindustrie und der Viehzucht, durch Verarbeitung des Getreides zu Fertigprodukten und Steigerung seines Mehrwerts angegangen werden. Wie es der Gouverneur der Region Krasnodar Aleksandr Tkatschew in einfacher, bäuerlicher Manier ausdrückt: „das Getreide muss durch die Kuh gehen“. Und er weiß, wovon er spricht, denn für das Kubangebiet als wichtigster Getreidekammer des Landes ist der Fluch der großen Ernte Jahr für Jahr das Hauptproblem.

Hierbei darf auch noch eine Frage nicht außer Acht gelassen werden, die für jeden Landwirt aktuell ist, die **Spritpreise**. Wissenschaftlich heißt dieses Problem Geldabfluss aus dem ländlichen Raum wegen des schnelleren Anstiegs des Dieselpreises im Vergleich zum Wert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Nach Angaben des russischen Landwirtschaftsministeriums stieg der Anteil der Kraftstoffkosten an den Gestehungskosten der landwirtschaftlichen Produkte von 2,5% Anfang der 1990er Jahre auf 9,5–10% im Jahre 2004. Während 1990 für den

Erwerb von einer Tonne Dieselöl 0,5 Tonnen Weizen verkauft werden mussten, brauchte man 2004 bereits 4 Tonnen dafür. Vergangenes Jahr war gemessen am Aufkaufpreis ein Kilogramm Lebendgewicht bei Rindern wertgleich mit 1,5 Litern Benzin, bei Schweinen mit 2,5 Litern. Um einen Liter Dieselöl zu kaufen, mussten die Landwirte 3 Liter Milch verkaufen. Infolgedessen verlor der ländliche Raum allein im vergangenen Jahr aufgrund der Verteuerung des Kraftstoffs 20 Mrd. Rubel.

Der Ende 2005 verkündete Preisstopp für Benzin dürfte das bei uns durchaus übliche Ende nehmen: „Man hat das Beste gewollt, aber es kam wie immer“. Bei uns steigen so und so jedes Jahr die Kraftstoffpreise streng nach Zeitplan: vor der Aussaat und vor der Ernte. Es ist schwer sich vorzustellen, was uns kurz vor dem Frühjahrsbeginn 2006 erwartet.

Die Preissprünge beim Kraftstoff werden nicht aufhören, solange bei uns die Fördersteuer für Bodenschätze fest an die galoppierenden Weltmarktpreise für Erdöl gekoppelt sind. Unser landwirtschaftlicher Produzent und überhaupt jeder inländische nationale Produzent wird so mit seiner Arbeit und seinem Geld für die Explosionen im Irak, die Naturkatastrophen im Golf von Mexiko oder die Produktionszuwächse in China bezahlen. Das heißt für alles, was die Weltmarktpreise für Erdöl nach oben treibt.

Vor diesem Hintergrund muten die Vorschläge des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung

und Handel an die Adresse der Landwirte, sie mögen ihren Kraftstoff für ein Jahr im Voraus kaufen, wie ein unverhohlener Aufruf an, „den Strick selbst mitzubringen“. Es liegt doch auf der Hand, dass die russische Landwirtschaft schlicht und ergreifend nicht die Mittel hat, Kraftstoff in ausreichenden Mengen zu kaufen, und das zu den derzeitigen Schwindel erregenden Preisen und auch noch für ein Jahr im Voraus. Und wenn und nur wenn die Kraftstoffpreise im kommenden Jahr fallen sollten, wird der „für den Rest des Lebens“ angeschaffte Diesel zum goldenen Sarg der inländischen Agrarindustrie.

Folglich haben die Missverhältnisse in der Entwicklung des Agrarsektors und der Rohstoffbranchen sowie die Tatsache, dass die Regierung diesem Prozess von Jahr zu Jahr Vorschub leistet nur eine Konsequenz: Ein ökonomisch gerechtfertigtes Verhalten des Landwirts wird es bald sein sich zu weigern, zu säen, das Land zu bebauen und die Ernte einzuholen. Als Kraftstoffeinsparung und um eines fairen Getreidepreises willen.

Eigentlich warten genau darauf auch eben jene globalen Agrarkonzerne und reiben sich nervös die Hände. Unser Agrar- und Lebensmittelmarkt ist für sie so oder so wie mit Honig bestrichen. Und wenn wir ihn noch eigenhändig vor ihnen ausbreiten, kommen sie angefliegen wie die Heuschrecken. Das wird viel Freude bereiten, allerdings nicht unseren Bauern.

DAS KLAGEN DER ERDE

Es ist wohl keine Übertreibung zu sagen, dass alle angeschnittenen wirtschaftlichen Entwicklungsprobleme der Landwirtschaft im heutigen Russland in vielerlei Hinsicht einer einzigen Wurzel entspringen. Eben jener bereits genannten Dostojewski'schen Unordnung im Besitz an Grund und Boden. Die fehlende Lösung der sattsam bekannten Bodenfrage und effizienten Eigentums an Grund und Boden hemmen nach wie vor die ländliche Entwicklung am stärksten.

Nach dem Denken unserer Reformer hat der Staat seine Hauptmission gegenüber der Bauernschaft und der Landwirtschaft offenbar schon Anfang der 90er Jahre erfüllt. Damals, als der Staat die Landwirtschaft **in großem Maßstab auf Anteilseigentum** umgestellt hatte. Die langfristigen Folgen für das russische Dorf stehen in einer schändlichen Reihe mit der bekannten „Voucherprivatisierung“ der russischen Wirtschaft von Tschubajts.

Der Staat teilte damals unter der abgedroschenen Losung „Das Land den Bauern“ Grund und Boden aus Kollektiveigentum als Anteilseigentum zu, ließ die Bauern aber gerade ohne diesen Grund und Boden und andere Mittel zur Existenz allein.

Die „Grund- und Boden-Anteile“ haben die meisten Landbewohner denn auch bis heute nur in Form einer hübschen Bescheinigung über das

Anteileigentum an Grund und Boden gesehen. Die Anteile standen nur auf dem Papier und blieben virtuell, denn das System sah keine reale Zuteilung von Grund und Boden an die Bauern vor, den man hätte mit der Hand berühren und spüren können.

Und das heißt, **ein Bauer ist nach wie vor in der Lage eines Halbleibeigenen**, denn ein Papier auf Grund und Boden kann man nicht bearbeiten, andererseits ist das Papier aber da. Selbst frei verkaufen kann man es häufig nicht, da die Machtfürsten ein wachsames Auge darauf haben, dass nichts „auf die Seite“ geht. Da werden alle möglichen Hebel in Bewegung gesetzt, um die reale Kontrolle über den Grund und Boden zu erhalten und sogar noch auszubauen, auch wenn er offiziell nicht dem Staat gehört.

Die Dorfbewohner ziehen den regelmäßigen Löhnen in den Städten hinterher und vergessen ihre „Papieranteile“, dieser Grund und Boden fällt de facto unter die Kontrolle der örtlichen Behörden und der Leiter der „für Berichtszwecke“ erhalten gebliebenen Kooperativen auf Basis der Kolchosen und Sowchosen. Stirbt der Bauer, kann er niemandem seinen „Papieranteil“ vermachen, außer der heimischen Kolchose oder andern Kollegen und Anteilseignern.

Bestellt ein Bauer den ihm formal gehörenden Boden mehr als 3 Jahre lang nicht, weil er kein Geld und keine Kraft zu finden vermochte, um den endlosen Weg der Messungen und Geneh-

migungen zur Zuteilung des Grund- und Boden-Anteils in natura zu durchlaufen, so kann der Staat (sprich, eben jener neue Großgrundbesitzer in Person regionaler Beamter) ihm diesen Grund und Boden wegnehmen und einem staatlichen Fonds zuführen.

Und heute hängt über den „aneinander geketteten“ Bauern noch das Damokles Schwert der Frist für die Pflichtumschreibung der Eigentumsrechte an ihrem „auf dem Papier stehenden Grund und Boden“. Bereits in einem Jahr, im Januar 2007, findet eine neue Aufteilung jener Grundstücke statt, die ihre heutigen, auf dem Papier eingetragenen Besitzer noch gar nicht kennen. Und der nicht umgeschriebene Grund und Boden geht in kommunales Eigentum über.

Diese Aufteilung droht nicht nur den Bauern als Eigentümern von Anteilen, sondern auch Tausenden durchaus erfolgreicher landwirtschaftlicher Unternehmen und Bauernhöfen. Denn sie arbeiten heute meist nicht auf ihrem eigenen Grund und Boden, sondern auf Grund und Boden, der von „auf dem Papier stehenden Bodenbesitzern“ gepachtet wurde.

Dies geschieht selbst dann, wenn es die Bauern trotzdem vorziehen, ihre Anteile zu verkaufen, dafür Geld zu bekommen und dann eine gut bezahlte Arbeit bei einem neuen Investor in der Landwirtschaft anzunehmen. Denn in vielen landwirtschaftlichen Regionen kann ein effizienter Produzent landwirtschaftlicher Güter das Eigentumsrecht

an erworbenen Anteilen nicht auf seinen eigenen, bereits gekauften und von ihm bearbeiteten Grund und Boden umschreiben.

Dies geschieht eben in jenen Regionen Russlands wie zum Beispiel dem Gebiet Belgorod, denen die Natur die reichsten und fruchtbarsten Böden beschert hat. Und wo schon angesichts dessen von keinem anderen geschäftlichen Interesse als der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion die Rede sein kann.

Denn in der Landwirtschaft ist der Bedarf an Privateigentum an Grund und Boden deutlich augenfälliger als in der Industrie. Der Boden ist die wichtigste und unmittelbare Produktionsressource. Er bringt Frucht hervor, er verlangt auch etwas von seinem Herren. Hier ist die Basis der gesamten Landwirtschaft, ihres potentiellen Erfolgs und ihrer Rentabilität. Häufig ist der Boden der einzige flüssige Vermögenswert eines landwirtschaftlichen Betriebs. Sein Wert lässt sich ganz und gar nicht mit dem Wert anderen „Anlagevermögens“ eines landwirtschaftlichen Betriebs vergleichen, jener in den meisten Betrieben vorhandenen veralteten oder geleasteten Technik.

Aufgrund fehlender realer Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden **arbeitet der Boden heute aber praktisch nicht für die Agrarwirtschaft.** Aufgrund fehlenden Privateigentums. Damit müssen zum Beispiel Hersteller landwirtschaftlicher Produkte, die nicht in der Lage sind, ausreichende Sicherheiten bei der Kreditaufnahme bieten zu

können, kurzfristige Kredite zu sagenhaften Zinssätzen aufnehmen, sich in Schulden stürzen und die Ernte zu Schleuderpreisen verkaufen.

Und selbst mit der Bodenpacht für die landwirtschaftliche Produktion ist es bei weitem nicht so einfach, wie sich dies beim Lesen des Gesetzes über Grund und Boden darstellt, wo eine maximale Pachtzeit aus Anteilseigentum von 49 Jahren festgeschrieben ist. In Wirklichkeit sind viele Betriebe gezwungen, Grund und Boden für ein Jahr mit jährlichem Neuabschluss der Verträge zu pachten.

Wiederum geschieht dies deshalb, weil die amtliche Eintragung der Rechte auf Anteilseigentum an Grund und Boden für die Bauern mit teuren Katasterregistrierungen der Grundstücke und mit der Registrierung dies Rechte im Einheitsregister sehr stark erschwert ist. Häufig wird er von den lokalen Behörden auch bewusst erschwert. Denn die Pacht von Grund und Boden – gerade die kurzfristige – ist die beste Garantie für sie zur Erhaltung ihrer Großgrundbesitzersituation.

Der Schaden für die Entwicklung der Landwirtschaft ist indes offensichtlich. Die Pacht von Grund und Boden führt dazu, dass es keine Garantien für Investitionen in die Landwirtschaft gibt. „Das Konzept wird geändert“, könnte gesagt werden, oder es wird einfach die Stimmung des Chefs schlecht, und fertig - und man sagt ihnen „Das war's“.

Die Pacht wird zu einer bequemen „stillen Bucht“ nur für Kurzzeitinteressierte, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, das Maximum herauszuquetschen und Geld auszupressen. Und was danach kommt, ist egal, da wächst kein Gras mehr. Letztlich wächst überhaupt nichts mehr. Denn bei diesem System braucht man nichts in den Boden zu investieren, man braucht ihn nicht zu schonen und nicht für ihn zu sorgen. Man muss ihn nur ausbeuten. Das ist ohne Eigentum sogar einfacher und sicherer.

Und damit geschieht es, dass fehlende Garantien und Eigentumsrechte an Grund und Boden dazu führen, dass die Bauern selbst und die auf dem Grund und Boden tätigen Unternehmer in eine völlige Vasallenabhängigkeit von den Kolchosenbaronen geraten, die sich hinter Staats- und Kollektiveigentum verstecken und tatsächlich Gesetzlosigkeit auf dem Lande schaffen. Und der effektive Produzent, der den Grund und Boden als Eigentum besitzt, ist die größte und direkte Bedrohung für ihre kleinkarierten und eigennütigen Interessen.

Diese Situation beim Eigentum an Grund und Boden ist der wichtigste Stein des Anstoßes bei der Umsetzung jeglicher nationaler Projekte in der Landwirtschaft. Sie führt dazu, dass die wirtschaftliche **Entwicklung der Landwirtschaft heute fast ausschließlich extensiv** ist. Dies erfolgt zu Lasten früher aufgebauter Ressourcen und deren buchstäblicher „Aufzehrung“.

Der Preis, den wir bezahlen, ist zum Beispiel die Auszehrung der Böden, die Vergeudung der Ertragskraft der Böden, die in den Sowjetjahren aufgebaut wurde. Gegenüber 1990 ist die Ausbringung von Dünger auf etwa ein Viertel zurückgegangen.

Nach Expertenprognosen kann aufgrund der geringen Ausbringung von mineralischem und organischem Dünger und der Nichtbeachtung der Saatfolge der Austrag von Nährstoffen aus dem Boden mit der Ernte den Eintrag mit dem Dünger in den nächsten Jahren um das 4–5fache überschreiten. Einfacher gesagt, es beginnt eine unumkehrbare Auszehrung der Böden.

Unter diesem Aspekt sieht die Situation bei der Düngemittelproduktion himmelschreiend aus. Nein, sie werden natürlich noch produziert. Mehr noch, die Düngemittelproduktion ist der einzige der landwirtschaftlichen Produktionsbereiche, in dem im Unterschied zum Traktorenbau gegenüber dem Ende der 80er Jahre keinerlei Rückgänge der Mengen zu verzeichnen sind. Aber die Branche arbeitet vorwiegend für den Export, da die russische Landwirtschaft aus finanziellen Gründen nicht in der Lage ist, ihren Bedarf an Mineraldünger zu decken.

Und wenn Ende der 80er Jahre die sowjetische Landwirtschaft bis zu 70 % Produkte von einheimischen Düngemittelherstellern einsetzte, so konnte dagegen die russische Landwirtschaft in den Jahren 2003–2004 nur etwas mehr als 10 % der Gesamt-

menge dieser Produktion „nutzen“. Der Rest ging an ausländische Bauern.

Auch bei Meliorationsprogrammen gibt der Staat konsequent Befugnisse in der Vermarktung und Finanzierung ab. Der Umfang an ausgeführten Arbeiten ist im Jahresdurchschnitt gegenüber den 80er Jahren auf einen Bruchteil zurückgegangen.

Letztlich hinken wir bei einem Kennwert wie dem Ernteertrag je Hektar Boden deutlich hinter landwirtschaftlich entwickelten Ländern hinterher. Rückläufig sind auch die Mengen an hochwertigem Getreide für Lebensmittelzwecke bei gleichzeitigem Anstieg der Mengen für Futterkulturen. Teils ist dies sogar vorteilhaft für die Entwicklung der heimischen Viehzucht. Aber viele unserer Hersteller machen Nudeln ohnehin aus Mehl und Weizen, die sie in anderen Ländern kaufen.

Ohne einen leistungsfähigen Eigentümer auf dem Grund und Boden werden auch die Rekordgeschwindigkeiten beim Rückgang der Anbauflächen, über die wir schon gesprochen haben, zu einem nationalen Sicherheitsproblem.

Was hier passiert, ist aber nicht verwunderlich. Wenn in der Industrie die Produkte eines Unternehmens unter den Selbstkosten verkauft werden, so muss das Unternehmen schließen. Genauso ist es, wenn die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht lohnend und unrentabel ist, die Bearbeitung der Böden zurückgeht, die Viehzucht und die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten stirbt.

Lassen Sie mich ein weiteres, mir gut vertrautes Beispiel nennen. Aus dem Gebiet Kaluga, aus Medynja. Dort gab es eine kleine Molkerei, sie verarbeitete Milch aus den nahe gelegenen Betrieben. Die Molkerei wurde genau von solchen „Kurzzeitinteressierten“ mit ihrem primitiven Geschäftsmodell – die eigenen Produkte möglichst teuer verkaufen, und die Rohstoffe, die Milch, möglichst billig einkaufen - privatisiert. Man begann, für den Hersteller verlustbringende Preise festzusetzen.

Die Molkerei war aber in dieser Gegend praktisch ein Monopolbetrieb. Und Milch lässt sich nun mal nicht weit transportieren, sie wird schlecht, und die Selbstkosten steigen noch weiter an. Schließlich waren die Bauern in einer ausweglosen Situation, fast der gesamte Milchviehbestand wurde geschlachtet. Und die Molkerei erhielt keine Milch mehr. Was blieb zum Schluss? Weder eine Produktion, noch eine Verarbeitung, noch Einkünfte für die Bauern oder Löhne für die Molke-reimitarbeiter. Überhaupt nichts. So etwas nennt sich dann „Synergie“.

Dies ist nur ein Beispiel, aber ein typisches. Und solche Beispiele für die Selbstzerstörung von Dörfern und der Landwirtschaft gibt es viele. Jetzt wird mit der Hilfe Moskaus die Molkerei im Gebiet Kaluga wieder aufgebaut. Es ist natürlich gut, dass es hier mit gemeinsamen Anstrengungen gelungen ist, die landwirtschaftliche Produktion und das ländliche Leben wiederherzustellen. Es ist gut, dass

die örtlichen Behörden ein Herz für die Sache haben. Aber man muss sich mit diesen Fragen überall befassen. Und das geschieht nicht immer. Häufig ist der Grund hierfür die ungelöste Bodenfrage.

In der heutigen Situation interessiert es keinen, was mit unseren Böden, mit den fruchtbaren Böden, sagen wir, in 30 Jahren geschieht. Eigentlich sollten sich die großen landwirtschaftlichen Produzenten damit befassen. Sie aber sind gezwungen, auf von Dorfbewohnern gepachteten Flächen zu arbeiten, und haben keine Garantie, dass sie über diesen Grund und Boden auch in 5 oder 10 Jahren noch verfügen können. Wie kann hier die Rede von einer langfristigen, auf Jahre und Gramm berechneten Planung der Bodendüngung sein.

Das Fehlen normaler Beziehungen bei Grund und Boden, von Eigentum an Grund und Boden führt zu einer übermäßigen Ausbeutung und zu wilden Methoden der Arbeit. Die Saatabfolge wird gestört, der Boden wird mit Monokulturen zugepflastert. Niemand erinnert sich an ein Vielfeldersystem der Saatabfolge.

Die **Entwicklung schonender Agrartechnologien** ist aber das Schlüsselmoment der gesamten modernen Agrarpolitik und die grundlegende Voraussetzung für die Tätigkeit auf Grund und Boden.

Zu Unrecht in Vergessenheit geraten ist das zunächst hoch gelobte und dann in der Sowjetunion gedankenlos abgelehnte System des Feldgrasan-

baus des Akademiemitglieds Wassili Williams. Überhaupt wird der Erhaltung und Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit der Böden sträflich wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

Sehr schwach werden auch moderne streichblechlose Technologien der Bodenbearbeitung entwickelt wie die No-till-Technologie und die Direktsaat des Getreides. Und was am schlimmsten ist, hierbei vergessen wir unsere Wurzeln und unsere Traditionen. Die ganze Welt hat beim Einsatz dieser Technologien unsere Erfahrungen übernommen. Denn das streichblechlose System wurde von dem hervorragenden russischen Agronomen Iwan Owsinski entwickelt und Ende des 19. Jahrhunderts erstmals vorgeschlagen. Und das in den 50er Jahren entwickelte Terenti-Malzew-System wird heute auf den Feldern Europas, Kanadas, Amerikas und selbst der Ukraine eingesetzt.

Die Bedeutung solcher Technologien besteht auch darin, dass sie nicht nur Boden schützend, sondern auch Ressourcen schonend sind. Sie ermöglichen es, den Ernteertrag bei gleichzeitiger deutlicher Senkung – teils auf einen Bruchteil – der Gesamtkosten für die Aussaat und die Einbringung der Ernte zu steigern. Es sinken die Produktionskosten, die Abschreibung, die Arbeitskosten, der Düngemittelverbrauch und die Kraftstoffkosten.

Dies stellt uns übrigens überhaupt die Frage, wie gerechtfertigt all diese Kosten sind, die

heute ein Hersteller landwirtschaftlicher Produkte tragen muss. Und wie unvermeidbar die geringe Effizienz und die niedrige Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktion ist. Denn wenn wir zum Beispiel über die ausufernden Preise für Kraft- und Schmierstoffe sprechen, die landwirtschaftliche Betriebe in den Ruin treiben, so muss man auch die andere Seite des Problems sehen.

Die Landwirtschaft selbst ist heute technologisch ineffizient, der Energieaufwand ist enorm, moderne wirtschaftliche Geräte fehlen. Der einheimische Landmaschinenbau wird heute vernachlässigt und stellt praktisch keine Geräte her, die zum Beispiel für das streichblechlose System eingesetzt werden können. Ohne eine Lösung all dieser Fragen wird die Agrarwirtschaft nicht überleben können, selbst wenn man die Kraftstoffpreise zügelt.

Man könnte die Beispiele noch fortführen. Ebenso unzulässig ist die Situation bei uns im Bereich der Zuchtarbeiten, die in Russland praktisch verloren gegangen sind. Wir säen mitunter irgendetwas aus, und erwarten dann aus irgendwelchen Gründen Wunder beim Anstieg des Ertrags und der Effizienz des Betriebs. Praktisch niemand befasst sich mit solchen Dingen wie der Einebnung der Felder, wobei vergessen wird, wie wichtig diese Arbeit zur Erhaltung der Geräte und überhaupt für die Effizienz der Produktion ist.

Das Wichtigste aber, was gesagt werden muss, ist, dass alle Probleme, um die es hier ging, nicht ohne einen **Eigentümer an Grund und Boden gelöst werden können.**

Diese Arbeiten auf dem Lande können zweifellos mit Unterstützung entsprechender staatlicher Programme nur große kapitalistische Betriebe machen, die den Grund und Boden besitzen und bereit sind, in ihn zu investieren. Die bereit sind, in die Produktion, die Technologie, die Ertragskraft, die Selektion, die Melioration und die Agrarwissenschaft zu investieren.

Man muss aufhören, von einer Unterstützung der Landwirtschaft und der Bauern insgesamt, allgemein und unkonkret zu sprechen. Man muss schließlich und endlich von einer unnötigen und schädlichen Praxis der direkten Unterstützung durch Subventionierung einer ungeheuren Masse ineffizienter Betriebe abgehen. Und man muss durch unterschiedliche Maßnahmen eben die Umstrukturierung der Branche und das Eindringen von Geschäftssinn und Privatinvestitionen in die Landwirtschaft sowie eine effektive Bodennutzung fördern.

Damit hilft der Staat der Entwicklung der Agrarproduktion am meisten. Die Hauptanstrengungen des Staates sind dann aber auf die Lösung sozialer Probleme der ländlichen Gebiete und die Entwicklung der Infrastruktur für die Agrarproduktion und das Leben auf dem Lande zu richten.

RUSSLAND OHNE BAUERN

In dem Buch „Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland. 100 Jahre danach“ habe ich bereits festgestellt, dass die Regierung ständig die Wirtschaft, nicht aber die Gesellschaft reformiert. Man denkt in buchhalterischen Kategorien mit „Buchungen“ und „Zahlungen“ und nicht in den Grundsätzen sozialer Stabilität und Entwicklung. Ein alles aufzehrendes Interesse an Wachstumswahlen, Gewinnkennwerten und Finanzierungsplänen verdrängt den Menschen, sein Leben und seine Interessen aus der Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Bezogen auf die Landwirtschaft und das russische Dorf kommt dieser Ansatz in vollem Umfang zum Tragen. Die gegenwärtige staatliche Agrarpolitik in Russland leidet an einer **offensichtlichen Schräglage hin zur Regulierung der Produktion zum Schaden für die sozialen Aspekte der Entwicklung der Landwirtschaft.**

Unser Staat rechnet geschäftig mit einer Hand Mengenzunahmen und Milcherträge zusammen und verteilt mit der anderen Fleischquoten, als ob er nicht den unterwürfig von einem Bein aufs andere tretenden Bauern bemerkt. Man wartet nur darauf, dass sich der Beamte jetzt gleich für ein Sekündchen von seinen Rechnereien losreißt und verächtlich fragt: „Und wo gehören Sie hin, Alter?“

Gleichwohl ist die soziale Situation auf dem Lande heute äußerst schwer. Sie hängt vor allem

mit der ausweglosen Armut und Arbeitslosigkeit zusammen.

Zu Beginn des Jahres 2005 lag der Durchschnittslohn in der Landwirtschaft bei 2900 Rubel pro Monat. Also bei lediglich etwa 40 % des gesamtrossischen Niveaus. Selbst in der völlig danieder liegenden russischen Leichtindustrie, die den vorletzten Platz in der traurigen Rangliste einnimmt, ist der durchschnittliche Monatslohn 500 Rubel höher. Heute ist auf dem russischen Dorf der „Reichste“ häufig der Rentner. Und dabei wissen wir alle, welches Einkommensniveau unsere Rentner haben.

Die Gesamtarbeitslosigkeit auf dem Lande liegt bei etwa 11 %, nach den Verfahren der International Labor Organisation erreicht sie überhaupt bis zu 18 %. Die versteckte und die jahreszeitlich bedingte Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der Unterbrechung des landwirtschaftlichen Produktionszyklus im Herbst und Winter ist noch höher.

Damit erreicht der Armutsfaktor auf dem Land fast 40 % oder 1,6 Mal so viel wie in der Stadt. Der Anteil der Dorfbewohner mit Einkommen bis zur Hälfte des Existenzminimums, also der in Armut lebenden, liegt bei über 11 %, das ist das Dreifache der Kennwerte für die Stadt.

Diese Zahlen berücksichtigen bereits die Mittel und Ressourcen zum Überleben, die die Landbewohner aus ihren Nebenerwerbswirtschaften in natura und in Form von Sachleistungen von landwirtschaftlichen Betrieben erhalten. In eigentlich

monetärer Hinsicht sind die Einkünfte der Bauern noch niedriger. Und der wesentliche Teil davon wird für die Erhaltung eben jener Nebenerwerbswirtschaften aufgewendet.

Nicht erstaunlich ist auch, dass die Landbevölkerung altert und schrumpft. Nach amtlichen Daten lässt sich in 72 Regionen des Landes eine Entvölkerung der Dörfer beobachten. Jedes Jahr sinkt die Zahl der Landbewohner um einige Hunderttausend Personen. Seit 2000 hat die russische Landbevölkerung um mehr als eine Million Menschen abgenommen.

Einige – vor allem Junge – ziehen weg. Denn die Jugendarbeitslosigkeit liegt nach einigen Schätzungen heute bei etwa 30 %, dies ist der direkte Weg in die Alkohol- und Drogenabhängigkeit und zu einer Verschlechterung der Kriminalstatistik und der demographischen Situation. Selbst nach seinem Umzug in die Stadt vergrößert ein junger Landbewohner häufig das Heer der Arbeitslosen und sozial schlechter gestellten städtischen Schichten.

Gleichzeitig stirbt das Dorf buchstäblich aus. Wobei die Sterberate auf dem Land in den arbeitsfähigen Altersgruppen der 30- bis 40jährigen sehr stark angestiegen ist.

Hinter all diesen offensichtlichen Problemen verbergen sich auch andere, tiefer gehende. Eine objektive Tendenz der weiteren Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors in unserem Lande liegt in dem Rückgang der sich mit Agrarproduktion befassenden Bevölkerung. In den entwickeltesten

Ländern der Welt liegt dieser Bevölkerungsanteil bei höchstens 5%. In Russland liegt dieser Wert heute bei 13 %. In der Zukunft wird er unweigerlich auf 6–7 % zurückgehen müssen, also mindestens um die Hälfte.

Ich will nochmals wiederholen, dass diese Tendenz unausweichlich ist. Es ist dies die objektive Logik des Übergangs des Landes zu einer moderneren Agrarstruktur. Betrachtet man die Sache formal, so muss man sagen, dass sich der Rückgang der in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung bereits vollzieht, und er vollzieht sich rasant. Nach äußerst annähernden Berechnungen ist die Zahl seit 1990 bereits um 3–4 Mio. Menschen zurückgegangen.

Aber dieser Prozess trägt einen völlig spontanen und seinem Kern nach falsch verlaufenden Charakter. Der Rückgang der Beschäftigung in der Landwirtschaft hängt mit der Alterung der Bevölkerung auf dem Land und dem Rückgang der Lebenserwartung zusammen. Das Durchschnittsalter eines Arbeiters in der Landwirtschaft ist heute viel höher als insgesamt in der Wirtschaft. Und viel näher am Rentenalter. Gleichzeitig hängt der Rückgang der Beschäftigung auf dem Lande mit der Arbeitslosigkeit und dem Wegzug der Jugend, dem Rückgang landwirtschaftlich bearbeiteter Flächen und der Auflösung landwirtschaftlicher Unternehmen zusammen.

Mit anderen Worten, die Beschäftigung in der Landwirtschaft sinkt zusammen mit dem Ausster-

ben der Dörfer. Es muss aber umgekehrt sein. Und solange es keine durchdachte staatliche Politik für die ländliche Entwicklung, die Entwicklung der Infrastruktur und den Aufbau einer alternativen, nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigung auf dem Lande gibt, wird sich dieser Prozess genau in dieser – sinnlosen und schonungslosen – Form fortsetzen.

Und er wird sich fortsetzen. Denn schon heute kann man jeden Leiter eines landwirtschaftlichen Betriebs fragen, und er wird Ihnen das schreckliche Paradox der Situation vor Augen führen. Einerseits ist die Beschäftigung in den ehemaligen Kolchosen und Sowchosen nach wie vor verlustbringend. Vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus muss die Zahl der Mitarbeiter gesenkt werden, und zwar deutlich, mitunter auf die Hälfte oder gar ein Drittel.

Aber man kann das nicht tun. Denn es gibt wiederum keinerlei andere Lebensmöglichkeiten und Existenzarten auf dem Lande. Leute zu entlassen, bedeutet, ein riesiges Heer von Arbeitslosen aufzubauen, soziale Spannungen zu verstärken, einen noch größeren Massenexodus der Bauern in die Städte zu provozieren und damit dort eine nicht weniger schwierige Situation zu schaffen.

Dadurch nehmen die Leiter landwirtschaftlicher Betriebe neben – und manchmal auch anstelle – der Produktion staatliche Funktionen der sozialen Sicherung und des Aufbaus eines Arbeitsmarktes wahr. Sie arbeiten als „**ländliches**

Sozialamt“ und erhalten überschüssige Beschäftigung aufrecht. Sie bauen die Infrastruktur für persönliche Nebenerwerbswirtschaften auf, die die Grundlage für das Überleben der Masse der Landbevölkerung sind.

Niemandem geht es davon besser. Die Effizienz der Produktion bleibt niedrig, die Umwandlung der landwirtschaftlichen Unternehmen wird gebremst. Gleichzeitig ist auch das Geld, das sie den Bauern zahlen, praktisch kein Lohn. Es ist ein verstecktes Arbeitslosengeld. Eben aus diesem Grund sind die Löhne auf dem Land so niedrig. Eben deshalb ist die Geringschätzung der Arbeit im Agrarsektor so groß.

Es gibt auch die andere, nicht weniger schwierige Seite der Medaille. Bei einer äußerlich überschüssiger Beschäftigung in der Landwirtschaft lässt sich im heutigen Russland ein Fachkräftemangel beobachten. Ergebnis der vergangenen Reformjahrzehnte sowie teils der vorangegangenen Sowjetzeit ist eine „Dequalifizierung des Bauern“ und ein Absinken des Niveaus und der Qualität der Agrararbeit.

Die neuen landwirtschaftlichen Produzenten können keine ausreichende Zahl qualifizierter Mitarbeiter für die neue Produktion und die neuen Agrartechnologien finden. Dieses Problem wird zu einem der wichtigsten Faktoren, die das Wirtschaftswachstum in der Landwirtschaft hemmen.

Die Landwirtschaft heute rutscht auf primitive Technologien und Handarbeit ab. Mitunter ist es

billiger, keine Maschinen einzusetzen, sondern 10–20 Leute anzuheuern, um ein Feld umzugraben oder einen Dränagekanal auszuheben. Zudem ist es äußerst schwierig, Mechanisatoren oder Melkerinnen zu finden, die mit der modernen Agrartechnik und der Ausrüstung zurecht kommen. Dadurch erlaubt es die überschüssige und dazu noch unqualifizierte Landarbeit nicht, die Löhne anzuheben. Und gleichzeitig gibt es keine Anreize für eine innovative, effiziente Produktion und deren technologische Umrüstung.

Die Konservierung dieser Situation, der Mangel an sozialer Entwicklung des ländlichen Raums und das Fehlen alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten bremsen nicht nur einzelne Unternehmen, sondern die Wirtschaft insgesamt. Sie erlauben es zum Beispiel nicht, auf dem Lande eine Lebensmittel- und Verarbeitungsindustrie aufzubauen. Und deren Entwicklung ist in der Tat grundsätzlich wichtig. Damit die Bauern in Jahren guter Ernten nicht alles auf der Welt für dieses Geschenk der Natur verfluchen, das sich in miserablen Preisen für ihre Produkte niederschlägt.

Dies ist ein äußerst wichtiger Punkt. **Die sozialen Probleme auf dem Land beeinflussen direkt die Effizienz der Agrarproduktion.** Und zwar negativ, sie lassen keine Entwicklung zu. Die sich in den letzten Jahren abzeichnenden Tendenzen wirtschaftlichen Wachstums in der Landwirtschaft und eines Zustroms an Investitionen in die Agrarproduktion können nicht nachhaltig werden ohne

eine Lösung der Aufgaben in der sozialen Entwicklung des ländlichen Bereichs.

Man muss nur an das Problem des Rückgangs an bearbeiteten landwirtschaftlichen Flächen erinnern.

Es geht nicht nur darum, dass Böden hier und da bewusst aus dem landwirtschaftlichen Umlauf genommen und in Grundstücke für Datschen oder Immobilien für Eliten „umgewandelt“ werden. Zum einen geschieht dies um einige wenige große Städte herum. Zum anderen wird auch zumindest ein Teil dieser Flächen zu persönlichen Nebenerwerbswirtschaften der Stadtbewohner umgewandelt und wenigstens teilweise als landwirtschaftlicher Nebenbetrieb genutzt.

Unterdessen liegt der Kern des Problems in jener erschreckenden demografischen Situation auf dem Lande. Wir können jede beliebige seriöse Untersuchung zur ländlichen Entwicklung aus der postsowjetischen Zeit öffnen. Und was sehen wir? Wir sehen, dass als Haupteinflussfaktor für Mengen und Effizienz der Agrarproduktion in den Regionen eben die Einwohnerzahl der ländlichen Bevölkerung gilt.

Dort, wo arbeitsfähige Bevölkerung in ausreichender Zahl vorhanden ist – in den für die Agrarproduktion am besten geeigneten Gegenden –, war ein weitaus geringerer Rückgang in der Bearbeitung landwirtschaftlicher Böden zu verzeichnen. Der umfangreichste Rückgang landwirtschaftlicher Flächen fand dagegen in Gegenden statt, die die schlechtesten Kennwerte in der demografischen

Entwicklung aufwiesen und die in größtem Maße von dem Abfluss von Bevölkerung aus Dörfern in die Städte betroffen waren. Mit anderen Worten, der Boden wird nicht mehr bearbeitet, weil dort niemand mehr da ist zum Leben und Arbeiten.

Ohne eine gezielte staatliche Sozialpolitik auf dem Lande, ohne spezielle Migrationsprogramme und Programme zur Regulierung des landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes, ohne Ausbildung von qualifiziertem landwirtschaftlichem Personal wird diese Tendenz nur noch weiter ansteigen. Damit bekommen wir in 10–15 Jahren anstelle von Feldern und Weideland Kleingehölzflächen. Oder wir merken gar nicht, wie andere Völker diese Böden zu bearbeiten beginnen.

Bleiben wir noch beim Personalproblem auf dem Lande, beim Fehlen qualifizierter Arbeiter, Agronomen, Technologen und Mechanisatoren. Woher sollen sie kommen, wenn man nichts in sie investiert?

Wer soll sie ausbilden und wer wacht über die Gesundheit ihrer Kinder, wenn im Zuge der Umsetzung des Gesetzes Nr. 122, im Zuge der Abschaffung sozialer Vergünstigungen zugunsten von Geldzahlungen, der so genannten Monetarisierung, die Aufschläge für Landärzte und Lehrer gestrichen und ihnen die fast seit den 30er Jahren bestehenden Wohnungs- und Kommunalvergünstigungen weggenommen werden.

Formal ist natürlich etwas erhalten geblieben. Aber normale staatliche Garantien und eine staat-

liche Politik gibt es in dieser Frage nicht. Weil man alle entsprechenden Kosten auf die ohnehin schon armen Regionen und bis heute nicht gebildeten Kommunalverwaltungen abgewälzt hat. Irgendwo finden lokale Behörden noch Geld, um die Zuschläge und Vergünstigungen aufrechtzuerhalten. Aber die anderen? Sie müssen sich in die offene Wunde schneiden und damit **der ländlichen Intelligenz den Garaus machen.**

Gut, nehmen wir an, dass jetzt, nach dem Rüffel des Präsidenten, unsere Regierung die Gehälter für das medizinische Personal an der Basis erhöht. Für ländliche Bereiche ist das wirklich wichtig, denn gerade hier werden Allgemeinärzte am meisten gebraucht und gefragt. Aber was wird mit den Lehrern?

Noch zynischer ist die Situation bei den in Rente befindlichen ehemaligen Lehrern und Ärzten auf dem Land. Ihnen hat man einfach alle Vergünstigungen gestrichen. Das heißt, du hast dein Teil getan – jetzt bist du frei, sieh zu, wie du überlebst. Oder überleb halt nicht.

Gleichzeitig gibt es auch bei Nachwuchskräften, die erst anfangen zu arbeiten, keinerlei Vergünstigungen. Seltene Ausnahmen hängen nur damit zusammen, dass einige Regionen sich irgendetwas ausdenken und Mittel für eigene Förderprogramme für Nachwuchskräfte suchen. Aber das kommt selten vor.

Damit will kaum einer zur Arbeit in ländliche Schulen oder Krankenhäuser kommen. Das Bil-

dungs- und Gesundheitsniveau sinkt. Die Produktion kommt ohne Personal zum Erliegen. Die Jugend zieht irgendwohin hin auf der Suche nach einem besseren Schicksal. Selbst viele Absolventen landwirtschaftlicher Hochschulen, Agronomen und Zootechniker, wollen nicht auf dem Land arbeiten, sondern werden in den Städten „sesshaft“. Die Rentner beobachten traurig das Sterben ihrer Dörfer. Der Kreis schließt sich.

Man möchte unsere Reformer in der Regierung fragen, schlagen eigentlich diese Kopekenbeträge von Zuschlägen und Vergünstigungen wirklich solche Löcher in euren Schwindel erregenden Stabilisierungsfonds? Sind sie wirklich ein Hindernis, weitere Milliarden Dollar Haushaltsüberschuss und Devisenreserven anzuhäufen? Nein, sie schlagen keine Löcher in den Fonds und sie werden auch nicht zum Hindernis.

Aber warum in aller Welt werden dann Landärzte und Lehrer, diese wirklich aufopferungsvollen Leute, plötzlich von unseren liberalen Monetarisierern fast zur Hauptbedrohung für die makroökonomische Stabilität gestempelt und praktisch zur Liquidation verurteilt? Eine unerträgliche „Freiheit zur Gewissenlosigkeit“ bei Regierungsentscheidungen. Die alles verschluckende und kurzsichtige Gier nach Einsparungen am eigenen Volk.

Die traurige Liste der Tatsachen für die „Unvereinbarkeit mit dem Leben“ und dem Überleben auf dem Land im heutigen Russland könnte man endlos fortsetzen. Aber was verblüfft am meisten?

Unser Staat scheint das alles nicht zu sehen. Er gibt selbst jene relativ geringen Mittel, die für den ländlichen Bereich zur Verfügung gestellt werden, falsch aus. Für die landwirtschaftliche Produktion, für Subventionen, werden nach wie vor über 50 % aller vom Haushalt bereitgestellten Mittel ausgegeben. Wobei über 40 % all dieser Subventionen für den laufenden Bedarf der Betriebe aufgewendet werden. Von Jahr zu Jahr werden diese Mittel also aufgezehrt und nicht in die Zukunft investiert.

Gleichzeitig ist das zweckgebundene Förderationsprogramm für die soziale Entwicklung auf dem Land bis 2010 heute völlig unterfinanziert. Von seinen elf Schwerpunkten werden mit Ach und Krach vier umgesetzt: die Umstellung auf Gas, die Wasserversorgung, die Entwicklung der Telekommunikation und teilweise der Straßenbau. In der Ausgabenstruktur des Förderationshaushalts für den Agrarsektor liegt der Anteil des Programms für die soziale Entwicklung bei nur 5 %. Alles übrige wird auf die Regionen abgewälzt, obgleich dies jeder Logik zuwider läuft. Man kann keine gesamtstaatlichen Infrastrukturprojekte nur auf der lokalen Ebene realisieren und dazu noch jedes Jahr die regionalen Haushalte kürzen.

Für die heutige staatliche Politik zur sozialen Entwicklung der ländlichen Gegenden bleibt nur die klassische Diagnose. Dies ist schlimmer als ein Verbrechen, das ist ein Fehler. Ein Fehler der staatlichen Landwirtschaftspolitik. Ein Systemfehler und deshalb schrecklicher und fataler.

DAS AGRARPROGRAMM DES KAPITALISMUS IM HEUTIGEN RUSSLAND

Nach Schätzungen des russischen Landwirtschaftsministeriums liegt der Anteil der Lebensmittelkosten am gesamten Warenumsatz auf dem Konsumgütermarkt bei etwa 46 % oder 2,5 Bill. Rubel jährlich. Dies ist die Höhe der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten, die auch alle übrigen, mit der Landwirtschaft zusammenhängenden Wirtschaftsbranchen ankurbelt.

Dies um so mehr, als in den Jahren 2004–2005 eine Tendenz zu verzeichnen war, nach der das Wirtschaftswachstum in Russland und das Wachstum des BIP eben durch den Konsumgütermarkt bestimmt war.

Die Landwirtschaft ist mit anderen Worten nicht nur ein Schlüsselement des Marktes, sondern ein **Multiplikator der wirtschaftlichen Entwicklung** insgesamt und ein starker Motor für das Wirtschaftswachstum und die Verdoppelung des BIP.

Man möchte meinen, vor diesem Hintergrund müssten besondere Anstrengungen unternommen werden, um die Entwicklung des Agrarsektors zu

fördern, die landwirtschaftlichen Produzenten aus dem Sumpf zu ziehen und der gesamten Infrastruktur der Landwirtschaft und des Lebens auf dem Lande besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Notwendigkeit solcher Maßnahmen liegt für jeden Arbeitenden in der Landwirtschaft auf der Hand. Die vorhandenen Probleme sind himmelschreiend.

Aber genau hier lässt sich der völlige Verwaltungsmangel und die extreme Schwäche staatlichen Denkens beobachten. Die Trends und Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung des heutigen Agrarsektors werden äußerst schlecht erkannt.

Nach einer offiziellen Prognose der russischen Regierung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung wird in den kommenden drei Jahren ein Wachstum der Landwirtschaft in Höhe von maximal 1–1,5 % jährlich vorhergesagt. Und das ist noch ein Durchschnittswert, für einige Regionen ist ein wirtschaftlicher Niedergang in der Landwirtschaft abzusehen.

Damit wird praktisch zugegeben, dass sich ohne wesentliche Veränderungen in der staatlichen Agrarpolitik die Landwirtschaft in Russland praktisch nicht entwickeln kann.

Man muss aber verstehen, dass – wenn die Wirtschaft des Landes insgesamt angesichts der Aufgabe, das BIP bis 2010–2015 zu verdoppeln, höhere Wachstumsraten von 5–7 % jährlich ausweisen wird, der Agrarsektor aber in Stagnation verharren wird, – nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch

das soziale, das politische Ergebnis einer solchen Entwicklung katastrophal sein wird. Es wird zu einem noch größeren Rückgang des Lebensstandards der ländlichen Bevölkerung, zu einer Benachteiligung der Dörfer und zu einer Konservierung der Armut führen. Die soziale und politische Stabilität und die soziale Konsolidierung der Gesellschaft werden untergraben. Und unser Beitritt zur WTO und zum globalen Markt wird das russische Dorf endgültig zum Untergang verdammen.

Deshalb ist heute eine ernsthafte Modernisierung der staatlichen Politik im agrarindustriellen Bereich vonnöten. Sie muss den gesamten Fragenkomplex der landwirtschaftlichen Entwicklung umfassen: Produktion, Außenwirtschaft und soziale Bereiche. Grundlage dafür müssen die folgenden **sieben Grundsätze** sein:

Rechtsgrundlagen. Das legislative Vakuum in der Entwicklung der Branche muss überwunden werden. Die Schaffung normativer und rechtlicher Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Landwirtschaft ermöglicht es, langfristige „Spielregeln“ zu erstellen, sie festigt die Grundlagen, Prinzipien und Mechanismen für die staatliche Förderung der Landwirtschaft und verbessert das Investitionsklima.

Ausbau der Förderung. Der Ausbau der staatlichen Förderung ist notwendig, um das extensive und träge Entwicklungsszenario in der Landwirtschaft zu überwinden. Im Vorfeld des Beitritts zur WTO ist die Förderung der Landwirtschaft zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Russlands und zur Schaffung

gleicher Bedingungen für inländische und ausländische Produzenten auszubauen.

Effizienz. Es ist nicht nur eine Erhöhung der Finanzierung für die Förderung der Landwirtschaft aus Haushaltsmitteln erforderlich, sondern auch ein Verständnis für die Prioritäten der Verwendung dieser Mittel für eine neue Qualität in der Entwicklung der Landwirtschaft.

Systematischer Ansatz. Der Staat muss ein Entwicklungsprogramm für die russische Landwirtschaft und strategische Entwicklungsprioritäten für alle angrenzenden Wirtschaftsbereiche (Verkehr, Maschinenbau, Chemieindustrie, natürliche Monopole usw.) und den sozialen Bereich (Bildung auf dem Lande und für die Landwirtschaft, Gesundheitswesen auf dem Lande, Wohnungswesen) erstellen.

Berechenbarkeit und Langfristigkeit. Die Staat gibt die wichtigsten Spielregeln für einige Jahre im Voraus nach den langfristigen Zyklen der Agrarproduktion vor. Und er verzichtet zur Bildung eines stabilen Investitionsklimas in der Landwirtschaft auf deren Veränderung.

Priorität für Innovationen. Erforderlich ist die Erhöhung staatlicher und privater Investitionen in „innovative“ Entwicklung im Bereich der Landwirtschaft zur Erhaltung und zum Ausbau des einzigartigen Samen- und Zuchtbestands, zur Entwicklung einzigartiger und den russischen Verhältnissen angepasster Geräte und zur Suche energiesparender und effizienter Technologien zur Ausübung der Landwirtschaft in der Russischen Föderation.

Überprüfung der staatlichen Mission auf dem Lande auf allen staatlichen Ebenen. Es ist an der Zeit für den Staat aufzuhören, das russische Dorf und die Landwirtschaft als „Futtertrog“ für den Bürokratieapparat zu betrachten. Es ist an der Zeit, sich seiner eigenen strategischen – programmatischen und verwaltungsbezogenen – Rolle bei der Entwicklung ländlicher Gegenden und ihrer Bewohner bewusst zu werden.

Neben den Grundsätzen der Agrarpolitik im heutigen Russland sind auch die bedeutendsten **konkreten Handlungsschwerpunkte** hervorzuheben.

1. Schnellstmöglich ist das für die Landwirtschaft grundlegende Föderationsgesetz *„Über die Entwicklung der Landwirtschaft und des Agrar- und Lebensmittelmarktes in der Russischen Föderation“* zu verabschieden.

Gleichzeitig ist ein Komplex weiterer legislativer Entscheidungen zu erarbeiten und zu verabschieden. Zu präzisieren und zu verschärfen sind die *gesetzlichen Anforderungen bei der Ausgliederung von Böden aus dem landwirtschaftlichen Umlauf*, deren Überführung in andere Kategorien und deren Umwandlung. Wirklich zugunsten der Landwirtschaft, und nicht einzelner Beamter und Landaufkäufer funktionsfähige *gesetzliche Normen über nicht genutzte Fläche und die Verantwortung dafür* sind zu verabschieden. Noch besser wäre ein besonderes Gesetz über nicht genutzte Flächen.

Auf legislativer Ebene sind auch *Fragen staatlicher Normen für Agraraktivitäten, die Herstellung*

und Verarbeitung von Produkten und die Sicherstellung der Lebensmittelsicherheit zu entscheiden. Nach Aufhebung des Staatlichen Normensystems GOST ist eine offensichtliche Lücke in der rechtlichen Regulierung zu beobachten, die zu einer Verschlechterung der Situation, zu einer technologischen Abwertung des Sektors und zu einer Expansion geringwertiger Produkte führt. Die *Erstellung eines entsprechenden Lebensmittelgesetzbuchs* erscheint sinnvoll.

2. Erforderlich ist ein ganzer Maßnahmenkomplex im Hinblick auf die *Festlegung der Ordnung und der Gewissheit in den bodenrechtlichen Beziehungen* im russischen Dorf. Hierfür muss der Staat *finanzielle und organisatorische Hilfe für landwirtschaftliche Betriebe und Bauern* bei der Ausstellung aller Urkunden über Grund und Boden, die Grenzziehung und die katastermäßige Erfassung leisten. Er muss auch Anreize für leistungsfähige Eigentümer schaffen, die Anteile von Bauern pachten, er muss Funktionen bei der eigentumsrechtlichen Ausgestaltung dieser Grundstücke nach neuen Regeln übernehmen und ihnen Garantien für die weitere Arbeit auf diesem Grund und Boden geben.

Es müssen *realistische Fristen* für die obligatorische Umschreibung von Böden festgelegt werden, möglichst unter Beseitigung der vorhandenen künstlichen Beschränkungen.

Es müssen *Regeln und Verfahren zur Zuteilung von Anteilen an Grund und Boden in natura verabschiedet werden, die weder die Interessen der Bauern*

(Aufkauf von Anteilen zu einem Spottpreis oder Pacht der Anteile für Kleinstbeträge), *noch die der Agrarunternehmen geschmälert werden* (Gefahr der Zuteilung der Anteile nach dem Prinzip "Flickenteppich"). Nur der Staat hat alle Möglichkeiten, nicht nur Konflikte zwischen diesen beiden Subjekten von boden- und vermögensrechtlichen sowie produktionsrechtlichen Beziehungen auf dem Lande zu vermeiden, sondern ihre wechselseitigen Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Hierbei muss *staatliches Eigentum an Grund und Boden* in jenen Fällen *zurückgeführt werden*, in denen ein strategischer Investor bereit ist, ihre Bearbeitung zu übernehmen – sei es ein großes Agrarunternehmen oder private Bauernbetriebe. Bislang ist aber der herannahende Termin für die Umregistrierung von Eigentumsrechten an Grund und Boden nur dazu geeignet, die Fläche staatlichen Grund und Bodens zu vergrößern.

3. Schlüsselfrage für die ländliche Entwicklung ist die Kluft zwischen den langfristigen Produktionszyklen und den Rückflusszeiten in der Landwirtschaft und den bestehenden Verhältnissen der Kreditvergabe und der finanziellen Förderung seitens des Staates und des Bankensystems.

Es ist offensichtlich, dass sowohl die Kreditprogramme für die Landwirtschaft, als auch das jetzt in Entwicklung befindliche Leasingsystem und der Aufbau der entsprechenden Warenmärkte, der Düngemittelmärkte und des Landmaschinen- und Lebensmittelmarktes den Besonderheiten in den

Zyklen der eigentlichen landwirtschaftlichen Produktion untergeordnet werden müssen.

Ausgehend von der Logik der Agrarproduktionszyklen sind auch die staatliche Planung auf landwirtschaftlichem Gebiet und die eigentlichen Finanzpläne zur staatlichen Förderung der Landwirtschaft einzurichten.

Man muss zu einer langfristigen staatlichen finanziellen und organisatorischen Planung der landwirtschaftlichen Entwicklung kommen (für einen Zeitraum von mindestens 3–5 Jahren). Erforderlich ist die Erarbeitung eines Maßnahmenkomplexes zur Sicherstellung einer langfristigen Kreditversorgung der Landwirtschaft (für einen Zeitraum bis zu 7–10 Jahren).

4. Im Vorfeld des WTO-Betrtritts erscheint als wichtige Aufgabe der russischen Agrarpolitik die Erhöhung der realen Subventionierung der landwirtschaftlichen Branchen auf ein Niveau, das Russland selbst als Basisniveau bei einem globalen Markt erklärt. Dies bedeutet die *Notwendigkeit einer Erhöhung der Gesamtförderung der Landwirtschaft auf 10 Mrd. Dollar jährlich.*

Gleichzeitig muss man die Regeln des globalen Marktes und des globalen Handels verstehen und lernen, sie zu nutzen. Russland muss vorrangige Aufmerksamkeit der Analyse von *staatlichen Fördermechanismen widmen, die nach den WTO-Regeln nicht zu den direkten Subventionen für die Landwirtschaft gehören und die sozialen und produktionsbezogenen Kennwerte der ländlichen Bereiche deutlich zu verbessern vermögen.* Es sind dies die Melioration

und die Steigerung der Ertragskraft der Böden, Investitionen in die Agrarwissenschaft, die Ausbildung von Fachkräften für die Landwirtschaft, der Aufbau von staatlichen Vorräten, die Samenzucht und die Zuchtviehwirtschaft sowie der Wohnungs- und Straßenbau auf dem Lande.

Die Entwicklung dieser Mechanismen zur Förderung der Landwirtschaft *ermöglicht es, die Sozial- und Infrastrukturprogramme für die Landwirtschaft um ein Vielfaches zu steigern.*

Hierauf muss auch eine umfassende staatliche Politik der „Rückkehr zum Leben“ auf dem russischen Lande aufbauen.

5. Gute Ergebnisse wurden mit der Einführung neuer marktwirtschaftlicher Methoden zur Regulierung und Förderung der landwirtschaftlichen Produktion erzielt. Es geht um die staatliche Subventionierungspolitik von Kreditzinssätzen, um Entwicklungsprogramme für das Leasing von Geräten und dem Zuchtbestand und um den Aufbau von Versicherungsprogrammen im Agrarsektor. Gleichzeitig ist zum Erreichen qualitativ hochwertiger Ergebnisse eine deutliche Steigerung der jeweiligen staatlichen Förderung vonnöten.

Diese Lösungen (einschließlich einer Aufstokkung des Grundkapitals der „RosSelChosBank“ und der „RosAgroLeasing“) können durch *zweckgebundene Nutzung der vorhandenen freien staatlichen Finanzressourcen, nämlich eines Teils des Stabilisierungsfonds und der Gold- und Devisenreserven der Zentralbank, gewährleistet werden.*

Auf gleicher Basis und unter Nutzung von Mechanismen einer private-public-Partnership ist die Aufgabe zur Erstellung einer durchdachten und finanziell gut ausgestatteten Politik der *Entwicklung des inländischen Landmaschinenbaus* zu formulieren.

Schließlich kann die Erstellung eines langfristigen Entwicklungsprogramms für die Landwirtschaft nicht von der *staatlichen Politik im Bereich der Tarifbildung* getrennt werden, also für Leistungen natürlicher Monopole (Gasversorgung, Stromversorgung, Verkehr) und für Kraftstoffe für die Landmaschinen.

6. Die vorrangige Förderung großer und leistungsfähiger Agrarholdings, die Investitionen mobilisieren und ein Potential für die Entwicklung der Branche aufbauen, muss Hand in Hand mit der Entwicklung von Privatinitiativen auf dem Land verlaufen. Äußerst wichtig ist *die Entwicklung von Bauernkooperationen, auch im Finanzbereich*. Die staatlichen Förderprogramme für die Bauernschaft können auf eine zweckgebundene Hilfe des Staates für solche Organisationsformen der Kooperation und Zusammenarbeit zwischen Klein- und Mittelbetrieben ausgerichtet werden. Offensichtlich ist die Notwendigkeit, ein *früher auf Föderationsebene eingefrorenes Förderprogramm für die Entwicklung bäuerlicher Betriebe wieder aufleben zu lassen*.

Allerdings dürfen die Gelder nicht ins Leere ausgegeben werden. Daher muss ein Förderprogramm für die Bauernschaft sinnvoll *entwickelt und nach den Ergebnissen einer Gesamtrussischen land-*

wirtschaftlichen Zählung im Jahre 2006 umgesetzt werden.

7. Erforderlich ist ein langfristiges und umfassendes *staatliches Programm für die soziale Entwicklung der Landwirtschaft, die Anpassung des in der Agrarproduktion frei werdenden Bevölkerung und die Modernisierung der Landwirtschaft.* Die größte Bedeutung hat die Entwicklung nicht landwirtschaftlicher Alternativsysteme für die Beschäftigung auf dem Lande und der Aufbau eines Potentials für kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe, den Handel, das Handwerk, für häusliche Gewerbebetriebe und den „ländlichen Tourismus“.

Ohne dies wird es nicht möglich sein, Menschen für das Leben auf dem Lande zu gewinnen und das Dorf zu einem vollwertigen Leben wiederzuerwecken.

Grundlage muss die Entwicklung der ländlichen Infrastruktur sein. Vonnöten ist ein moderner Wohnungsbau auf dem Land, die Entwicklung des Straßennetzes, die Versorgung mit Gas, der Aufbau eines Bildungs- und Gesundheitssystems von völlig neuer Qualität, die Entwicklung des Handels und des Kulturbereichs.

In der heutigen Informationsgesellschaft hat auch die Entwicklung der Telekommunikation und der Aufbau eines neuen Informationsraumes auf dem Lande entscheidende Bedeutung. Eben deswegen können viele Probleme und Unannehmlichkeiten des ländlichen Lebens verschwinden, und es kann die Attraktivität beispielsweise für die

ländliche Jugend und auch für die Städter erhöht werden.

Die stürmische Entwicklung der mobilen Telekommunikation hat in den letzten Jahren für die ländliche Gesellschaft in Russland nicht weniger getan als alle wirtschaftlichen Sanierungsprogramme für landwirtschaftliche Betriebe. Und heute noch das Internet aufs Land zu „bringen“, heißt, neue Möglichkeiten für geschäftliche Aktivitäten zu schaffen, *einen einheitlichen Informationsraum für Stadt und Land zu gestalten*, ein System von Internet-Bibliotheken aufzubauen, das Bildungsniveau zu heben und die Jugend auf dem Land zu halten. Internet-Cafés, in den Städten bereits ein völlig gewohntes Bild, können heute für das Land dasselbe werden, wie seinerzeit das Aufkommen der ersten elektrischen Lampe anstelle des brennenden Spans in einer ländlichen Leschütte.

8. Gleichzeitig erfordert die soziale Entwicklung des Landes heute auch *besondere Maßnahmen der wirtschaftlichen Regulierung und des Ausbaus von Steuervergünstigungen für den landwirtschaftlichen Bereich*. Und hierbei darf es nicht nur um den weiteren Einsatz und die Entwicklung vereinfachter Schemata für eine einheitliche landwirtschaftliche Steuer gehen. Erforderlich ist auch das Wiederaufleben anderer Steuervergünstigungen für Investitionen, Vermögenswerte und Abschreibungen für landwirtschaftliche Produzenten.

Der Zugang zu steuerlichen Vergünstigungen ist nicht nur landwirtschaftlichen Produzenten zu ge-

währen, sondern auch ländlichen Bewohnern. Dies können zum Beispiel Vergünstigen bei der Einkommensteuer für Landbewohner sein, erhöhte steuerliche Abzugsmöglichkeiten für sie für Bildung, medizinische Versorgung und den Wohnungserwerb.

Solche Maßnahmen könnten viele zum Umzug aus der Stadt aufs Land veranlassen. Darüber hinaus sind sie erforderlich, um *die staatliche Migrationspolitik zu steuern, zielstrebig unsere Landsleute aus dem Ausland aufs Land zu bringen* und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich in einem russischen Dorf einzuleben.

* * *

Nach einer klugen Äußerung ist die Sowjetunion unter anderem auch deswegen untergegangen, weil sie eine Wirtschaftspolitik gemacht hat, die man als „Öl und Gas für Lebensmittel“ bezeichnen könnte. Ich darf hinzufügen, dass diese Politik im Unterschied zum heutigen Irak nicht unter dem Regime internationaler Sanktionen, sondern aus freiem Willen durchgeführt wurde.

Unsere heutige Wirtschaftspolitik ist in vielerlei Hinsicht genauso. Sie basiert auf dem Grundsatz „Öl für Lebensmittel“, „Holz für Traktoren“, „Metall für Kühe“ und „Gas für das Leben auf dem Lande“.

Aber wir wollen doch nicht das Schicksal der UdSSR wiederholen!

**DIE ENTWICKLUNG DES KAPITALISMUS
IN RUSSLAND.
100 JAHRE DANACH**

AUSEINANDERSETZUNG MIT DER REGIERUNG
ÜBER DIE SOZIALPOLITIK ...7

EIN GESPENST GEHT UM IN RUSSLAND ...9

DAS SOZIALE ELENDE EINES REICH WERDENDEN LANDES ...16

DAS SOWJETISCHE SOZIALSYSTEM: MISSION BEENDET ...16

DAS JAHR DES „GROSSEN UMBRUCHS“ ...22

„MONETISIERUNG DER MENSCHENRECHTE“ ...35

DENKFEHLER DER VOLKSFEINDLICHEN VOLKSWIRTE ...44

DIE AKKUMULATIONSIDEOLOGIE ...45

STABILISIERUNGSFONDS ODER ENTWICKLUNGSFONDS? ...51

DAS PENDEL DES FÖDERALISMUS ...54

EVOLUTION DES KAPITALISMUS ...59

MARX' NICHT ERFÜLLTE PROPHEZEIUNG ...60

KAPITALISMUS FÜR DIE MEHRHEIT ...65

DIE REFORM DES UMGANGS MIT MENSCHEN ...72

NEUN SCHRITTE IN DIE ZUKUNTFÜR DEN RUSSISCHEN KAPITALISMUS ...81

**RUSSLAND:
KAPITALISMUS AUF DEM LANDE.
ZUSAMMENSTOSS MIT DER ZUKUNFT**

AUSEINANDERSETZUNG MIT DER REGIERUNG
ÜBER DIE AGRARPOLITIK ...97

LAND UND FREIHEIT ...99

DER WELTWEITE KAMPF UM DIE ERNTE ...116

DIE NEUE „GRÜNE REVOLUTION“ ...118

RUSSLANDS AGRAR-GEOPOLITIK ...129

VERSUCHTER MORD ...139

DER KAPITALISMUS AUF DEM LANDE HEUTE ...149

HALBWERTSZEIT ...151

DAS KLAGEN DER ERDE ...164

RUSSLAND OHNE BAUERN ...177

**DAS AGRARPROGRAMM DES KAPITALISMUS
IM HEUTIGEN RUSSLAND ...189**

Aus dem Russischen
von Dr. Marina Cronauer
Harald Betzler

Druck und Bindearbeiten
"Moskauer Lehrbücher AG"
125252, Moskau, ul. Zorge, 15

